

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



4. August 1989
Jg. 10 Nr. 16

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

Metallindustrie

**Reproduktion teurer —
Gesamtmetall
für „ertragsabhängige“
Löhne**

Seite 5

Afghanistan

**Widerstand gegen
Konterrevolution stärker
als erwartet**

Seite 15

Todesschuß

**13jähriger in
Essen erschossen —
Komitee
kritisiert Polizei**

Seite 22

Ganztagesschulen

**Diskussion wird bisher
keineswegs nach
Schülerinteressen
geführt**

Seite 31



Samstagsarbeit als Regelarbeit — Zukunftsdiskussion der Automobilkapitalisten

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

Inhalt 16/89

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
Metallindustrie Reproduktion teurer — Gesamtmetall für ertragsabhängige Löhne.....	5
Asylrecht Abkehr von der Abschiebepaxis?.....	7
Innerer Feind Neue Aufgaben für die Bundeswehr.....	7
Sozialer Wohnungsbau Kommunale Rechte und mehr Geld nötig.....	7
Polizeigesetzgebung Innenminister für ausgeweiteten Schußwaffengebrauch.....	8
Landtagsdiskussion in NRW zu Todesschuß.....	9
Südafrika Rettet die 25 von Upington!.....	10

Auslandsberichterstattung

Namibia SWAPO veröffentlicht Manifest für Novemberwahl.....	12
Sowjetunion Arbeiterbewegung meldet Ansprüche an.....	13
Ungarn Revision des Geschichtsbildes.....	14
Großbritannien Lohnkämpfe im öffentlichen Dienst.....	14
USA Bergarbeiterstreik: Verhandlungen fortgesetzt.....	15
Afghanistan Widerstand gegen Konterrevolution stärker als erwartet.....	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Verbänden und Parteien**Veröffentlichungen:**

WSI zu Unternehmensbesteuerung.....	18
Adenauer-Stiftung zu Republikanern.....	18
WSI zu Stahl-Umstrukturierung.....	19
EG-Binnenmarkt 1992 Anhörung der CDU/CSU-Fraktion..	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
Polizei Todesschuß auf 13jährigen.....	22
Haushalt Mogelpackung des Hamburger Senats.....	22
Wissenschaftsstadt Ulm Kongreß des DGB.....	23
KZ Moringen CDU hetzt gegen Lagergemeinschaft.....	23
Wohnungsbau Verdichtung ist keine Lösung.....	24
Karlsruher Modell Ganz schnelle Asylverfahren.....	25
Antifaschismus Gewerkschaften kritisieren REP.....	25
Mieterinitiativen Erhalt der Sozialwohnungen.....	26
Handelskammer Hamburg zum Wohnungsmarkt.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Landesmuseum Schlesien Rat stimmt zu.....	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge**Kinofilme**

In einem Land vor unserer Zeit.....	30
Otto III.....	30
Eine Geschichte über den Wind.....	30
Powwow Highway.....	31
Ganztageschulen Diskussion keineswegs nach Schülerinteressen.....	31
Koedukation Ein Eigentor des Feminismus!.....	32

Spezialberichte

Automobilindustrie „Wann kommt die 7-Tage-Woche?“... ..	34
Dokumentation Hahn, VW.....	36
Dokumentation Jahresbericht Verband der Automobilindustrie.....	38

Anwältinnen schreiben an Länderregierungen

Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein hat sich nach Angaben der „Frankfurter Rundschau“ vom 26. Juli bereits Mitte Juli mit einem Brief an alle Ministerpräsidenten der Länder und den Regierenden Bürgermeister in Westberlin gewandt, in dem der Verein die Länder auffordert, „das Kapitel Isolationshaft“ endlich abzuschließen:

„Rund zwei Monate nach Abbruch des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF dürften Politiker nicht ‚mit verschränkten Armen auf den nächsten Hungerstreik warten‘“, schreibt der Verein.

immer Westberlin als Platz für vier bis sechs Gefangene an, es gebe aber keine „Nachfrage“ nach diesen Plätzen.

Die Anwältinnen und Anwälte weisen daraufhin, daß die Abschaffung der Isolationshaft nur ein Stück auf dem Weg zur „gesetzmäßigen Normalität“ sei. Zu den haftunfähigen Gefangenen erhebt der Verein keine Forderungen in seinem Brief. Eine Antwort hat der Verein bislang von keinem Land erhalten. Der Bundesvorsitzende Wolfgang Wieland trat dafür ein, die Haftbedingungen weiterhin öffentlich zu diskutieren und die zuständigen Minister nicht in Ruhe zu lassen. — (uld)



Während des Hungerstreiks von politischen Gefangenen: Solidaritätsaktion vor der BRD-Botschaft in Dublin.

„Nachdem mit dem Ende des Hungerstreiks auch die Gefahr einer Eskalation, verhungelter Gefangener und entsprechender Reaktionen gebannt sei, müsse nun die Zeit genutzt werden.“ Nach Meinung des Vereins könnten die CDU-regierten Länder doch schlicht die Gefangenen an die SPD-regierten abgeben, die bereit seien, Kleingruppen zu bilden oder bestehende Gruppen zu vergrößern: „Zu offensichtlich wird nur um des Prinzips willen an Gefangenen festgehalten, die man eigentlich lieber heute als morgen los würde.“ Der Westberliner Justizsenator bietet nach Angaben der Anwältinnen und Anwälte noch

REP im Beirat für politische Bildung

Der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Walter Momper (SPD), hat den ehemaligen NPD-Funktionär und jetzigen parlamentarischen Geschäftsführer der Abgeordnetenhausfraktion der Republikaner, Rudolf Kendzia, in den Beirat der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit berufen. Momper hat diese Berufung begründet mit der Satzung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, nach der jede im Abgeordnetenhaus vertretende Partei ein Mitglied in den Beirat entsendet. SPD und AL haben diese Berufung kritisch kommen-

tiert, aber nicht ernsthaft deren Rücknahme gefordert.

Demgegenüber hat der stellvertretende Landesbezirksvorsitzende des DGB, Horst Jäckel, ebenfalls Beiratsmitglied, die Berufung als einen Skandal bezeichnet und Momper aufgefordert, seine Entscheidung zu revidieren. Es sei widersinnig, wenn man „neofaschistische Volksverhetzer“ in den Beirat der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit berufe. Diese Institution wäre tätig auf Grundlage der Westberliner Verfassung, die eindeutig „antifaschistischen Charakter“ habe. Nach der Verfassung seien Rassenhetze und Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker störten, unter Strafe zu stellen. Der Verweis von Momper auf den Handlungsdruck durch die Satzung sei daher nicht zu akzeptieren. Die SEW hat ebenfalls die Rücknahme der Berufung gefordert. —(kla)

DGB und BDA national zum EG-Binnenmarkt

Am 26.7. gaben der DGB-Vorsitzende Ernst Breit und der BDA-Präsident Klaus Murmann eine gemeinsame Erklärung „zur sozialen Dimension des Europäischen Binnenmarktes“ ab. Der DGB behält den Kurs bei, den er mit dem 1. Mai-Aufruf eingeschlagen hat. (s.a. Politische Berichte Nr. 9/89) „(DGB und BDA) ... erwarten vom Binnenmarkt zusätz-

liche Impulse für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sowie eine Steigerung des Wohlstands der Bürger ... Das Zusammenwachsen der zwölf Volksgemeinschaften in der EG wäre unvollkommen, wenn sich nicht auch die sozialen Bedingungen im Wege des Fortschritts langfristig auf einem hohen Niveau angleichen würden ... DGB und Bundesvereinigung treten für die gemeinschaftsweite Formulierung sozialer Mindestnormen auf der Grundlage der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften ein ...“ Damit erklärt der DGB faktisch die ILO-Abkommen zur Farce und spielt damit Bundesregierung und Kapitalisten die besseren Karten zu. „Zugleich bejahen beide Seiten die Notwendigkeit, die qualitativen Grundrechte und Grundfreiheiten, wie Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft anzuerkennen.“ Was immer darunter zu verstehen ist. Ihre Arbeitskraft wird sicher keine unwesentliche Rolle in der EG der Konzerne spielen. „... stimmen darin überein, daß in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ein möglichst hoher Standard des Gesundheits- und Arbeitsschutzes anzustreben ist. Eine Absenkung der national erreichten Niveaus durch Harmonisierungsmaßnahmen ... sollte im Grundsatz ausgeschlossen bleiben.“ Wer denn über die-

se Grundsätze letztendlich entscheidet, wird die weitere Anheizung der nationalen Standortdiskussion schnell deutlich machen. „DGB und Bundesvereinigung gehen davon aus, daß die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes nicht die Notwendigkeit einer Veränderung der mitbestimmungsrechtlichen Situation in der Bundesrepublik auslösen wird.“ Das „Handelsblatt“ kommentiert, DGB und BDA hätten ein Richtfeuer für Europa gesetzt. — (mal)

Erklärung der ÖTV zur Rentenreform

Im DGB-Tarifbericht vom 10. Juli ist eine Stellungnahme der ÖTV über die Auswirkungen der geplanten Rentenreform und der Änderung der Beamtenversorgung abgedruckt. Wir dokumentieren einige Passagen dieser Erklärung:

„(Die ÖTV) ... verschließt sich nicht dem Anliegen der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes, nach Verabschiedung des Rentenreformgesetzes und Modifizierungen im Beamtenversorgungsrecht zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche Veränderungen der Zusatzversorgung unter umfassender Beachtung ihrer Besonderheiten für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes erforderlich sind. Die ... ÖTV hält das bisher diskutierte Maßnahmenbündel für den Beamtenbereich für unakzep-

tabel. Wesentlich schlüssiger sind die Vorschläge der ... ÖTV zu einer fortschrittlichen Harmonisierung der Alterssicherungssysteme.

... eine grundlegende Besonderheit der Zusatzversorgung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst (ist), daß es sich hierbei um ein eigenständiges tarifvertraglich geregeltes System der betrieblichen Altersversorgung handelt ... Eingriffe des Gesetzgebers in die Zusatzversorgung versteht die Gewerkschaft ÖTV als Eingriff in die Tarifautonomie und wird sich dagegen zur Wehr setzen. Im übrigen dürfen Modifizierungen in der Beamtenversorgung schon deshalb nicht auf die Zusatzversorgung übertragen werden, weil in den Tarifverhandlungen 1983 ... Veränderungen ... vereinbart wurden, die Teile der Rentenreform bereits vorweggenommen haben.“

WSI-Tarifarchiv 7/89 — (mal)

Drei Millionen leben von Sozialhilfe

Viele Arbeitslose verelenden. In der Bundesrepublik ist nach Angaben des Deutschen Landkreistages die Zahl der Sozialhilfeempfänger auf über drei Millionen gestiegen. Bei der Arbeitslosenförderung und -hilfe hätten sich durch die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes Lastenverschiebungen von der Bundesanstalt für Arbeit zu den Kommunen ergeben, die den „Rahmen des Erträglichen und Zumutbaren“ sprengten. Deshalb seien gesetzliche Änderungen notwendig, sagte das Präsidialmitglied Hans Tiedeken gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

Er sprach von einer dramatischen Zuspitzung der Lage durch die Übernahme von immer mehr sozialpolitischen Aufgaben durch die Kommunen. Die zusätzliche Belastung mache inzwischen rund zehn Milliarden Mark aus. Jeder zweite bis dritte Arbeitslose erhalte derzeit zugleich Sozialhilfe. Ein Teil der Arbeitslosenhilfeempfänger werde bald nur noch oder zumindest überwiegend zum kommunalen Sozialhilfeempfänger werden. — (mal)



Seit dem 24.7. läuft bei den 1500 Beschäftigten der Fluggesellschaft LTU eine Urabstimmung. Sie soll am 2.8. abgeschlossen sein. An erster Stelle der Forderungen, auf die die Geschäftsleitung nicht eingehen will, steht der Abschluß eines Rationalisierungsschutzabkommens. Die LTU versucht seit geraumer Zeit mit allen Methoden, eine drastische Verjüngung der Belegschaft durchzusetzen. Außerdem senkt sie Löhne und Gehälter. — (mal)

Aktuell in Bonn

BGS und Polizei nach Namibia

Mitte August wird die Bundesregierung voraussichtlich 30 bis 50 Bundesgrenzschützer und Polizisten aus den Länderpolizeien nach Namibia schicken. Sie sollen dort in der UN-Polizeitruppe eingesetzt werden und als Beobachter in Zivil die von Südafrika gebildete namibische Polizei begleiten und so den Unabhängigkeitsprozeß mit überwachen. Die SPD-Fraktionsgeschäftsführung begrüßt das Vorhaben. Die Bundesregierung wird im August endgültig entscheiden. Dieser BGS- und Polizeieinsatz ist eine Vorstufe zum Auslandseinsatz der Bundeswehr als UN-Truppe, der von verschiedenen staatstragenden Kräften gewünscht wird. Bei der UN-Friedenstruppe müssen jedoch alle betroffenen Staaten der Zusammensetzung zustimmen, dies ist bei der Polizeitruppe nicht der Fall. Die Gewerkschaft der Polizei lehnt den Einsatz ab.

Gesundheitsreform in der Praxis

Zug um Zug setzt das Ministerium Blüm weitere Verschlechterungen bei der Gesundheitsversorgung in Kraft. Die bisherigen Vertrauensärzte sollen durch einen „Medizinischen Dienst“ abgelöst werden, der insbesondere die Patienten in Krankenhäusern zusätzlich untersuchen soll mit dem Ziel, die Verweildauer zu senken. Weiter liegt jetzt der Entwurf der Negativliste von Medikamenten, für die die Kassen nichts mehr zahlen, vor: Zwischen 180 und 220 Millionen Mark sollen die Versicherten selber zahlen, weitere 140 Millionen Mark müßten für

Brillenreparaturen und andere Hilfsmittel von den Versicherten statt den Kassen aufgebracht werden.

„Schlesien ist unser . . .“

Ein polnisches Bezirksgericht hat vor kurzem dem „Deutschen Freundeskreis in Schlesien“ eine Anerkennung als Kulturverein versagt. Regierungspropagandaminister Klein und der CSU-Vorsitzende Waigel protestierten und wiesen darauf hin, daß Kreditwünsche Polens nur erfüllt würden bei Gewährung von Rechten für die — völkerrechtswidrig behauptete — deutsche Minderheit. Und Frau Adam-Schwaetzer (FDP) aus dem Auswärtigen Amt setzte noch eins drauf: Die deutsche Botschaft in Warschau werde selbstverständlich dem Schlesier-Verein rechtlichen Beistand anbieten.

Post speichert Telefonteilnehmer

Als technische Mitteilung versteckt gab die Post bekannt, daß im neuen digitalen Telefonnetz die Gesprächsdaten gespeichert würden, d.h. für jeden Anschluß liegen bei der Post für drei Monate die Nummern der Anschlüsse, mit denen telefoniert wurde, und die Gesprächsdauer. Ein ausgedehntes Feld für staatswaltschaftliche und polizeiliche Ausforschung: Das Fernmeldegesetz gibt Staatsanwälten das Recht, Auskünfte über den Fernmeldeverkehr eines Beschuldigten zu verlangen. Der Datenschutzbeauftragte des Bundes, Einwag, protestiert.

Propaganda für Elitebildung

In der Zeit vom 17. bis zum 24.7. fand in Braunschweig die 30. Internationale Mathematik-Olympiade (IMO) statt. 300 junge Frauen und Männer aus 50 Län-

dern beteiligten sich an diesem Wettbewerb, der von der örtlichen Presse ausgiebigst mit einer Propaganda für die „natürliche Begabung“ kommentiert wurde. Bildungsminister Möllemann, der zur Preisverleihung nach Braunschweig gekommen war, erklärte auf der Abschlußveranstaltung: „Der Gedanke der Begabtenförderung wird weltweit erkannt. Die Welt braucht Leistungseliten auf vielen Gebieten.“ Alle Hotels, in denen Teilnehmer und Gäste der IMO untergebracht waren, wurden mit Bildschirmtext-Terminals ausgestattet, so daß die Teilnehmer sich ständig über den aktuellen Veranstaltungsverlauf informieren und auch miteinander kommunizieren konnten.

Geld für „Regimekritiker“

Das Auswärtige Amt hat acht Millionen Mark zur Verfügung, „um regimekritischen Chinesen eine Verlängerung ihres Ausbildungs- und Forschungsaufenthalts in der Bundesrepublik zu ermöglichen“. Damit auch sicher ist, daß damit der eine oder andere Parteigänger gefunden werden kann, sollen Gelder nicht nur dem Deutschen Akademischen Auslandsdienst, sondern auch den politischen Stiftungen der Parteien zur Verfügung gestellt werden, die damit Stipendien an chinesische Studenten, die in der BRD verbleiben wollen, gewähren.

Keine Menschenzucht

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zum „Schutz von Embryonen“ vorgelegt. Tenor: Methoden, die bei Unfruchtbarkeit zu Kindern führen, sollen erlaubt sein im Rahmen der geheiligten Institution Ehe, dann sollen die Krankenkassen den Kinderwunsch auch finanzieren. Offen läßt das Gesetz künstliche Befruchtung durch Samen, der nicht vom Ehemann stammt, ebenso das Verfahren bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften und bei alleinstehenden Frauen; jedenfalls gibt's kein Geld; die CSU möchte in diesen Fällen künstliche Befruchtungen sogar ganz verboten wissen. Direkte Menschenzucht soll nicht zugelassen werden: Bestraft würden Erbgutmanipulationen, Geschlechtsfestlegungen, Herstellung genetisch identischer Menschen oder Hybriden aus Mensch und Tier. Ebenfalls verboten werden soll die „Leihmutterchaft“, d.h. das Austragen einer Schwangerschaft durch jemand anders als die genetische Mutter.

Was kommt demnächst?

Am 3. August findet ein bundesweites Treffen der Sozialhilfeinitiativen in Rendsburg statt. Das Wohnungsprogramm für 1990 in Höhe von 1,6 Mrd. Mark wird bereits ab 15. August beginnen, obwohl der Haushalt für 1990 noch gar nicht verabschiedet ist. Am 24. August beginnt der Prozeß wegen Polizistenmords an der Frankfurter Startbahn West.



Der ehemalige Führer der inzwischen verbotenen „Wehrsportgruppe“, Hoffmann, ist vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Seine Reststrafe von drei Jahren sind vom Oberlandesgericht Bamberg zur Bewährung ausgesetzt worden: Hoffmann habe sich von seinen früheren Ansichten losgesagt. Zweifel sind mehr als angebracht: In einem Interview mit „Spiegel-TV“ in RTL äußerte sich Hoffmann in gewohnter extrem nationalistischer Manier.

Metallindustrie

Reproduktionskosten steigen — Gesamtmetall: Löhne „ertragsabhängig“

Bis Ende März 1990 laufen in der Metallindustrie die Tarifverträge über Lohn und Gehalt sowie über die Arbeitszeit. Drei Jahre Laufzeit sind dann um. Schon jetzt kristallisiert sich in den Belegschaften eine starke Meinung heraus, daß eine deutliche Erhöhung der Löhne und Gehälter dringend nötig ist. Wo Unternehmensleitungen Lohnkürzungen versuchen, formiert sich heftiger Widerstand. Ein Beispiel aus den letzten Tagen: das Maschinenbauunternehmen Hüller Hille GmbH in Ludwigsburg, eine Tochter der Thyssen Industrie AG. Die Unternehmensleitung kündigte vergangene Woche an, daß wegen der Ertragslage über-tarifliches Weihnachtsgeld gestrichen werden soll, nach Angaben der IG Metall im Schnitt rund 600 DM je Beschäftigten. Daraufhin legten Donnerstag und Freitag im Arbeiterbereich alle, bei den Angestellten 70% ganztägig die Arbeit nieder. Am Montag sollte die Aktion fortgesetzt werden. (1)

Reproduktionskosten steigen

Woher rührt der heftige Widerstand gegen Lohnsenkungen und das unbestreitbar starke Interesse an Lohnerhöhungen? Die Teuerung liegt mit rund drei Prozent zwar merklich über der Tariflohnerhöhung dieses Jahres in der Metallindustrie von 2,5%, aber doch nicht himmelweit entfernt. Die Teuerung allein würde das starke Lohninteresse kaum ausreichend erklären. Auch nicht die Entwicklung der Unternehmensgewinne, auch wenn sie in weiten Teilen der Branche außerordentlich stark ist und weit über der Entwicklung der Löhne liegt.

Tatsächlich dürften kräftige Kostensteigerungen bei einigen Posten der Reproduktion der Arbeitskraft vorliegen, die einen Ausgleich verlangen. Das gilt für die Wohnungsmieten, die für viele Lohnabhängige ohne Haus- oder Wohnungseigentum einen Umfang angenommen haben, der die Haushaltseinkommen sprengt und zu anderweitigen Einschränkungen zwingt. Das gilt auch für gestiegene Ausgaben im Zug der „Gesundheitsreform“, wo unabwiesbare Dinge wie Zahnersatz teuer zu stehen kommen und schon mal den Urlaub kippen können, der eigentlich für die Erholung dringend nötig wäre.

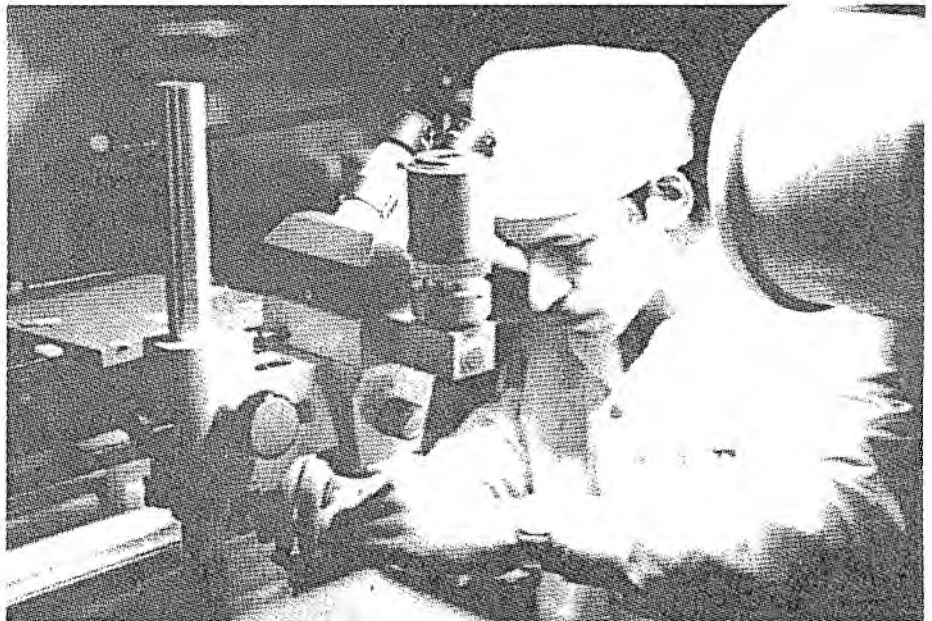
Auch Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zwingen zu vermehrten Ausgaben. Zum Beispiel beim Verkehr: Noch immer wächst der Einzugsbereich der Unternehmen, speziell der Konzerne, weit über die jeweilige Kommune hinaus und verlangt weite Fahrtwege, die viel-

fach nur mit dem eigenen PKW zu realisieren sind. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit über frühere gesellschaftliche Schranken und damit auch aus dem Bereich der Fahrpläne öffentlicher Verkehrsmittel hinaus wirkt auch in diese Richtung. Ohne eigenen PKW geht es in diesen Fällen nicht. Und noch immer nimmt die Beschäftigung zu. Da bleibt häufig nicht aus, daß in einem Haushalt noch ein weiteres Auto angeschafft werden muß.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit zwingt zu ruhigeren und größeren, aber auch entsprechend teureren Wohnungen.

Gesamtmetall: Löhne „ertragsabhängig“!

Der Unternehmerverband Gesamtmetall hat vorgezogene Tarifverhandlungen abgelehnt und besteht auf der Einhaltung der dreijährigen Laufzeit. Gesamtmetall lehnt insbesondere eine vorgezogene Erhöhung der tariflichen Löhne und Gehälter ab und will damit den Druck auf die Einkommen am Wirken halten. In der Tarifbewegung 1990 soll das den Metallkapitalisten Handlungsspielraum bei der Arbeitszeit und bei den Löhnen eröffnen. Bei der Arbeitszeit wollen sie eine weitere Freigabe der Maschinenlaufzei-



SEL Stuttgart: Ab Mitte August sollen hier Glasfaserkabel in Kontischicht gefertigt werden, gegen den Widerstand von Betriebsrat und IG Metall und vor einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts. Gesamtmetall will in der Tarifbewegung 1990 Arbeitszeitarife durchsetzen, die solche Entwicklungen zulassen.

Die wachsende Intensität der Arbeit verschlingt mehr Zeit für die Erholung, die verfügbare freie Zeit nimmt ab. Um einen gewissen Ausgleich zu schaffen, müssen Dienstleistungen für Dinge in Anspruch genommen und bezahlt werden, die früher selbst erledigt wurden (Fertiggerichte statt selber Kochen, Autowerkstatt statt eigene Reparatur usw.). Schließlich geht in die Zeit und in's Geld, daß die Unternehmen von vielen Beschäftigten Fortbildungsmaßnahmen verlangen oder stillschweigend voraussetzen.

Die zusätzlichen Aufwendungen, die hier — häufig kombiniert — erwachsen, sind erheblich und bisher in den Löhnen und Gehältern nicht veranschlagt.

ten erreichen, der Samstag und die Nacht sollen als Regelarbeitszeit zur Verfügung stehen, der Sonntag bei Bedarf nicht ausgeschlossen sein. Bei den Spitzen des Geschäftsgangs soll die Arbeitszeit einfach verlängert, bei Flaute ebenso einfach reduziert werden können.

Aber auch die Löhne und Gehälter sollen flexibilisiert werden. „Ertragsabhängige Lohnpolitik“ heißt das Konzept, auf das sich nach längerer interner Strategiediskussion Gesamtmetall wie auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) offensichtlich verständigt haben. So verlangt der Präsident von Gesamtmetall, Stumpfe, seit Herbst letzten Jahres, die Lohnentwicklung solle besser mit dem wirt-



Arbeitsplatz in der Elektroindustrie: einseitig, stark belastend, schlecht bezahlt. Die Konzerne verteidigen ihre Arbeitsorganisation und die Lohndiskriminierung von Frauen eisern. Der Widerstand dagegen hat einen neuen Anlauf genommen.

schaftlichen Erfolg des einzelnen Unternehmens verknüpft werden. (2) Eine „stärkere Ertragsorientierung der Lohnpolitik“ fordert auch der Präsident der BDA, Murmann. (3)

Wie könnte das aussehen? Die betrieblichen Lohnsummen schwanken immer in gewissem Maße im Auf und Ab des Geschäftsgangs. Der Tariflohn bildet dabei eine untere Schranke, die die Kapitalisten nicht unterschreiten können. Ist diese untere Schranke hoch, müssen sie mehr drauflegen, um Löhne und Gehälter nach ihren Vorstellungen betrieblich zu differenzieren. Ist die Schranke niedrig, kommen sie mit weniger aus. Das Konzept der „ertragsabhängigen Lohnpolitik“ soll nun den Schwankungsbereich der Löhne und Gehälter vergrößern durch entsprechende Gestaltung der Tarife selber. Das könnte z.B. geschehen durch Bindung von tariflichen Leistungen wie Weihnachtsgeld an die Gewinnentwicklung, wie BDA-Murmann vorschlägt. (3) Wahrscheinlicher ist, daß die Kapitalisten in der Tariffbewegung 1990 die tariflichen Lohnerhöhungen möglichst niedrig halten wollen, um sich betriebliche freie Hand zu schaffen. Das muß nicht einfach heißen, daß sie nichts zahlen wollen. Sie könnten Zahlungen anbieten, die nicht dauerhaft in die Tarifstruktur eingehen, so daß es später wieder zu einer Absenkung der Löhne kommen könnte.

Bezug zu Reproduktionskosten wäre zerstört

„Ertragsabhängige Lohnpolitik“ würde die Gewerkschaftsbewegung entscheidend schwächen. Sie würde bedeuten, daß — tarifvertraglich fixiert — die Beziehung zwischen der Lohnhöhe und den Reproduktionskosten der Arbeitskraft aufgelöst würde. Die Arbeiterbewegung könnte sich dann nicht mehr auf den Standpunkt stellen: Die nötigen Ausgaben für die Reproduktion der Arbeits-

kraft sind gewachsen, also sind Lohnerhöhungen fällig; sondern die Fragestellung wäre: Zu welchem betrieblichen Ertrag haben Belegschaften beigetragen und was können sie daher verlangen? Können sie überhaupt Forderungen stellen? Zwingt nicht rückläufiger oder ausbleibender Gewinn zu Lohnkürzungen? Der Lohn wäre eine Variable des Geschäftsgangs. Es wäre möglich, daß die Reproduktionskosten der Arbeitskraft rasant steigen und dennoch die Geschäftslage des einzelnen Unternehmens Lohnkürzungen begründet.

Es ist denkbar, daß das Konzept „ertragsabhängiger Lohnpolitik“ in manchen Teilen der Gewerkschaftsbewegung eine gewisse Attraktivität entwickelt: dauert nicht die gute Konjunktur schon etliche Jahre, ohne daß sich das in den Löhnen niedergeschlagen hat? Könnte nicht ein Einlassen auf die „Ertragsabhängigkeit“ möglich machen, daß man hier und da mal „kräftig zulangt“, wie es der Pressesprecher der IG Metall schon mal formuliert hat? Das Konzept der „ertragsabhängigen Lohnpolitik“, entwickelt im Zusammenhang der „Standort-Bundesrepublik-Deutschland-Diskussion“, ist aber nicht für Lohnerhöhungen gemacht, sondern für Lohnkürzungen im Zug des Geschäftsgangs, siehe z.B. Hüller Hille. Es richtet sich gegen das Wesen des Tarifvertrags selbst, indem es eine ausreichend hohe untere Schranke für alle Beschäftigte der Branche auflöst. Es öffnet einer weiteren Zerklüftung der Einkommensstrukturen nach Kapitalinteressen Tür und Tor. Es macht aus dem Anspruch auf einen Lohn, der zum Leben reichen soll, ein unwürdiges Bangen um den Unternehmererfolg.

Die IG Metall muß gegen die „Ertragsabhängigkeit“ antreten

Auf die Weigerung von Gesamtmetall, vorzeitig Tarifverhandlungen aufzuneh-

men, hat der Vorstand der IG Metall geantwortet:

„... Die IG Metall wird sich von ihrer Absicht, die 35-Stunden-Woche, reale Einkommensverbesserungen und ein gesichertes freies Wochenende durchzusetzen, nicht abbringen lassen. Die Metallunternehmer sollten sich schon heute darauf einstellen, daß es dabei nicht nur um Gewinnerwartungen für die Zukunft, sondern auch um die Gewinnentwicklungen der Vergangenheit gehen wird.

3. Die Antwort der Arbeitnehmer wird sein, daß Belegschaften und betriebliche Funktionäre jetzt alle betrieblichen Handlungsmöglichkeiten nutzen, um eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den von ihnen erwirtschafteten Gewinnsteigerungen durchzusetzen. (...)“ (4)

Diese Stellungnahme meidet die Kritik der gestiegenen Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Sie beschränkt sich auf die Kritik der „Gewinnentwicklungen der Vergangenheit“. „Alle betrieblichen Handlungsmöglichkeiten“ sollen ausgeschöpft werden, nicht für eine allgemeine Verbesserung auf breiter Front, sondern für eine „angemessene Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den von ihnen erwirtschafteten Gewinnsteigerungen“. Das riecht schon verdächtig stark nach „Ertragsabhängigkeit“. Vielleicht denken manche Leute im Vorstand, daß durch Einlassen auf die „Ertragsabhängigkeit“ ein pfiffiger Weg aufgetan werden könnte, sowohl Arbeitszeitverkürzung als auch Lohnverbesserungen zu erreichen. Es wäre ein Irrtum. Nicht einmal kurzfristig würde die Flexibilisierung der Löhne ausreichende Lohnerhöhungen für alle bringen. Schon gar nicht auf Dauer.

Quellenhinweise: (1) Stuttgarter Zeitung, 28.7.89; (2) HBI, 20.10.88; (3) HBI, 5.6.89; (4) metall 13/89, 30.6.89 — (rok)

Asylrecht

Abkehr von der Abschiebep Praxis?

Der Westberliner AL/SPD-Senat hat eine neue Weisung zum Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern verabschiedet. CDU, Springer-Presse und Faschisten überschlagen sich in ihren Hetzparolen. Berlin werde zum Paradies für Drogenhändler und kriminelle Asylanten usw.

Das Abgeordnetenhaus führte eine Sondersitzung zum Thema durch, Innenminister Schäuble fordert die Rücknahme der Weisung und sieht die Rechtseinheit mit dem Bundesgebiet in Gefahr.

Tatsächlich mildert die neue Weisung des Innensenats das Ausmaß der Deportation von Flüchtlingen. Abgelehnte Asylbewerber erhalten jetzt grundsätzlich eine dreimonatige Frist, um durch freiwillige Ausreise der Deportation zu vorzukommen. Darüber hinaus wird nicht abgeschoben, wenn Asylbewerber wegen der Verhältnisse im Herkunftsland nicht abgeschoben werden können, dies gilt zur Zeit allgemein für folgende Länder: Äthiopien, Afghanistan, Iran, Libanon und Sri Lanka. Des weiteren werden Asylbewerber zur Zeit nicht abgeschoben, wenn sie zu einer Gruppe gehören, deren Angehörige aus Gründen der Religion, der Volkszugehörigkeit oder aus ähnlichen Gründen im Herkunftsland unzumutbare Härten zu befürchten haben. Dies gilt derzeit für Kurden aus der Türkei, dem Libanon, dem Irak, dem Iran und aus Syrien, ferner für Christen und Yeziden aus der Türkei sowie Palästinenser. Diese erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für zunächst ein Jahr, welche dann um zwei Jahre verlängert wird. Sofern dann eine Aufenthaltsdauer von fünf Jahren erreicht ist, wird eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt. Es erhalten auch ehemalige Asyl-antragsteller eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie sich zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufenthaltsbeendigung seit mindestens fünf Jahren im Geltungsbereich des Ausländergesetzes aufgehalten haben, wenn sie für die Dauer des Asylverfahrens dem Land Berlin zugeteilt waren.

Was nun die nach Westberlin „in Massen zuströmenden Kriminellen“ betrifft, erhalten diese, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr ohne Bewährung verurteilt waren, keine Aufenthaltsberechtigung, sondern nur eine Duldung auf Bewährung auf drei Jahre. Voraussetzung dafür ist, daß aufgrund einer von der Strafanstalt ausgestellten günstigen Gesamtprognose eine zukünftige Gefährdung der Gesellschaft nicht zu erwarten ist.

Härtefälle werden einer entsprechenden Kommission vorgelegt, welche dann Empfehlungen aussprechen kann, entscheiden kann dann die Senatverwaltung

für Inneres. Diese Kommission ist bisher nicht gebildet, es ist auch nicht bekannt, wer da drinnen sitzen soll.

Im einzelnen ist diese (nur unvollständig dargestellte) Regelung ein enormer Fortschritt gegenüber der Praxis des alten CDU-Senats. Doch insgesamt werden verschiedene Ausnahmen und Einzelfälle geregelt, von einem generellen Aufenthaltsrecht für Asylbewerber, wie es der Hohe Flüchtlingskommissar der UNO von der BRD gefordert hat, um die Asylpraxis der BRD mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen, kann keine Rede sein. Die Linke soll sich auf eine Härtefallkommission stürzen, die nichts zu entscheiden hat, anstatt generell gegen Deportationen von Flüchtlingen einzutreten, also für das Recht auf Freizügigkeit. Nach den Ergebnissen der Volkszählung halten sich ca. 8000 Asylbewerber in Westberlin auf. — (msb)

Innerer Feind

Neue Aufgaben für die Bundeswehr

Die Möglichkeit von Armee-Einsätzen gegen die eigene Bevölkerung ist im Notstandsparagrafen 87a des Grundgesetzes geregelt. Das Eingreifen der Bundeswehr ist danach zulässig, wenn es gegen „organisierte und militärisch bewaffnete Aufständische“ geht. Die



Polizeieinsatz gegen Demonstranten; bald mit Bundeswehr im Rücken?

Auseinandersetzung des Staates mit Gegnern seiner Wohnungsbau-, Verkehrs- und Energiepolitik in Hamburg, Frankfurt und Wackersdorf haben das Verteidigungsministerium in Kooperation mit dem Innenministerium dazu bewogen, die Einsatzschwelle fürs Militär nach innen noch weiter zu senken.

In einem Erlass wird die Amtshilfe der Bundeswehr für die Polizei neu geregelt.

Danach soll die Bundeswehr Polizeieinheiten bei Großeinsätzen in Kasernen unterbringen und verpflegen können. Transportfahrzeuge der Armee, zu Lande und in der Luft, stehen dann zukünftig den Einsatzleitern für logistische Zwecke zur Verfügung, ebenso wie anderes schweres Gerät z.B. zum Brückenbau. Sanitätseinrichtungen einschließlich der Sanitätssoldaten sollen eingesetzt werden können. Das Verteidigungsministerium betont zwar, Soldaten dürften dabei nicht als „vollziehende Gewalt“ betrachtet werden. Dennoch ist die Absicht unverkennbar, über die für notwendig erachtete militärische Unterstützung der Polizei hinaus Streitkräfte in innere Auseinandersetzungen einzubeziehen, um dem Widerstand mit aller staatlichen Gewalt entgegentreten zu können. Die Blockade eines Transporters von Erbsensuppe durch aufgebrachte Bürger könnte letztendlich schon die Bundeswehr bedrohen und zum unmittelbaren Einsatz nötigen.

Ursprünglich sollte der Erlass bereits im August in Kraft treten. Widersprüche im Innenausschuß des Bundestages sowie Bedenken im Justizministerium haben jedoch für Verzögerungen gesorgt, so daß er voraussichtlich nach Debatten im Innenausschuß und mit den Ländern erst zum Jahresende gültig wird. Diese Einsatzpläne für die Bundeswehr sind übrigens nicht neu, sondern entstammen dem Entwurf für ein einheitliches Polizeigesetz der Bundesländer von 1977, das wegen der Brisanz dieser Frage nie Wirklichkeit wurde. Daß dieses reaktive Vorhaben jetzt direkt durch die Bundesregierung betrieben wird, erhöht seine Erfolgsaussichten.

Quellenhinweise: Frankfurter Rundschau 11. und 13.7.89; metall, Juli 1989 — (jok)

Sozialer Wohnungsbau

Kommunale Rechte und mehr Geld

Von 1984 bis 1988 hat die Bundesregierung ihre Fördermittel für den Wohnungsbau von 2,09 Milliarden auf 450 Millionen DM zurückgeschraubt. Für den sozialen Miet- und Genossenschaftswohnungsbau wurde der Geldhahn total zugedreht. Seit 1986 gibt es keinen Pfennig mehr an Bundesmitteln. Aber auch die Landesmittel reduzierten sich von Jahr zu Jahr. Ursprünglich war im Finanzplanungsansatz der Bundesregierung für 1990 nur 300 Millionen DM festgelegt (1). Gegen diese totale Einfrierung des sozialen Wohnungsbaus entwickelte sich ein breiter Widerstand. Die Bundesregierung muß jetzt etwas nachgeben. Allerdings ist ein wirklicher Durchbruch nicht in Sicht. Im laufenden Jahr subventionieren der Bund mit 1,05 Milliarden DM und die Länder mit rund 4,75 Milliarden DM den Bau von neuen

Sozialwohnungen. Mit der Fertigstellung von ca. 75000 Wohnungen wird gerechnet. Im neuen Jahr sind jetzt im Haushaltsentwurf 1990 1,6 Milliarden Bundesmittel vorgesehen, um rund 100000 neue Sozialwohnungen zu fördern. Ab 1990 soll kein gesondertes Wohnungsbauprogramm mehr für Aussiedler aufgelegt werden, sondern die Verteilung der Bundesmittel auf die Länder soll neben dem üblichen Bevölkerungsschlüssel nun auch mit einem 25%-gewichtigen Aussiedlerschlüssel geregelt werden. Für besondere Problemfälle bei der Beschaffung von Wohnraum kündigte Bundesministerin Gerda Hasselfeldt einen 10 Millionen DM schweren Härtefond an.

Was macht den Wohnungsneubau in den Ballungsgebieten so teuer, daß billige Wohnungen nur durch Subventionierung der öffentlichen Hand erreicht werden können? In erster Linie die Grundstückspreise und die Zinsen für das bei Kreditinstituten aufgenommene Baugeld. Die Bundesgesetzgebung ermög-

licht, daß z.B. in München die Grundstückspreise in den letzten 30 Jahren im Durchschnitt verzehnfacht wurden. Da die Stadt — im Vergleich zu anderen Großstädten — nur im Besitz von ca. 28% der Stadtfläche ist, können große private und staatliche Grundbesitzer diese Preistreiber durchsetzen. Nach Berechnungen der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften müssen jedoch pro Wohnung mindestens 100000 DM zinslose Darlehen und Grundstücke für einen Bruchteil ihres Verkehrswertes eingesetzt werden, um die Grundmiete für eine Sozialwohnung auf 8,20 DM/qm zu senken. Die Bundesregierung zentralisiert die Steuergelder für Rüstungs- und Expansionsinteressen, hält für den Wohnungsbau die notwendigen Finanzmittel zurück und behauptet dann, daß der soziale Wohnungsbau Aufgabe der Länder und Gemeinden sei. Diese kommunale Aufgabe könnte von den Gemeinden auch wirklich am besten ohne zentralstaatliche Kontrolle durchgeführt werden. Die Kommunalisierung von

Grund und Boden ist erforderlich und ein höherer Anteil am gesamten vom Bund eingezogenen Steuereinkommen, um den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften die zinslosen Darlehen zur Verfügung zu stellen.

Diese Einmischung und Kontrolle durch Bund und Länder führt nicht nur zu einer Mangelwirtschaft an billigen Wohnungen. Der bayerische Innenminister Dr. Edmund Stoiber hat jetzt eine Änderung der Vergabe von Sozialwohnungen angekündigt, in der neben der sozialen Dringlichkeit jetzt auch die Dauer der Anwesenheit der Antragsteller in der Stadt oder im Landkreis zu einem Kriterium für die Zuweisung einer Wohnung gemacht wird. (2) Bei Aussiedlern soll allerdings von der Fiktion ausgegangen werden, als ob sie schon fünf oder gar sieben Jahre auf der Warteliste stehen. Damit rutschen sie deutlich vor andere neu Zugezogenen und Ausländer.

Quellenhinweis: (1) Süddt. Ztg. 29./30.7.1989; (2) Bayerische Staatszeitung 21.7.1989 — (dil)

Polizeigesetzgebung

Innenministerium will Schußwaffengebrauch ausweiten

Das Bundesinnenministerium läßt einen Referentenentwurf kursieren, in dem — zumindest für Bundesgrenzschutz, Zoll und alle Beschäftigten des Bundeskriminalamtes — das Abgeben tödlicher Schüsse auf Personen unter, allerdings nur vage, begrenzten Umständen und der Einsatz von Schußwaffen gegen Menschenmengen erlaubt wird. Auch wenn das Innenministerium den Gesetzentwurf zur Änderung des „Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes (UZwG)“ als „Diskussions-

entwurf“ bezeichnet und deshalb seine Veröffentlichung ablehnt, gibt es doch verschiedene Zeitungen, die über diesen Gesetzentwurf detailliert und teilweise dokumentierend berichtet haben. Danach sollen die Paragraphen 12 und 13 des UZwG wie folgt geändert werden:

„a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

(2) Schußwaffen dürfen gegen Personen nur gebraucht werden, um angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mit-

tel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist.

b) es wird folgender Absatz 4 angefügt:

(4) Der Schußwaffengebrauch ist unzulässig, wenn für den Vollzugsbeamten erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden. Das gilt nicht, wenn der Schußwaffengebrauch das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr ist.

§ 13 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die Anwendung von Schußwaffen ist anzudrohen. Als Androhung gilt auch die Abgabe eines Warnschusses. Von der Androhung kann abgesehen werden, wenn die Anwendung von Schußwaffen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben erforderlich ist. Die Anwendung von Schußwaffen gegen eine Menschenmenge ist stets anzudrohen; die Androhung ist vor der Anwendung zu wiederholen.“

Nachdem die unionsregierten Länder auf der letzten Innenministerkonferenz ihr Vorhaben nicht haben durchsetzen können, eine einheitliche Regelung für den Schußwaffengebrauch der Polizei in allen Ländergesetzen zu erreichen, geht das Innenministerium — mit Zustimmung des Justizministeriums — jetzt einen anderen Weg. Das für den Bundesgrenzschutz, das Bundeskriminalamt und den Zoll geltende Bundesgesetz soll geändert werden und so Rechtsgrundsätze verankert werden, die bundesweit gelten. Das Bundesinnenministerium begründet seinen Entwurf ausdrücklich mit dem Hinweis, es gehe darum, „den handelnden Beamten von der ihm obliegenden Verantwortung zu entlasten und den verantwortlichen Polizeiführer in die



Schießen ist Bestandteil der Polizeiausbildung.

Landtag NRW: Anträge und Debatten zum Todesschuß

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat nach dem „Geiseldrama von Gladbeck“ mehrere Debatten zum Schußwaffengebrauch durch Polizisten durchgeführt. Darin erweist sich, daß die SPD für die Vorhaben der Bundesregierung durchaus offen ist.

Antrag der CDU-Fraktion: „... Geiselnnehmer müssen wissen, daß sie ihr eigenes Leben riskieren. Dies muß unabhängig davon gelten, ob sie im Verlauf ihrer Tat selbst Menschenleben auf dem Gewissen haben. Allein die Bedrohung unschuldiger Geiseln mit der Waffe muß ausreichen, einen polizeilichen Einsatz sicherzustellen, der die Geiselnahme mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beendet. Das Leben der Geiseln hat Vorrang vor dem Leben der Täter.

Die politisch Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere die Landesregierung, haben die Pflicht, diesen Grundsatz so öffentlich bewußt zu machen, daß weder bei zukünftigen Geiselnehmern noch bei den polizeilichen Einsatzkräften hierüber Zweifel bestehen können. Die Polizeibeamten bedürfen hierzu der psychologischen Vorbereitung wie auch der politischen Rückendeckung für die erforderlichen Maßnahmen. Die Polizei muß in der Lage versetzt werden, jederzeit für die Täter unkalkulierbar handeln zu können. Dabei muß ihr auch das letzte polizeiliche Mittel zur Verfügung stehen, nämlich der finale Rettungsschuß. Die Fürsorgepflicht gegenüber dem Beamten gebietet es, den finalen Rettungs-

schuß als schwerstes Eingriffsmittel im Polizeigesetz zu verankern ...“ (Landtagsdrucksache 10/4324).

Worms, CDU: „... Es geht um das politische Klima in unserem Lande, das bestimmte Handlungen ermöglicht oder bestimmte Handlungen einfach nicht zuläßt ... Um dieses Klima jetzt sehr konkret werden zu lassen, nun einige Beispiele: Ich nenne die Kiefernstraße. Ich nenne die Krawalle in Krefeld anläßlich des Besuchs des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten. Ich nenne den sogenannten Eierdieb-Erlass, mit dem die kleinere Kriminalität verharmlost wird. Ich erinnere an die Vorgänge bei der Verletzung der Bannmeile des Landtags. Ich erinnere an die Aussage des Innenministers, der ausdrücklich ein Wohnrecht für Terroristen reklamiert hat. Ich erinnere an die juristische Auseinandersetzung mit dem Justizminister hinsichtlich der Beurteilung der Strafbarkeit der Brückenbesetzungen in Duisburg ... Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Sind Sie bereit, den finalen Rettungsschuß gesetzlich eindeutig zu regeln ... Sind Sie bereit, die Einsatzvorgaben für die Polizei flexibler zu gestalten und damit effektiver zu machen ... Sind Sie bereit, für ein einheitliches Polizeirecht einzutreten ... Sind Sie bereit, die Voraussetzungen für Hafturlaub für Schwerstkriminelle zu überprüfen ... Sind Sie letztendlich bereit, in Nordrhein-Westfalen zukünftig für ein innenpolitisches Klima zu sorgen, mit dem gewährleistet werden kann, daß alle unsere Bürger — ich wiederhole es — wirksam geschützt werden ...“ (Plenarprotokoll Landtag NRW 10/83).

Reinhard, SPD: „... Es ist auch nicht

notwendig, Regelungen über den finalen Todesschuß einzuführen, denn sie bestehen bereits ... Nach § 41 Abs. 2 Polizeigesetz dürfen Schußwaffen gegen Personen nur gebraucht werden, um angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Es stellt sich also die Frage, ob der Begriff angriffsunfähig machen äußerstenfalls auch die Abgabe eines tödlich wirkenden Schusses umfaßt. Diese Frage wird in der Rechtsprechung und in der Kommentierung bejaht ... Die vorgenannten Vorschriften des Polizeigesetzes bilden also die gesetzliche Ermächtigungsgrundlage für das Handeln der Polizei. In diesem Falle liegt gleichzeitig eine Notwehr, Nothilfesituation vor. Das rechtfertigt den tödlich wirkenden Schuß des Polizeibeamten auch strafrechtlich nach § 32 Strafgesetzbuch ...“ (Plenarprotokoll Landtag NRW 10/83).

Innenminister Schnorr, SPD: „... Die Mitglieder des Innen- und des Rechtsausschusses haben von den verantwortlichen Polizeibeamten eindeutig hören können, daß es für den Ablauf des Geschehens und für das Verhalten der Polizei unerheblich war, ob der Schußwaffengebrauch gegen Menschen so wie in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg und in sechs anderen Bundesländern oder wie in Bayern geregelt ist ... Zwar dürfen Sie sagen, die Beamten hätten schießen sollen. Aber man muß bedenken: Die Spezialisten haben sich doch etwas Vernünftiges dabei gedacht. Und dazu möchte ich Ihnen sagen: Da traue ich mehr den Fachleuten der Polizei, die das gelernt haben ...“ (Plenarprotokoll Landtag NRW 10/83).

Verantwortung miteinzubeziehen“. Diese Begründung zielt darauf ab, auf dem Umweg über ein Bundesgesetz eine einheitliche Regelung für alle Länderpolizeien zu schaffen. Tatsächlich würde sich bei geltendem Bundesrecht die Rechtslage auch in Ländern ändern, die die entsprechenden Passagen nicht in ihre Polizeigesetze aufnehmen. Auch wenn schon bisher der Schußwaffengebrauch der Polizei legal ist — und damit auch der Tod der Verfolgten zumindest gesetzlich einkalkuliert, wenn auch nicht als direkte Absicht formuliert —, ändert die beabsichtigte Bundesgesetzgebung einiges:

Bislang finden in fast allen Bundesländern staatsanwaltliche Ermittlungen statt, wenn die Polizei jemanden durch Schußwaffengebrauch verletzt oder getötet hat. In mehr als 80 Prozent der Fälle werden die Ermittlungen jedoch ohne Verfahren eingestellt, Verurteilungen von Polizisten wegen unrechtmäßigem Schußwaffengebrauch im Dienst sind selten. Allerdings wirken sich solche gerichtlichen Verfahren nicht karrierefördernd aus, und sie werden in der Perso-

nalakte vermerkt. Insofern wird durch das Bundesgesetz der Schußwaffengebrauch für die Polizei vereinfacht und die Brutalisierung der Polizeieinsätze vorangetrieben.

Den Befehl, tödlich wirkende Schüsse abzugeben, konnte nach der bisherigen Rechtslage kein Vorgesetzter geben bzw. jeder Polizist, der solchen Anweisungen nicht nachkommen wollte, hatte genügend Gründe, Schußwaffengebrauch ohne disziplinarrechtliche Folgen zu verweigern. Dies wird mit dem Gesetz geändert.

Vor allem aber wird die Polizei auch durch diesen Gesetzentwurf zunehmend mit Befugnissen ausgestattet, die weit über die Durchführung gerichtlicher Anordnungen oder polizeilicher Aufgaben hinausgehen, sie erhält zunehmend Befugnisse, die weitgehendere Folgen als Gerichtsurteile haben können. Das Innenministerium begründet den Gesetzentwurf ausdrücklich damit, daß das Vorgehen der Polizei von den strafrechtlichen Notwehrbestimmungen gelöst werden soll.

Die Schwelle für den Einsatz von

Schußwaffen wird herabgesetzt. Nicht mehr die mündliche, laut und verständlich vorgetragene Androhung muß zwingend vorausgehen, sondern ein „Warnschuß“ gilt noch als Androhung. Ausdrücklich bestimmt der Gesetzentwurf, daß dies auch für den Einsatz von Schußwaffen gegen Menschenmengen gilt, hier muß die Polizei mindestens zweimal androhen bzw. „Warnschüsse“ abgeben, bevor sie in die Menge feuern darf.

Die Gewerkschaft der Polizei ist über den Gesetzentwurf gespalten. Verschiedene Landesvorstände, darunter die Vorstände der Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, haben sich ausdrücklich gegen den Gesetzentwurf gewandt. Die SPD-regierten Länder erklärten, sie wollten das Gesetz nicht übernehmen. Allerdings wies NRW-Innenminister Schnoor bereits vor längerer Zeit daraufhin, daß durch Verordnungen längst die rechtliche Grundlage für tödliche Schüsse durch die Polizei bestehe.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung vom 19.7.; taz vom 19.7.; Kölner Stadt-Anzeiger vom 19. bis 24.7. — (uld)

Todesurteile

Rettet die 25 von Upington!

Am 25. Mai verhängte das Gericht von Upington gegen 14 schwarze Bewohner des Upingtoner Townships Pabelello die Todesstrafe. Elf weitere der 26 Angeklagten wurden zu zwölf bzw. lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Nur einer wurde freigesprochen. Ihnen wurde ähnlich den „Sechs von Sharpeville“ vorgeworfen, 1985 in „gemeinsamer Absicht“ an einer Demonstration teilgenommen zu haben, in deren Verlauf ein Polizist getötet wurde. Eine konkrete Tatbeteiligung konnte das Rassistengericht keinem der Angeklagten nachweisen.

Die Gewerkschaften und Solidaritätskomitees mit den „Upington 26“ aus Südafrika/Azania fordern die internationale Öffentlichkeit zur Solidarität auf, damit die verhängten Todesurteile nicht vollstreckt werden und die 25 Frauen und Männer bedingungslos freigelassen werden. Sie haben gemeinsam mit Verwandten, Freunden und Arbeitskollegen kurze Lebensläufe der Verurteilten zusammengestellt. — (rub)

1. **Kenneth Kumelo**, 33, Vater von drei Kindern, arbeitete bis zu seiner Verhaftung als Schatzmeister der Gemeinde Pabelello. Er ist angesehen in der Gemeinde. Zum Tode verurteilt.
2. **Tros Gubula**, 30, war zur Zeit seiner Verhaftung arbeitslos. Seine Familie und Freunde beschreiben ihn als ruhig und hilfsbereit. Er ist ledig und hat ein Kind. Zum Tode verurteilt.
3. **Abel Kutu**, 28, ist ledig und hat ein Kind zu ernähren, seine Familie ist auf seinen Verdienst angewiesen. Abel verließ mit 16 Jahren die Schule und arbeitete danach in verschiedenen Betrieben,

zuletzt bei der Upington Bottling Company. Zu Haftstrafe verurteilt.

4. **David Lekanyane**, 25, ist Sohn des Pastors Lekanyane. Er stand zur Zeit seiner Verhaftung in der Abschlußprüfung an der Schule. David ist aktives Jugendmitglied der Methodistengemeinde von Upington. Zum Tode verurteilt.

5. **Myner Bovu**, 29, lebt mit seinem 88 Jahre alten Vater in Upington. Er hatte gerade das zweite Jahr seiner Lehrerausbildung hinter sich, als er verhaftet wurde. Sein Vater beschreibt ihn als äußerst besorgt über Ungerechtigkeit und Diskriminierung in der südafrikanischen Gesellschaft. Er ist Sänger im Kirchenchor der Gemeinde. Zum Tode verurteilt.

6. **Zuko Xabendini**, 32, ledig, Vater eines Kindes, ist der älteste Sohn einer Familie mit sechs Kindern. Er war seit der Scheidung seiner Eltern das Familienoberhaupt. Zuko wird als ruhiger, eher scheuer Mensch beschrieben. Als er 1987 verhaftet wurde, war er Kurier bei einer Firma. Zum Tode verurteilt.

7. **Enoch** ist Vater von vier Kindern, respektiert in seiner Gemeinde, ruhig und häuslich. Zu Haft verurteilt.

8. **Andrew Lekanyane**, 29, ist wie David Sohn des Pfarrers Lekanyane. Andrew war der hauptsächliche Ernährer der Familie, ist Vollmitglied der Kirchengemeinde und Leiter des Kirchenchores. Er arbeitete zur Zeit seiner Verhaftung in einer Elektrofirma. Zum Tode verurteilt.

9. **Elijah Matshoba**, 23, ist das zweitjüngste einer Familie mit acht Kindern. Elijah stand bei seiner Verhaftung ein Jahr vor dem Schulabschluß. Er ist

Sonntagsschul-Lehrer und Leiter einer kirchlichen Jugendgruppe. Zu Haftstrafe verurteilt.

10. **Justice Basie Bekebeke**, 26, arbeitete vor seiner Verhaftung als Pfleger in einem Krankenhaus in Windhoek, will Arzt werden. Zum Tode verurteilt.

11. **Zonga Mokhatle**, 31, hat vier Kinder zu unterhalten. Er brach die Schule nach der 6. Klasse ab und lebte seitdem von Gelegenheitsjobs in und um Upington. Zum Tode verurteilt.

12. **Ronnie Masiza**, 23, arbeitete vor seiner Verhaftung als Packer bei der Robinson-Spice, einer Gewürzfabrik. Zu Haftstrafe verurteilt.

13. **Wellington Masiza**, 27, arbeitete vor der Verhaftung als Bauarbeiter. Er und Ronnie sind die ältesten von fünf Geschwistern. Wegen fehlender finanzieller Mittel verließen beide früh die Schule und mußten für minimale Löhne (120—200 Rand/Monat) arbeiten, da ihre Mutter auf ihre Unterstützung angewiesen ist. Beide sind aktive Mitglieder der Zionistischen Kirche. Beide zum Tode verurteilt.

14. **Barry Bekebeke**, 23, ist der Bruder des Basie Bekebeke. Er stand bei seiner Verhaftung kurz vor dem Schulabschluß. Wegen seiner Schulbildung war er bei der Polizei unbeliebt und wurde öfter belästigt. Zu Haftstrafe verurteilt.

15. **Boy Jafta**, 24, lebte mit seiner Mutter, vier Kindern und zwei Enkeln. Die Familie hat finanzielle Schwierigkeiten, da der Vater 1984 starb und die Mutter krank ist. Seit Verlassen der Schule mit 18 Jahren hatte er verschiedene Gelegenheitsjobs. Zum Tode verurteilt.

16. **Xoliswa Duba**, 23, wird als offene, freundliche junge Frau beschrieben. Vor der Verhaftung war sie in der Abschlußklasse der High School. Auf Kautionsfrei, bekam sie 1987 ein Kind. Zu Haftstrafe verurteilt.

17. **Elizabeth Bostaander**, 23, wuchs mit fünf Geschwistern auf, war in der Abschlußklasse der High School. Sie wird als gute Schülerin mit großem Talent und hohen moralischen Ansprüchen beschrieben. Zu langjähriger Haftstrafe verurteilt.

18. **Evelina De Bruin** ist mit 63 Jahren die älteste der 25 Angeklagten. Da ihr Mann Gideon Madlongolwane ebenfalls angeklagt ist, sind ihre zehn Kinder ohne elterliche Obhut und Unterstützung. Evelina arbeitete seit 25 Jahren als Haushälterin bei einer weißen Familie in Upington, die das Arbeitsverhältnis nach der Anklage kündigten. Zum Tode verurteilt.

19. **Gideon Madlongolwane**, 61, ist der Ehemann von Evelina De Bruin. Er ging nie zur Schule und kann daher weder lesen noch schreiben. Er arbeitete 36 Jahre lang bei der Eisenbahn, bis er 1988 pensioniert wurde. Er ist im ganzen Township beliebt. Zum Tode verurteilt.

20. **Xolile Yona**, 25, hatte seit Verlassen der Schule 1979 keine feste Anstel-



Der Gewerkschaftsdachverband National Council of Trade Unions (NACTU) führt eine Kampagne zur Rettung der 25 von Upington, von denen einige in NACTU-Gewerkschaften organisiert sind, durch. NACTU organisiert auch die finanzielle Unterstützung der Familien.

lung. Zur Zeit seiner Verhaftung lebte er vom Boxen. Gesundheitlich angeschlagen leidet er unter Depressionen und Migräne. Zum Tode verurteilt.

21. Albert Tywilli, 27, ist Vater von vier Kindern und unverheiratet. Bis zu seiner Entlassung arbeitete er drei Jahre als Polizist. Angeblich war er der beste Freund des getöteten Polizisten. Zum Tode verurteilt.

22. Jeffrey Sekya, 25, verließ aus finanziellen Gründen nach der 6. Klasse die Schule. Zur Zeit seiner Verhaftung arbeitete er auf einer Baustelle. Er wird als ruhiger, verschlossener junger Mann beschrieben, der viel liest. Zu langjähriger Haftstrafe verurteilt.

23. Sarel Jacobs, 23, verließ schon nach der 3. Klasse die Schule. Er hatte verschiedene Gelegenheitsjobs und arbeitete auf Baustellen. Er hat ein zweijähriges Kind zu ernähren. Zu Haftstrafe verurteilt.

24. Roy Swaartboi, 23, ist Waise, da ihn seine Familie im Stich ließ. Er ging nur fünf Jahre zur Schule und war bei seiner Verhaftung arbeitslos. Zu Haftstrafe verurteilt.

25. Neville Witbooi, 21, war zur Zeit seiner Verhaftung Schüler. Er gilt als regelmäßiger Kirchenbesucher. Zu Haftstrafe verurteilt.

26. Ivan Kazi, 22, mußte nach vier Jahren den Schulbesuch abbrechen und arbeitete bei seiner Verhaftung in einer Flaschenfabrik.

Resolution der GEW Baden-Württemberg

„Die GEW Baden-Württemberg protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Todesurteile gegen 14 Schwarze, sowie gegen die Freiheitsstrafen gegen weitere 12 Schwarze aus Upington/Südafrika, denen wie den ‚Sharpeville-Six‘ die ‚Innerliche Billigung‘ des Mordes an einem gewalttätigen schwarzen Polizisten vorgeworfen wird.

Wie im Falle der ‚Sechs von Sharpeville‘ kann nur eine internationale Protestkampagne sowie politischer und wirtschaftlicher Druck auf die Regierung Südafrika den ‚26 von Upington‘ das Leben retten.

* Sofortige Aufhebung der Todesurteile gegen die 14 Schwarzen.

* Freilassung der 26 Verurteilten.

* Bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika.“

Der GEW-Hauptvorstand wird aufgefordert, eine bundesweite Pressekampagne zu starten und bei der Bundesregierung den Einsatz politischer und wirtschaftlicher Druckmittel zu verlangen.

Der baden-württembergische GEW-Landesvorsitzende protestierte in einem Brief an den südafrikanischen Präsidenten und an die südafrikanische Botschaft in Bonn gegen die Urteile. Für die Schulen wird in Baden-Württemberg ein Flugblatt vorbereitet.



Upington liegt im Nordwestteil der Cape Province, ist etwa 100 Kilometer von der Grenze zu Namibia und rund 180 Kilometer von Botswana entfernt. Es ist die letzte große Stadt vor den Grenzen, Verkehrsknotenpunkt der Nationalstraßen, Eisenbahnen und hat einen ausgebauten Flughafen. Upington liegt im Orange-River-Tal, eine landwirtschaftlich intensiv genutzte Gegend. Auf den großen Farmen werden Luzerne, Baumwolle, Rosinen, Pfirsiche, Apfelsinen, Weintrauben und Datteln abgebaut. Das Farmland wird künstlich bewässert. Andere Farmen betreiben Pelztierzucht. In der Nähe von Upington werden Halbedelsteine abgebaut. Pabelello ist eines der beiden Townships von Upington. In Pabelello wohnen etwa 10000 Menschen. Pabelello ist eines der ärmsten Townships Südafrikas. Die Arbeitslosenquote lag 1987 bei 30,9%. In ganz Südafrika beträgt sie 18,2%. 92,4% der Familien in Pabelello hatten 1987 weniger als das offizielle Mindesteinkommen von 557 Rand im Monat. 57,5% der Familien mußten mit weniger als 250, 36,9 Prozent mit weniger als 150 Rand monatlich leben. Viele haben hohe Mietrückstände.

Am 25. November 1985 versammelten sich 3000 Einwohner von Pabelello auf dem Fußballplatz zu einer Protestversammlung gegen Mieterhöhungen. Die Verurteilten nahmen auch daran teil. Die Versammlung wurde von der Polizei angegriffen und mit Tränengas auseinandergetrieben. In eine darauf folgende Demonstration schoß der später getötete Polizist hinein und verletzte ein Kind.



Die zum Tode verurteilten 14 Frauen und Männer aus Upington sitzen in den Todeszellen des Pretoria Maximum Security Prison. Hier sollen sie auch hingerichtet werden. Dieses Hochsicherheitsgefängnis wird seit Jahren ständig ausgebaut. Um die Gefangenen noch mehr zu quälen, müssen diese nach jeder Hinrichtung eine Todeszelle weiter aufrücken — bis sie in der ersten Zelle sitzen. Zuletzt wurden hier im Mai sieben Todesurteile gegen schwarze Gefangene vollstreckt.

Namibia

SWAPO veröffentlicht Manifest für die Novemberwahl

Am 2.7.1989 wurde vom Wahlkampfteam der SWAPO auf einer Massenkundgebung in Katutura (Namibia) das SWAPO-Wahlmanifest veröffentlicht. Die SWAPO wird sich für einen geeinten namibischen Staat einsetzen, zu dessen integralen Bestandteilen die Gebiete der Walfischbucht und alle vorgelagerten Inseln zwischen dem Oranje-Fluß und der Walfischbucht gehören.

Das Wahlmanifest umfaßt 26 teils bebilderte Seiten und enthält folgende Kapitel: SWAPOs Philosophie der Regierung, namibischer Staat, Außenpolitik, Staatsangehörigkeit, Sprachen, Staat und Religion, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Gesundheitspolitik, Bildung und Kultur, Entwicklung auf dem Land, Kommunalpolitik und Bauwesen, Frauenpolitik, Jugend und Studenten, Arbeiter in einem unabhängigen Namibia, Streitkräfte, Massenmedien, Korruption im Öffentlichen Leben, Finanzpolitik, Wahlen.

Den weitaus größten Umfang hat das Kapitel über die Wirtschaftspolitik. Wir haben uns bei der Darstellung des Wahlmanifests auf die wichtigsten Teile aus dem Bereich Wirtschaftspolitik beschränkt. Wir denken, daß die dort dargelegten Vorstellungen der SWAPO einen guten Einblick geben, welche Veränderungen die SWAPO nach einem Wahlerfolg anstrebt.

Wir konnten uns bei der Übersetzung auf ein in deutscher Übersetzung vorliegendes Positionspapier des SWAPO-Zentralkomitees vom 28.11.1988 stützen. Das vollständige Wahlprogramm in englischer Sprache kann gegen eine Gebühr von DM 2.- bestellt werden bei SWAPO of Namibia, Postfach 300868, 5300 Bonn 3.

Quellenhinweis: SWAPO Nachrichten-Rundbrief vom 12.7.1989, SWAPO Information&Comments vom 28.11.1988, SWAPO Wahlmanifest vom 2.7.1989 — (obj, pum)

Wirtschaftspolitik

„Unter der kolonialen Regierung von Südafrika ist die namibische Wirtschaft durch einen totalen Mangel an Koordination gekennzeichnet. Es gibt minimale Verbindungen zwischen den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft. Jede der drei Gruppen, die die namibische Wirtschaft beherrscht haben, namentlich die ausländischen Bergbau-Unternehmen, die weißen Farmer und die südafrikanische Fischindustrie haben nur nach höchstmöglichem Profit gestrebt. Dazu

haben sie sich auf die Produktion wichtiger Waren für den Export konzentriert und die Herstellung von Waren für den Binnenmarkt vernachlässigt. Die Gewinne aus der Produktion werden ungleich und nach rassistischen Gesichtspunkten verteilt. (...) Am Verkauf der hergestellten Waren profitieren nur die Minenbesitzer, die weißen Farmer und die Fischindustrie. Obwohl die schwarzen Arbeiter ihre ganze Arbeitskraft verausgaben, erhalten sie nur Hungerlöhne. Zum Beispiel ist das Pro-Kopf-Einkommen von Weißen in städtischen Gegen-

den zwölf mal so hoch wie das der Schwarzen. In den ländlichen Gebieten ist der Unterschied noch größer. Das Durchschnittseinkommen der Weißen ist 25mal so hoch wie das der Schwarzen.

In Bezug auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau und Entwicklung tritt die SWAPO ein für:

- * eine Veränderung der Besitzverhältnisse,
- * eine gleichmäßige Verteilung des Nationaleinkommens,
- * die Schaffung von vernünftigen Verbindungen zwischen den Wirtschaftszweigen,
- * die Diversifikation der Wirtschaft.

Auf den Minenbereich entfällt ein Drittel des Bruttosozialprodukts und 85% oder mehr aller Exportgüter. Dieser Bereich könnte die Stütze einer starken selbstversorgenden Wirtschaft in unserem Land sein. Die Steuereinnahmen aus dieser Quelle belaufen sich auf etwa 50% der geschätzten Staatseinkünfte. Und dies, obwohl manchen Bergbauunternehmen für einige Jahre sämtliche Steuern erlassen wurden und andere ihre wahren Einkünfte verschleiern, um die Bezahlung der vollen Steuer zu vermeiden.

In Namibia gibt es keine einzige Bergbaugesellschaft, die ganz oder teilweise Namibianern gehört. Dies bedeutet die effektive Alleinherrschaft westlicher und südafrikanischer Konzerne über Namibias Mineralien. So haben diese Konzerne ihren Hauptaugenmerk auf den Export unverarbeiteter Rohstoffe gerichtet und so eine Situation geschaffen, bei der ein großer Teil des Reichtums aus der Bergbauindustrie — bis zu 35% des Bruttosozialprodukts des Landes — auf die Konten der multinationalen und südafrikanischen Konzerne fließt. Dies geschieht in der Form von enteigneten Erträgen, Dividenden, Überweisungen und Kapitaltransferierungen. Dies führt zu übermäßiger Verarmung der schwarzen Arbeiter und Bauern.

Als eine Bewegung die den Werten soziale Gerechtigkeit, Solidarität und öffentlichen Interessen verpflichtet ist, verheimlicht SWAPO nicht ihre Anschauung, daß der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen ist.

Eine SWAPO-Regierung in Namibia wird die Fortsetzung des Status quo nicht dulden, in dem die Wirtschaftsstruktur auf die Bedürfnisse und Forderungen ausländischer und inländischer Kapitalisten zugeschnitten ist. (...)

Der Staat wird sich um das Eigentum an einem wesentlich höheren Teil der Reichtümer des Landes bemühen als das jetzt der Fall ist. Eine großangelegte Verstaatlichung von Bergwerken, landwirtschaftlichen Anbaugeländen und anderen produktiven Wirtschaftszweigen ist jedoch in absehbarer Zukunft nicht vorgesehen.

Stattdessen wird der unabhängige Staat Namibia bereit sein, neue und angemessene Verträge auszuhandeln, so-



Nichtbewirtschaftete Farmen weißer Siedler sollen enteignet werden.

wohl mit den schon ansässigen ausländischen Firmen als auch mit neuen Investoren, die daran interessiert sind, sich an der Weiterentwicklung des Erzabbaus im Lande auf der Basis wechselseitiger Beziehungen und zu beiderseitigem Nutzen zu beteiligen. Der zentrale Programmpunkt der Politik der SWAPO in Bezug auf den Wiederaufbau der Wirtschaft und deren Weiterentwicklung wird darauf abzielen, die staatliche Kontrolle über die Reichtümer des Landes in dem Maße zu erlangen, das erforderlich ist, um ein Gleichgewicht zwischen ge-

Hinblick auf die Mineralienindustrie des Landes einsetzen. (...) Zur Zeit werden den internationalen Konzernen erheblich geringere Steuern auferlegt als in anderen afrikanischen Staaten. Zum Beispiel bezahlt CDM in Botswana höhere Steuern als im kolonialen Namibia. Diese Konzerne werden zukünftig die ihren tatsächlichen Einkünften entsprechenden Steuersätze entrichten müssen.

b) Landreform und Landwirtschaftspolitik

In Bezug auf Ländereien hat sich die

ten Landbesitzes wird auf die Förderung umfassender Beteiligung des namibischen Volkes an der landwirtschaftlichen Produktion des Staates und gerechter Verteilung seines Mehrwertes abzielen. Zum zweiten ist beabsichtigt, die landwirtschaftliche Produktion auf erhöhtem Niveau zu halten, und zwar mit besonderem Augenmerk auf die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Viehzucht und Feldfruchtanbau, damit der Staat die Bevölkerung ernähren und somit der gegenwärtig manipulierten Abhängigkeit von Lebensmitteleinfuhren aus Südafrika ein Ende bereiten kann. (...)

Als Bestandteil ihrer Politik der Erlangung landwirtschaftlicher Selbstversorgung und wirtschaftlicher Entwicklung in ländlichen Bezirken wird eine SWAPO-Regierung die Errichtung von Agro-Industrien mit Getreidemöhlen, Düngemittelfabriken, Sägewerken, Speiseölraffinerien, Getränkefabriken und Anlagen für die Lebensmittelverarbeitung, die Produktion von Säcken, Verpackungen und Dosen sowie (wie schon erwähnt wird) einfachen landwirtschaftlichen Geräten fördern.“



Der Einfluß der imperialistischen Konzerne ist nur schwer zurückzudrängen. Bild: Arbeiter der CDM-Diamantenmine.

rechten, dem namibischen Volk zugute kommenden ökonomischen Erträgen einerseits und angemessenem Gewinn für aus- und inländische Privatinvestoren andererseits herzustellen.

a) Bergbauindustrien

Die Erträge und Deviseneinnahmen aus Namibias Bergbauindustrie müssen die wichtigste Hilfsquelle für den Wiederaufbau und die Umstrukturierung der namibischen Wirtschaft werden. Zu diesem Zweck werden Investoren einen erheblichen Teil ihrer Gewinne wieder in Namibias Wirtschaft investieren müssen. (...)

Die Strategie der SWAPO bei der Weiterentwicklung des Abbaus von Mineralien wird auf die Integration dieses Schlüsselsektors in die übrige Wirtschaft abzielen. Dazu gehört die Entwicklung einer Grundindustrie etwa für die Herstellung und Lieferung von Düngemitteln, einfachen Ackerbaugeräten, Baumaterialien und die Errichtung von Raffinerien für Namibias Metall und Anlagen für das Sortieren, Bewerten und Schneiden von Diamanten.

Eine SWAPO-Regierung wird sich auch für gerechte Steuerbedingungen im

SWAPO auf eine Reformpolitik festgelegt, um das Ungleichgewicht vergangener Maßnahmen bei der Landzuteilung auf rassischer Grundlage aus der Welt zu schaffen. Ziel dieser neuen Politik wird die Übertragung einiger der riesigen Ländereien aus dem Besitz weniger an die Mehrheit der Landlosen sein.

Gegenwärtig ist etwa 65% des Landes im Besitz der Weißen. Etwa 5000 weiße Farmer besitzen etwa 6000 Farmen für Rinder und Karakul (Pelztier). Nach offiziellen südafrikanischen Angaben gehören sogar 48% dieser Farmen ausländischen Grundherren, die gar nicht in Namibia leben. Es gibt auch gewisse weiße Farmer, die verschiedene große Farmen besitzen. Das Land der abwesenden Großgrundbesitzer sowie ein Teil des Landes der Farmer, die mehrere Farmen besitzen, wird an die landlosen Schwarzen verteilt werden.

Aber auch hier wie bei der Bergbauindustrie kommt eine Landenteignung auf breiter Basis nicht in Frage. Stattdessen wird es staatliche Landwirtschaftsbetriebe, Kooperativen, Bodenbearbeitung durch Bauernfamilien und private Farmen auf erwerbswirtschaftlicher Grundlage geben. Diese Strategie des gemisch-

Sowjetunion

Arbeiterbewegung meldet Ansprüche an

Mehrere hunderttausend Kohlebergarbeiter in allen Kohlegebieten der Sowjetunion — im sibirischen Kusbass-Gebietes, bei Karaganda, im ukrainischen Donezbecken, bei Dnjepropetrowsk, in Lemberg und bei Workuta — haben sich an dem großen Streik der letzten Wochen beteiligt. Sie haben viele ihrer Forderungen im wesentlichen durchgesetzt: U.a. werden ihre Löhne, zum Teil beträchtlich, erhöht, ebenso die Schichtzulagen; auch die Renten werden erhöht, und Arbeiter, die aufgrund von Arbeitsunfällen zu Frührentnern wurden, bekommen Anspruch auf Invalidenrenten; die Versorgung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern soll beträchtlich verbessert werden, konkrete Zusagen über ihre Bereitstellung liegen vor; die Grubensicherheit wird überprüft, Maßnahmen zu ihrer Verbesserung eingeleitet; die Gesundheitsversorgung wird verbessert, u.a. wurde zugesagt, daß verschiedenenorts neue Krankenhäuser errichtet werden; das Wohnungsbauprogramm wird beschleunigt, die städtische Infrastruktur ausgebaut.

Von großer Bedeutung sind die die Wirtschaftsverwaltung der Kohlegebiete betreffenden Zusagen, die die Kohlebergarbeiter von der Regierung erreicht haben. Die Kohlegruben und andere Betriebe der Regionen, die bisher vom zentralen Kohleministerium bzw. entsprechenden Ministerien verwaltet wurden, erhalten im Rahmen des Gesetzes über den Staatsbetrieb die völlige wirtschaftli-

che und juristische Unabhängigkeit, wobei verschiedene Eigentumsformen in Betracht gezogen werden sollen. Schon vom 1.8. an haben die Betriebe das Recht, die über die vertraglich vereinbarten Fördermengen hinaus geförderte Kohle zu frei ausgehandelten Preisen im In- und Ausland verkaufen zu können. Die bürgerliche Presse interpretiert diese Übereinkunft als Schritt zur weiteren Liberalisierung in Richtung Marktwirtschaft — aber hat sie Recht?

Eine Forderung des Streiks war die Stärkung der örtlichen und regionalen Sowjets. Auf der Versammlung von Streikkomitees aus elf Städten aus dem Kusbass-Revier wurde beschlossen, daß zukünftig 20% der Gewinne der Betriebe an die örtlichen Sowjets und nur noch 10% an den Zentralstaat abgeführt werden sollen. Das „Hamburger Abendblatt“ zitiert einen Bergarbeiter, der berichtet, wie sich in den Diskussionen der Arbeiter das Ziel einer „regionalen Wirtschaftsautonomie“ immer klarer herausgebildet habe. Tatsächlich sieht der erste Punkt der Vereinbarung im Kusbass-Revier vor, daß das Gebietskomitee einen Vorschlag ausarbeiten soll, wie der ganze Bezirk ab 1990 autonom und wirtschaftlich rentabel organisiert werden könne. Die Streikenden haben ihren Anspruch auf Beteiligung an der Wirtschaftsverwaltung erhoben.

Quellen: Spiegel v. 24.7.89; HA v. 25.7.; taz v. 19.7.; weitere Tagespresse vom 17.7.-28.7. — (scc)

Ungarn

Revision des Geschichtsbildes

Am 16. Juni 1989 wurde Imre Nagy, der 1958 als Konterrevolutionär verurteilte ehemalige ungarische Ministerpräsident, in einer großen Trauerfeier wie ein Held und Märtyrer nachträglich begraben. Über der Szenerie wehten rot-weiß-grüne Fahnen, in der Mitte ein Loch, wo das kommunistische Staatswappen herausgeschnitten war. Die „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei“ (USAP) war offiziell nicht anwesend. Jedoch hielten zwei Mitglieder des Politbüros, darunter der Staatsminister Imre Pozsgay, der für das Präsidentenamt nominiert ist, am leeren Sarg die Ehrenwache. Oppositionsbewegungen aus fast sämtlichen osteuropäischen Ländern waren anwesend. Rumänien verurteilte die Feierlichkeiten als „faschistisch und antisozialistisch“.

Nicht als Konterrevolution, sondern als Volksaufstand sollen heute die Ereignisse 1956 in Ungarn gedeutet werden. Angesichts der „Reformen“, die die ungarische Regierung betreibt, erscheint dies eher als konsequent. Pozsgay ließ dies eher als konsequent. Pozsgay ließ auch in einem ZDF-Interview mit einer EG-Mitgliedschaft. Im Europaparlament möchte Ungarn vertreten sein. Westli-

chem Kapital wird mit erheblichen Vergünstigungen die Türen weit geöffnet etc.

Zurück zu 1956: Begonnen hatten die Ereignisse zunächst mit großen Studentendemonstrationen gegen bürokratische und unterdrückerische Auswüchse der Rakosi-Regierung für mehr Demokratie und vor allem materielle Verbesserungen. Viele der Forderungen waren berechtigt. Sehr schnell jedoch gewannen reaktionäre Elemente die Oberhand. „Auch die Kommunisten, die in den Reihen des Aufstandes kämpften, fanden sich letzten Endes ungewollt im Kampf nicht für den Sozialismus, sondern für eine Rückkehr zum alten.“ (Tito, 11.11.56) Über die kurz zuvor entminte Grenze nach Österreich drangen scharenweise Mitglieder im Westen ausgebildeter ungarischer Emigrantenorganisationen, ehemalige Horthy-Offiziere, Pfeilkreuzler, spanische Falangisten, General Gehlens Leute, Teile des alten Adels und der Großgrundbesitzer wie z.B. Fürst Esterhazy ein. Faschisten wurden aus den Gefängnissen befreit. CIA-Chef Allen Dulles war schon Monate zuvor über den geplanten Aufstand informiert. Das Internationale Rote Kreuz beteiligte sich an Waffen„import“. Der bis dato im Hausarrest einsitzende Kardinal Mindszenty zog triumphal in Budapest ein und wurde im Westen bereits als das künftige Staatsoberhaupt gehandelt. Auch er soll jetzt wieder rehabilitiert werden. Der Sender „Freies Europa“ hetzte zu immer weitergehenden Forderungen auf.

Nagy bildete die Regierung mehrmals um, wobei immer mehr Konterrevolutionäre in wichtige Positionen drangen. Es kam zu unvorstellbaren Grausamkeiten und einer blutrünstigen Lynchjustiz vor allem an Kommunisten. Anstatt der Reaktion Widerstand entgegenzusetzen, rief Nagy die westlichen Großmächte um Hilfe und erklärte den Austritt aus dem Warschauer Pakt. „Die Welt“ schrieb am 3.1.1956: „Der siegreiche nationalkommunistische Aufstand hat in die allgemeine antikommunistische Erhebung umgeschlagen.“ „Le Monde“ meldete am 2.11.1956: „Die Revolution oder, wenn man will, die Konterrevolution hat in Ungarn gesiegt.“

Durch den Einmarsch der sowjetischen Truppen wurde dies doch noch verhindert. Tito erklärte damals, die Gegenrevolution wäre eine Katastrophe gewesen, das „Eingreifen der Sowjettruppen war ein Fehler. Und wenn das den Sozialismus in Ungarn rettet, dann werden wir ... sagen können, obgleich wir gegen eine Einmischung sind, daß die sowjetische Intervention notwendig war.“ (Europa Archiv, 20.11.1956).

Dies alles kann nicht so einfach uminterpretiert werden. Pozsgay gesteht ein: „Es gibt noch viele, die auch heute noch auf einem falschen Geschichtsurteil beharren.“ (FR, 3.6.1989) Zum Glück! — (frr)

Großbritannien

Lohnkämpfe im öffentlichen Dienst

Am Donnerstag, den 27. Juli, stimmte die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter (NUR) dem Angebot von British Railways, die Löhne und Gehälter rückwirkend ab April um 8,8 Prozent zu erhöhen, zu. Damit haben alle Gewerkschaften bei British Rail das Angebot angenommen. Ursprünglich hatten die Eisenbahngewerkschaften Lohnerhöhungen von mindestens 10 Prozent gefordert. Die jetzige Lohnerhöhung liegt knapp über der derzeitigen Inflationsrate von 8,3 Prozent, bietet aber keinen Ausgleich für die niedrigen Lohnabschlüsse der letzten Jahre. Die NUR hatte am Mittwoch nochmals einen landesweiten,



Demonstration von Eisenbahnarbeitern und städtischen Beschäftigten am 18. Juli in Manchester.

24 Stunden dauernden Streik durchgeführt und damit fast das gesamte Zugnetz lahmgelegt. Die Arbeiter der Londoner U-Bahn, die ebenfalls in der NUR organisiert sind, kündigten für Mittwoch, den 2. August, einen weiteren 24stündigen Streik an. Sie fordern ebenfalls Lohnerhöhungen von 10 Prozent und vermehrte Einstellungen. Ähnlich wie im Eisenbahnverkehr kann auch der Betrieb der U-Bahn nur durch Überstunden planmäßig durchgeführt werden. Die NUR rechnete vor, daß etwa ein Viertel des Bahnbetriebes nur durch Überstunden abgedeckt wird. Die NUR wies daraufhin, daß die Beschäftigten aufgrund der niedrigen Löhne zwar auf die Überstunden angewiesen seien, daß aber bei solchen Überstunden — regelmäßig 60 Stunden Arbeit in der Woche sind keine Seltenheit — die Unfallhäufigkeit zunehme.

Die Beschäftigten der Rundfunk- und Fernsehgesellschaft BBC konnten nach mehreren kurzen Streiks und der Ver-

weigerung von Überstunden ebenfalls Lohnerhöhungen von 8,8 Prozent durchsetzen. Dies gelang auch den städtischen Beschäftigten der englischen Gemeinden, nachdem sie am 18. Juli einen ganztägigen Streik durchgeführt haben. Die Gewerkschaft der Polizei konnte eine Lohnerhöhung von 9,25% erreichen. Mit diesen Lohnerhöhungen haben sich die britischen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst erstmals seit langer Zeit gegen die Lohnrichtlinien der Regierung Thatcher durchgesetzt. Thatcher hatte Anfang des Jahres als Lohnleitlinie für den öffentlichen Dienst etwa 7 Prozent angegeben.

Der Streik der Dockarbeiter in einigen Häfen dauert an, obwohl die Hafengesellschaften angekündigt haben, jeder Dockarbeiter, der am 1. August noch im Streik stehe, werde fristlos entlassen und verliere jeglichen Anspruch auf etwaige Abfindungen. Die Hafenarbeiter streiken gegen die Aufhebung eines aus dem Jahre 1949 stammenden Gesetzes, das die Gewerkschaftspräsenz in den großen Häfen absichert, allerdings auf die damals bestehenden Häfen beschränkt war. Neue, inzwischen wichtige Häfen sind im Gesetz nicht registriert. Allerdings konnte die Gewerkschaft der Dockarbeiter aufgrund des Gesetzes, das für etwa zwei Drittel der Hafenarbeiter gilt, ein allzu schroffes Auseinanderklaffen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Häfen verhindern. Aufgrund der reaktionären Gewerkschaftsgesetzgebung in den letzten Jahren sind Solidaritätsstreiks in den nichtregistrierten Häfen verboten.

Quellenhinweis: The Times, The Guardian 28. und 29.7.; The Economist 22. und 29.7.; Handelsblatt 27.7.; Unsere Zeit 29.7. — (uld)

ssippi stillgelegt. Die ersten drei Tage hatte die Gewerkschaftsführung zu „Gedenktagen“ für die in den Bergwerken umgekommenen Arbeiter erklärt. Laut Tarifvertrag kann die Gewerkschaft insgesamt 10 „Gedenktage“ festlegen, an denen nicht gearbeitet werden muß.

Einer der Gründe für die andauernde Unterstützung für die bei Pittston Streikenden: Die Bergarbeiter müssen befürchten, wenn den Forderungen der Pittston-Kapitalisten, die nicht Mitglied im bundesweiten Verband der Kohleförderer sind, nach Kürzung der Renten und der Versicherungsbeiträge sowie nach Zwangsüberstunden und -schichten nachgegeben wird, werden die anderen Kohlebarone nachziehen. Hinzu kommt, daß die Kohle-Konzerne die Produktion in den letzten zehn Jahren von gewerkschaftlich organisierten Betrieben auf gewerkschaftlich nicht gebundene Tochterfirmen verlagert haben. Vor zehn Jahren produzierten die gewerkschaftlich organisierten Bergleute die Hälfte der Kohle, jetzt aber nur noch ein Drittel.

Die Pittston-Kapitalisten etwa haben in den letzten Jahren die geplante Förderung von 52 Mio. to Kohle in gewerkschaftlich nicht gebundene Scheinfirmen ausgelagert. Das führt dazu, daß die Kampfkraft der Gewerkschaft geschwächt wird, weil die gewerkschaftlich nicht gebundenen Tochter-Zechen teilweise die Verträge der bestreikten Betriebe übernehmen können.

Nach dem Ende der Streikwoche hatte die Gewerkschaftsführung den größten Teil der wild Streikenden aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Für die Gewerkschaftsbezirke Ohio und West-Virginia wurde die Fortführung der Unterstützungs-Streiks zugestanden. Gewerkschaftsvorsitzender Trumka erklärte sich bereit, die Verhandlungen, die die Gewerkschaft am 7. Juni wegen der völlig sturen Haltung der Kapitalisten abgebrochen hatte, wieder fortzuführen. Die Gespräche sind dann wieder aufgenommen worden.

Quellenhinweis: Wallstreet Journal, 17.7.89; UZ 27.7.89 — (gba)

Afghanistan

Widerstand gegen die Konterrevolution stärker als erwartet

Binnen eines Monats werde die konstituierende Sitzung seines Kabinetts in Afghanistan stattfinden, hatte am 27. Februar der Präsident der „Übergangsregierung“ getönt, die die sieben Mudschahedin-Organisationen gerade in Rawalpindi (Pakistan) gebildet hatten. (1) In der Tat schien die militärische Lage der afghanischen Regierung nach dem fristgerecht am 15.2. abgeschlossenen

Abzug der sowjetischen Roten Armee aussichtslos. Nicht nur hatte die von der Demokratischen Volkspartei Afghanistans geführte Regierung, so die einhellige Berichterstattung, die Kontrolle über die Landgebiete weitgehend verloren. Die großen Städte, vor allem das nahe der pakistanischen Grenze gelegene, strategisch wichtige Jalalabad und die Hauptstadt Kabul, waren von den

US-Bergarbeiterstreik Verhandlungen fortgesetzt

Am 25. Juli wurde der Vize-Präsident der US-Bergarbeitergewerkschaft, Cecil Robert, mit weiteren 18 Bergleuten verhaftet. Sie werden beschuldigt, beim Streik der 1900 Pittston-Bergarbeiter gegen gerichtliche Auflagen für die Anzahl der Streikposten verstoßen und vor einem Werk des Pittston-Kohlekonzerns den Verkehr behindert zu haben.

Zuvor waren bei Streikaktionen schon 2000 Streikende festgenommen worden. Gegen die Gewerkschaft UMWA verhängten Gerichte Geldstrafen in Millionenhöhe. Zur Unterstützung des Pittston-Streiks, der seit Anfang April andauert, hatten zahlreiche wilde Streiks stattgefunden und in der Woche vom 10. bis 14. Juli hatten annähernd 50000 Bergarbeiter alle gewerkschaftlich organisierten Zechen östlich des Missis-





Nachdem mehrere Gesprächskontakte zwischen Vertretern der PLO und Israel bekanntgeworden sind, schlägt die PLO nun einen Friedensplan „nach dem Vorbild Namibias“ vor und fordert die USA auf, unter den folgenden Bedingungen Wahlen zu garantieren: Danach soll die israelische Armee innerhalb von 27 Monaten aus den besetzten Gebieten abziehen, unter Aufsicht der UNO Wahlen in den besetzten Gebieten stattfinden, bevor alle israelischen Truppen abgezogen sind, ein fester Stichtag soll die Unabhängigkeit Palästinas festlegen, alle geflüchteten und ausgewiesenen Palästinenser sollen vor den Wahlen zurückkehren können. Die israelische Regierung lehnt jedoch nach wie vor direkte und offizielle Verhandlungen mit der PLO ab. — (uld)

IMB-Solidarität mit US-Kohlearbeitern

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund erklärt sich in einer Grußadresse an die UMWA, USA, solidarisch mit den streikenden Bergbau-Arbeitern (siehe auch S. 16). Er richtete an den Präsidenten der UMWA folgende Erklärung: „Das Zentralkomitee des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes, der in 70 Ländern 13 Millionen Arbeitnehmer vertritt, hat seine energische Unterstützung der Bemühungen Deiner Gewerkschaft um Gerechtigkeit bei Pittston Co. zum Ausdruck gebracht. Wir bedauern die Verhaftungen streikender Bergarbeiter und fordern die Behörden dringend auf, ihre Intervention zugunsten des Arbeitgebers aufzugeben. Der IMB steht in So-

lidarität hinter der UMWA und ist überzeugt, daß Du Deinen gerechtfertigten Kampf gewinnen wirst.“ — (uld)

VW-USA muß Entschädigung an schwarze Arbeiter zahlen

Insgesamt 1,45 Millionen Mark muß der VW-Konzern als Entschädigung mehr als 100 Arbeitern aus dem inzwischen geschlossenen VW-Montagewerk in New Stanton, Pennsylvania, zahlen. Mit diesem Vergleich endete ein Gerichtsverfahren, in dem 21 Arbeiter gegen den Konzern wegen rassistischer Diskriminierung geklagt hatten. VW hatte die schwarzen Arbeiter für gleiche Arbeit schlechter bezahlt als weiße Arbeiter, mit der Begründung, sie seien weniger qualifiziert. — (uld)

Guatemala: URNG in der Offensive

Seit Anfang des Jahres nehmen die militärischen Aktionen der Guerillaorganisation Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas (URNG) stetig zu. Das Bündnis von vier verschiedenen Einzelorganisationen hat nach eigenen Angaben von Januar bis Mai dieses Jahres 537 militärische Einzeloperationen durchgeführt, bei denen die Regierungsarmee zum Teil schwerste Verluste hinnehmen mußte.

In den ersten beiden Juni-Wochen griffen URNG-Einheiten zahlreiche Kasernen und militärische Einrichtungen im nördlichen Departement El Quiché an. 1982 war hier das Zentrum der Aufstandsbekämpfungsoffensiven der Armee und ihrer Strategie der „verbrannten Erde“, das heißt der Vernichtung der indianischen Bauern durch die Luftwaffe. Dies führte zu einer Fluchtbewegung der Bauern in die abgelegenen Regionen des nördlichen Quiché. Dort bildeten die vertriebenen Bauern die „geheimen Dörfer“. Seitdem wird diese Region permanent von Angriffen der Armee heimgesucht, die Überlebenden für sogenannte „Wehrdörfer“ zwangsrekrutiert, welche nach dem israelischen „Kibbuz-Modell“ gegen die URNG organisiert worden sind. Koordiniert werden die Angriffe der guatemalteckischen Armee durch das US-Southern-Command in der Panama-Kanal-Zone, wohingegen Teile der Flugzeuge und Hubschrauber auf den Basen der US-Armee in Honduras stationiert sind.

Weitere Aktionen der URNG fanden im Juni im Südwesten Guatemalas statt, sowie im Departement Peten im Norden. In Suchitepequez besetzten URNG-Einheiten zeitweise den agroindustriellen Komplex der Kaffeevinca San Jeronimo. Quelle: ILA-Info 127 — (zwk)

Mudschahedin eingeschlossen, und ihr Fall schien eine Frage von wenigen Wochen, wenn nicht Tagen. In Erwartung des nahen Zusammenbruchs berichteten die bürgerlichen Medien fast täglich aus und über Afghanistan.

Inzwischen ist Afghanistan aus den Schlagzeilen fast verschwunden. Warum wird aus den spärlichen Meldungen und Kommentaren deutlich. Fast schon verschämt schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ am 9.6.: „... es kam anders. Auch ohne direkte Unterstützung der Sowjets hielten Eliteeinheiten Kabuls den Streikern Allahs in Jalalabad und anderswo stand. Nicht eine einzige bedeutende Stadt wurde bislang von den Widerstandskämpfern erobert, deren ‚Übergangsregierung‘ nach wie vor im pakistanischen Exil sitzt.“

Damit ist die Strategie der Imperialisten fehlgeschlagen. Demnach hätte die „Übergangsregierung“, von der inzwischen etwa auch der „Spiegel“ behauptet,

sie sei eine Marionette der USA und Pakistans (2), im März in das eroberte Jalalabad einziehen und die Stadt zur provisorischen Hauptstadt ernennen sollen. Damit hätte sie die Voraussetzung geschaffen, wenigstens von den islamischen Ländern und so dann vom imperialistischen Westen anerkannt zu werden. Doch stattdessen haben die Mudschahedin im Kampf um Jalalabad massive Verluste erlitten. Sie haben wichtige Stellungen räumen müssen und die militärische Initiative verloren. Ihre „Übergangsregierung“ wurde bisher lediglich von Saudi-Arabien, Bahrain und dem Sudan anerkannt.

Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklung, die nicht nur die Imperialisten überrascht hat?

Allem Anschein nach sind die Kräfte, die Widerstand leisten gegen den Rückfall Afghanistans in die feudalen und halbkolonialen Verhältnisse vor der Revolution, nicht einfach schwach. Auch

die bürgerliche Presse gesteht inzwischen ein, daß die afghanische Regierung eine gewisse Basis hat. (3) Rückhalt findet sie gerade in den großen Städten, dort insbesondere unter der Jugend und da wiederum insbesondere unter den jungen Frauen, die sich aus den feudal-patriarchalen Abhängigkeitsverhältnissen befreit haben, sowie im Norden des Landes, wo sich die wichtigsten Industrien und Rohstoffvorkommen befinden — anders ausgedrückt: wo sich die Arbeiterklasse konzentriert. Hier ist der Einfluß der Mudschahedin, die sich auf die traditionellen feudalen Gewaltverhältnisse stützen, gering und die Lage ruhig.

Der Abzug der sowjetischen Truppen hat die Widerstandskräfte eher mobilisiert als demoralisiert. Westliche Beobachter sprechen davon, daß mit dem vertragsgemäßen Abzug die politische Stimmung in Kabul zugunsten der Regierung umgeschlagen sei. Diese hat durch weitgehende Angebote an die Mudschahed-

Peru: Terror gegen bewaffneten Befreiungskampf

Mit einer Verhaftungswelle — allein in Lima wurden 8300 Menschen festgenommen — hat die Regierung die arme Bevölkerung des Landes einzuschüchtern und bewaffnete Aktionen der Guerillaorganisation „Leuchtender Pfad“ anlässlich des Unabhängigkeitstages am 28.7. zu unterbinden versucht. Dennoch legten die Guerillas mit der Sprengung von 22 Hochspannungsmasten die Stromversorgung Limas lahm. In einer Ansprache drohte der Staatspräsident für Aktionen mit „terroristischem Hintergrund“ die Todesstrafe an. — (scc)

Action directe-Gefangene beenden Hungerstreik

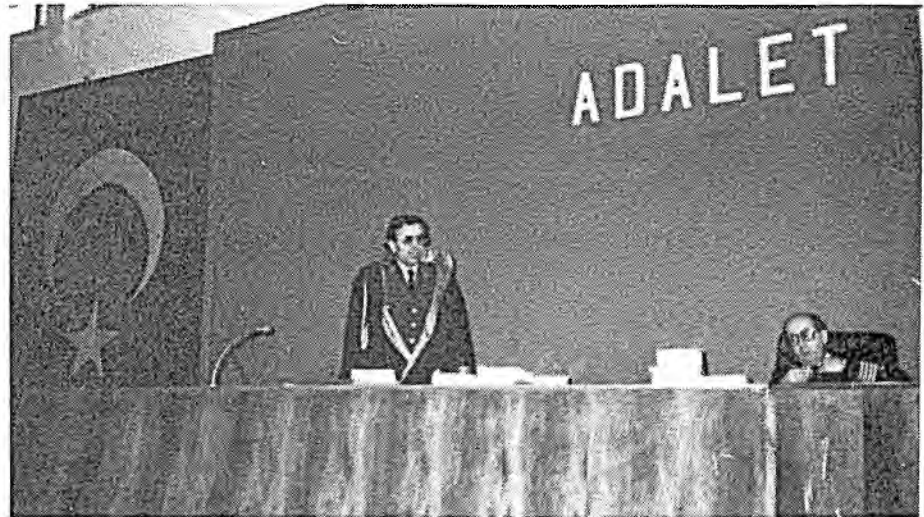
Die vier zu lebenslangen Haftstrafen verurteilten Mitglieder der „Action directe“, Joëlle Aubron, Nathalie Ménigon, Georges Cipriani und Jean-Marc Rouillan, haben ihren drei Monate langen Hungerstreik beendet. Die AD-Mitglieder erhoben mit diesem, dem bereits dritten Hungerstreik seit ihrer Inhaftierung, die Forderungen nach Aufhebung der Isolationshaft und nach Anerkennung des Status als politische Gefangene. Der Hungerstreik war zuletzt in eine lebensbedrohende Phase getreten, Joëlle Aubron wurde intravenös zwangsernährt, nachdem sie nur noch 40 Kilo wog. Das Justizministerium genehmigte daraufhin die Aufhebung der Einzelhaft. Abgelehnt wurde jedoch die Anerkennung als politische Gefangene — dieser Status wurde 1982 in Frankreich abgeschafft — und die Forderung, Arbeitstreffen abzuhalten. Die Rechtsanwälte der Gefangenen kündigten die Fortsetzung des Kampfes für die noch nicht erfüllten Forderungen an. Während des Hungerstreiks versuchten Unterstützer

Öffentlichkeit herzustellen, indem sie Zeitungsredaktionen besetzten und ein Communiqué vorlegten. — (sur)

Türkei: Hungerstreik in mehreren Gefängnissen

Seit Anfang Juli finden erneut Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen statt. Gefangene im Gefängnis von Eskisehir begannen mit dem Hungerstreik. Sie wehren sich mit ihrem Hungerstreik gegen die Foltermethoden der Gefängnisleitung. Die Gefängnisleitung hatte meh-

rere Gefangene foltern lassen. Zur Begründung behauptete sie, daß im Gefängnis ein Tunnel gegraben wurde und eine Befreiungsaktion vorbereitet würde. Politische Gefangene aus den Gefängnissen in Ceyhan, Ergani und Antep schlossen sich dem Hungerstreik in der letzten Juliwoche an. Insgesamt beteiligten sich jetzt ca. 500 Gefangene an der Aktion. Inzwischen befinden sich drei Gefangene von der PKK im Gefängnis von Eskisehir in einem sehr gefährlichen gesundheitlichen Zustand. — (Kurdistan-Rundbrief Nr. 16/89, uld)



Türkei: Das Militärgericht in der Militärkaserne Mamak in Ankara (Bild) verhängte sieben Todesurteile in dem seit 1983 stattfindenden Massenprozeß gegen die revolutionäre Organisation Dev Yol. Von den anderen 716 Angeklagten wurden 39 zu lebenslänglicher Haft, 349 zu Haftstrafen zwischen zwei und zwanzig Jahren verurteilt. 177 wurden bisher freigesprochen. Gegen sieben Personen stellte das Militärgericht das Verfahren ein. Sie sind im Verlauf des Verfahrens an den Folgen der Folter im Gefängnis gestorben. Etwa 50 Angeklagte sind seit dem Militärputsch in Untersuchungshaft, drei Angeklagte sind seit drei Jahren vom Verfahren ausgeschlossen. Alle Verurteilten haben sich inzwischen an den Europäischen Gerichtshof gewandt. Sie erklärten, das Urteil sei illegal, weil alle Geständnisse durch Folter zustande gekommen seien. Sie rufen zur Unterstützung ihres Kampfes gegen diese Terrorurteile auf. — (uld)

din, zu einem bewaffneten Frieden zu kommen und die Probleme des Landes auf nicht-militärische Weise zu lösen (1), politisch an Boden gewonnen. Einige Organisationen, die ihre Basis unter den afghanischen Schiiten haben, haben sich mit der Regierung auf die Bildung einer autonomen schiitischen Region geeinigt (4) und die Kampfhandlungen eingestellt. Wichtiger noch ist, daß der Kompradoren-Charakter der Mudschahedin-Führer gerade seit dem Rückzug der Sowjetunion immer deutlicher zutage tritt.

Auch von der bürgerlichen Presse ist nach dem Fehlschlag nicht mehr zu verschweigen, daß der Sturm auf Jalalabad von Pakistan aus inszeniert und geführt wurde und sogar mit direkter Beteiligung pakistanischer Militärs stattfand. (2) Das ist eine Ursache für den zähen und geschlossenen Widerstand, auf den die Mudschahedin in den Städten stoßen. Hinzu kommt, daß sie sich schlimmer

aufführen als eine Besatzungsmacht. Sie haben Massaker angerichtet unter Flüchtlingstrecks und in vielen Dörfern, die sie eroberten. Ihr Versuch, die Kabuler Bevölkerung von allen Lebensmittelfzufuhren abzuschneiden und sie so buchstäblich auszuhungern, hat ihnen viel Feindschaft eingetragen. Auch daß sie bei der Beschießung der Städte Kleinraketen einsetzen, die nur geringen Sachschaden, jedoch mit ihrer Schrapnellwirkung furchtbare Opfer vor allem unter Kindern anrichten, hat sie mögliche Sympathien in den Städten gekostet. Sogenannte „internationale Beobachter“ hatten massenweises Überlaufen zu den Mudschahedin vorhergesagt. Das traf nicht ein, auch deshalb nicht, weil die Mudschahedin sowohl unter gefangenen afghanischen Soldaten wie unter Überläufern grausam wüteten und Hunderte, wenn nicht Tausende, die ihnen ausgeliefert waren, töteten.

Noch ist das weitere Schicksal Afgha-

nistan ungewiß. Aber soviel wurde deutlich: Kabul ist nicht Saigon, Afghanistan nicht Südvietnam. Die afghanische Revolution, so schwer auch ihre Fehler waren, ist nach dem militärischen Rückzug der Sowjetunion nicht zusammengebrochen. Der Rückzug hat vielmehr die Bedingungen für die Errichtung einer antiimperialistischen Einheitsfront verbessert. Viele, die glaubten, gegen eine Invasion aus dem Ausland zu kämpfen, finden sich nunmehr als Handlanger imperialistischer und anderer Großmachtinteressen wieder. Je länger sich die Widerstandskräfte gegen die Konterrevolution behaupten können, um so besser sind die Bedingungen, die Mudschahedin zu spalten und ihre mit dem imperialistischen Ausland eng verbundenen Führer zu isolieren.

Quellenhinweis: (1) Archiv der Gegenwart, 29.3.89, S. 33188ff; (2) 5.6.89; (3) Frankfurter Rundschau, 20.5.89; (4) FR, 25.4.89; FAZ, FR, SZ von Februar bis Juli 1989 — (scc)

Veröffentlichungen

Unternehmensbesteuerung im Europäischen Binnenmarkt 1992

So lautet die Überschrift eines Aufsatzes in den WSI Mitteilungen 6/1989, der von Prof. Dr. Otto Roloff geschrieben wurde und der sich mit einer Steuerharmonisierung innerhalb der EG beschäftigt. Roloff argumentiert für eine sogenannte „Wertschöpfungssteuer“, die u.a. die Gewerbesteuer ersetzen soll und an Faktoren wie Arbeitsplatzbeschaffung gebunden sein soll:

„Kein Zweifel, die Unternehmensbesteuerung sollte zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung reformiert werden ... Wenn man beispielsweise die Gewerbesteuer abschafft und die Gemeinden zum Ausgleich in den Verbund einer harmonisierten Mehrwertsteuer einbezieht und wenn man darüber hinaus das Einkommenssteuer- und Körperschaftsteuersystem innerhalb der EG-Länder angleicht, dann akzeptiert bzw. schafft man die Voraussetzungen für eine vorwiegend zentralistische Fiskalverfassung im Fiskalverbund der EG-Länder. Die einzelnen Länder können in einem derartig zentralisierten Steuersystem nicht mehr zur Deckung spezifischer wohlfahrtsstaatlicher Bedarfe (z.B. in der Sozial- und Umweltpolitik) die Steuersätze national oder lokal autonom verändern. Vielmehr werden sie die national verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen und Verteilungsziele mit der Harmonisierung der Steuersysteme vorab weitgehend nivellieren müssen.“

Damit empfiehlt Prof. Roloff die Stärkung des Zentralstaats, der sich über das Finanzaufkommen u.a. die nötigen Mittel zur Gängelung von Kommunen und Zwischenebenen beschafft. Nicht Stärkung dezentraler und kommunaler Mittel — z.B. durch eine kräftige Erhöhung der Gewerbesteuer — sind Anliegen des Autors, sondern eine sogenannte Bestrafungssteuer bei Nichtschaffung oder unterlassener „Modernisierung“ von Arbeitsplätzen.

„Die Nationalökonomien werden schnell erkennen, daß Steuersenkungen höchstens kurzfristige Standortvorteile verschaffen, da die Partnerländer früher oder später ihre Tarife ebenfalls senken werden. Da langfristig keine Volkswirtschaft aus der Konkurrenz gewinnen kann, ist es rational, sich auf einheitliche Steuersätze zu einigen ... Auf kommunaler bzw. lokaler Ebene läßt sich Steuersouveränität erhalten durch Einführung einer Wertschöpfungssteuer, der entsprechende kommunale Ausgaben zur Standortpflege und Modernisierung gegenüberstehen. Der Wertschöpfungsfaktor ist auf der einen Seite für das Unternehmen Kostenfaktor, auf der anderen Seite wird das Unternehmen vom Aufwand für infrastrukturelle Vorlei-

stungen durch die Kommunen entlastet. Die Wettbewerbsrelationen werden somit im Binnenmarkt auch bei lokal unterschiedlichen Wertschöpfungssteuertarifen nicht verzerrt, und die notwendigen öffentlichen Güter werden durch die Gemeinden bzw. lokalen Körperschaften effizient bereitgestellt.“ Prof. Roloff versteigt sich in eine von Kapital- und Konzerninteressen losgelöste „national-europäisch sinnvolle“ bzw. idealistische Besteuerungspolitik, die ansetzt an sozialdemokratischen Auffassungen eines regulierten Marktes. Interessen der lohnabhängigen Klassen fallen dabei unter den Tisch. Ebenso die Zielsetzungen der sozialistisch-antifaschistischen Opposition, kommunale und damit dezentrale Gelder flüssig zu machen — von den Konzernen und Industrieunternehmen einzufordern; z.B. durch eine entsprechende Erhöhung der Gewerbesteuer.

„Die Gewerbesteuer wird aufkom-



Beschäftigte der Stadt Mannheim demonstrieren 1988 gegen Rationalisierung

mensneutral in die Wertschöpfungssteuer umgewandelt. Dem Fiskus entstehen aus diesen Maßnahmen somit keine Mindereinnahmen; eher spart er Kosten der Steuereintreibung. Sofern im Zuge der Steuerharmonisierung Verbrauchssteuersätze angehoben werden müssen, sollten Bagatellsteuern entfallen, was nicht nur der Steuergerechtigkeit, sondern auch der Steuervereinfachung dient, sowie die entsprechenden Steuererhebungskosten im staatlichen und privaten Sektor vermindert. Andernfalls müßten untere Einkommensschichten, die durch hohe Verbrauchssteuern relativ stärker belastet werden, durch Senkung der Lohn- bzw. Einkommenssteuer (aufkommensneutral) entlastet werden.“

Prof. Roloff behauptet, daß durch diese Maßnahmen die Standortkonkurrenz innerhalb Europas entschärft wird. Was er nicht betrachtet, sind die negativen Auswirkungen des Binnenmarktes für die Lohnabhängigen. — (mal)

Adenauer-Stiftung erstellte Studie zu den Republikanern

Zwei Tage nach der Europawahl wurde diese interne Studie zu den Republikanern (REP) fertiggestellt. Die CDU wollte offensichtlich die Wahlergebnisse abwarten, um sofort eine Richtlinie in der öffentlichen Debatte für ihre Führungsmannschaft auszuliefern. Die Linie war im wesentlichen schon vorher abgesteckt: Momentan keine Koalitionsaussage zugunsten der REP, sondern ein begründetes Abwarten. Die REP werden als „eine rechtspopulistische Protestbewegung“ mit „Hilfe des Katalysatoreffektes einiger weniger“ vorgestellt. Populismus wird als opportunistische Politik, die die Gunst der Massen zu gewinnen sucht definiert und Katalysator würde entsprechend bedeuten, daß die REP einen Vorgang beeinflussen, ohne sich selbst dabei zu verbrauchen. Es spricht also ein gewisser Neid aus dieser Umschreibung, daß der REP das gelingt, was die CDU momentan nicht mehr schafft. Aus dieser Sichtweise setzt sich die Kritik zusammen.

Die REP würden eine zu „subtile Relativierung der deutschen Kriegsschuld“ vornehmen. Das breiter werdende Elend z.B. der Rentner und die Aussichtslosigkeit der Kleinkapitalisten würden „ohne Bedenken ausgenutzt“ usw. Die Verfasser der Studie weisen auf die „Übereinstimmung mit Aussagen rechter Unionspolitiker“ hin, die von den REP „als Beweis für die Richtigkeit und demokratische Qualität ihrer Ansichten und Forderungen“ vorgezeigt werden. Andererseits würden die REP „linke Unionspolitiker besonders scharf“ angreifen.

Nach dem Abschnitt der allgemeinen REP-Darstellung bzw. Kritik wird die Programmatik behandelt. In der Gesamtheit wird das Programm als „eindimensional“ kritisiert.

Nach Auffassung der Studienersteller fehlen in der REP-Programmatik „zentrale Fragen und Zukunftsprobleme der deutschen Politik“. Diese werden dann von den Verfasser benannt. Sie unterscheiden in drei Kategorien: ausreichend behandelt, ungenügend oder fehlend. Mit den „Grundsätzen“ und „Schwerpunkten“ der REP-Programmatik wird ebenso verfahren. Hinzu kommt die Beschreibung der Ansichten der REP, belegt mit Zitaten. Daß die Verfasser da in einigen Punkten in Schwierigkeiten geraten, einen Unterschied zwischen CDU/CSU und REP-Politik bzw. Forderungen deutlich zu machen, zeigt eher die Tendenz des gegenseitigen Befruchten auf. Als „schroffer Ton“ wird zum Programmteil „Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß“ beschrieben, wenn die REP von „Einwanderungswelle der letzten Jahre“, „Mißbrauch und Schaden deutscher Bürger, ihrer Sicherheit und ihres Gemeinwesens“ sprechen, und daß die BRD „kein Einwanderungs-

land“ sein dürfe und „Wahlrecht und Parteimitgliedschaft für Ausländer sind abzulehnen“. Hiermit soll die Ausländerfeindlichkeit der REP belegt sein.

Die Linie der Studie ist deutlich: Einerseits werden Unzulänglichkeiten kritisiert, andererseits aber schon Abgrenzung und Positionenidentität mit der CDU-Politik dargelegt.

Interne Studien, Nr. 13/89; Die Republikaner; Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 20.6.1989 — (ale)

„Regionale Bildungszentren“ und Stahl-Umstrukturierung

Die „WSI-Mitteilungen“ des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB, haben kürzlich ein Schwerpunktthema zum Thema „Neue Ansätze der Strukturpolitik“ veröffentlicht. Darin findet man den Aufsatz „Perspektiven des Ausbaus der Ausbildungsstätten der Stahlindustrie zu regionalen Bildungszentren“ von Klaus Heimann, Leiter der Abteilung Bildung beim Vorstand der IG Metall. Darin geht es um die in den letzten Jahren von der IG Metall geforderten und in vier Stahl-Standorten entstandenen „Qualifizierungszentren“, insbesondere um das in Duisburg-Rheinhausen.

Durch die Umwandlung der Lehrwerkstatt von Krupp in ein Bildungszentrum soll trotz Stilllegung des Krupp-Stahlwerks Rheinhausen ein Beitrag zur Sicherung der Ausbildungsplätze und der gesetzlichen und tariflichen Rechte von Auszubildenden und Auszubildern geleistet werden. Gleichzeitig sollen die Qualifizierungszentren „Innovationspotential“ freisetzen und „Defizite“ in der Ausbildungsstruktur ausgleichen. Erreicht ist bisher die Sicherung der Ausbildungskapazitäten, die „inhaltliche Umorientierung“ der Ausbildung ist bisher noch nicht umgesetzt. Heimann tritt für Schritte in diese Richtung ein und weist darauf hin, daß dies nur geht, wenn die „Qualifizierungszentren“ sich „in den Gesamtzusammenhang der Entwicklung der Region“ stellen. Hierzu sei der Aufbau „regionaler Steuerungsgremien (Strukturrat)“ notwendig.

Sicherlich ist die Sicherung der Ausbildungskapazitäten der Stahlkonzerne wichtig, zumal sie in allen Montanregionen einen überdurchschnittlichen Anteil an der Ausbildung von Facharbeitern haben. Allerdings muß es befremden, wenn die IG Metall die von den Kapitalisten gestellten Anforderungen an die Ausbildung nicht in Frage stellt und „Innovation“ umstandslos zu ihrem Ziel erklärt. Warum tritt die IG Metall nicht für die Umwandlung der bestehenden Lehrwerkstätten in überbetriebliche, von den Kommunen getragene Bildungszentren ein? In Rheinhausen ist die Stadt Duisburg nur neben Krupp, Mannesmann und der IHK beteiligt und damit bei Konflikten vermutlich auf die Rolle des Finanzbeschaffers beschränkt. — (wof)

EG-Binnenmarkt 1992

Anhörung der CDU/CSU-Fraktion — DGB für Mindeststandards

Im August 1988 veranstaltete die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag eine Anhörung zum EG-Binnenmarkt, zu der Parteien und Verbände geladen waren. Der DGB hat im April dieses Jahres in einer schriftlichen Beantwortung zu den Fragen des Anhörungskataloges deutlich gemacht, was er unter sozialen Mindeststandards versteht und was in diesem Zusammenhang unabdingbare Forderungen sind. Gegen den Binnenmarkt tritt der DGB nicht an. Seine Ansprüche an einen „europäischen Sozialraum“ beinhalten im wesentlichen Arbeitsplatz- und Beschäftigungsthematiken. Einheitliche Mindeststandards bei den Arbeitszeiten, wie die Festschreibung des Achtstundentags und der 40-Stunden-Woche an fünf Werktagen gewinnen gegen den Vormarsch der Flexibilisierung zunehmend an Bedeutung.

Dies wird auch aus den Erklärungen des BDI zu den Fragen der CDU/CSU-Fraktion deutlich: „Der EG-Binnenmarkt muß nicht nur ein großer, sondern ein freier Markt werden. Es darf deshalb nicht dazu kommen, daß bestehende nationale Marktregulierungen (z.B. Verkehr, Telekommunikation) vergemeinschaftet werden und damit nationale Marktordnungen durch eine europäische Marktordnung ersetzt werden. Das abschreckende Beispiel der Agrarpolitik darf sich nicht wiederholen. Wo in Deutschland noch regulierte Märkte bestehen, müssen diese deshalb im Hinblick auf 1992 dereguliert werden.“

Der BDA äußert seine Anliegen an den Binnenmarkt u.a. wie folgt: „Die wichtigste Frage, die bei der Beurteilung von

Initiativen der Europäischen Kommission zur Veränderung der Rahmendaten im Binnenmarkt der EG zu stellen ist, sollte die sein, ob die Vorschläge geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. Abzulehnen sind alle Regelungen, die die Kostenlast erhöhen, die Reaktionsfähigkeit einschränken und die Flexibilität der Unternehmen nicht fördern.“

Der DGB stellt in seinen Antworten teilweise wichtige Vergleiche innerhalb der EG-Staaten heraus, die verschiedenen Argumenten von Konzernen und Banken gegen soziale Mindeststandards zumindest den Wind aus den Segeln nehmen. Bei den realen Lohnstückkosten z.B. sieht der Vergleich BRD/Durchschnitt EG-Staaten folgendermaßen aus: 1960 (Index 100) bis 1987 sanken sie in der BRD auf 99,5%, im europäischen Durchschnitt auf 97,9%. Prozentual verringerten sie sich von 1981 bis 1987 in der BRD um 0,9%, im europäischen Durchschnitt um 0,8%. Damit, so die DGB-Stellungnahme, sei das hohe Lohnniveau innerhalb der BRD eher differenziert zu betrachten. Die hohe Arbeitsproduktivität bewirke, daß die realen Lohnstückkosten sich im EG-Durchschnitt bewegen.

Auf die Frage „Sind die nach 1992 voraussichtlich fortbestehenden Unterschiede bei den Arbeitsschutz- und Arbeitszeitregelungen Ihrer Meinung noch tragbar oder besteht weiterer Harmonisierungsbedarf?“ antwortet der DGB: „Von 1975 bis 1980 haben sich die Arbeitszeitregelungen in Europa sehr stark angenähert. Die Arbeitszeit wurde fast



Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat in der BRD Standards erkämpft, die jetzt wieder eingerissen werden sollen.

überall auf 40 Stunden verkürzt. Der Sonntag ist gesetzlich geschützt. Fast überall wurde auch der freie Samstag tarifvertraglich vereinbart und ist in vielen Bereichen eine Selbstverständlichkeit geworden. Seit Anfang der 80er Jahre differenzieren sich im europäischen Maßstab die Arbeitszeiten wieder beträchtlich. Die Bundesrepublik ist einer der Vorreiter bei der Verkürzung der Arbeitszeit gewesen, eine Rolle, die ihr als ökonomisch stärkstes Land in Europa zwangsläufig zufallen mußte ... Bezüglich der Länge der Arbeitszeit sollte jedoch ein Mindeststandard angestrebt werden. Ein solcher Mindeststandard könnte sich u.a. darauf beziehen:

- Festschreibung einer Höchst-Normalarbeitszeit pro Woche von 40 Stunden,
- Festschreibung eines Mindesturlaubs pro Jahr.

Solche Mindeststandards kämen vor allem den Beschäftigten in Sektoren mit

Im Anschluß beantwortet der DGB Fragen zur Bildungs- und Ausbildungssituation, stellt Forderungen an Staat und Betriebe und äußert sein Befremden zum Abbau schulischer und bildungspolitischer Standards (z.B. Verringerung der Studienzeiten; Erwägungen, die Schulzeiten zu kürzen).

Ein weiterer Fragenkomplex ist die Gesundheitsversorgung: „Wie beurteilen Sie den Gesundheitszustand der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu den anderen EG-Mitgliedstaaten, z.B. gemessen an dem Prozentsatz der krankheitsbedingt Erwerbsunfähigen, Behinderten und Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung? Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für eventuelle Abweichungen vom europäischen Durchschnitt?“

Der DGB spricht in seiner Antwort schon öfter geäußerte Meinungen, die

sowohl ein Absinken des Gesundheitsniveaus als auch eine Kostenexplosion zu verhindern?“

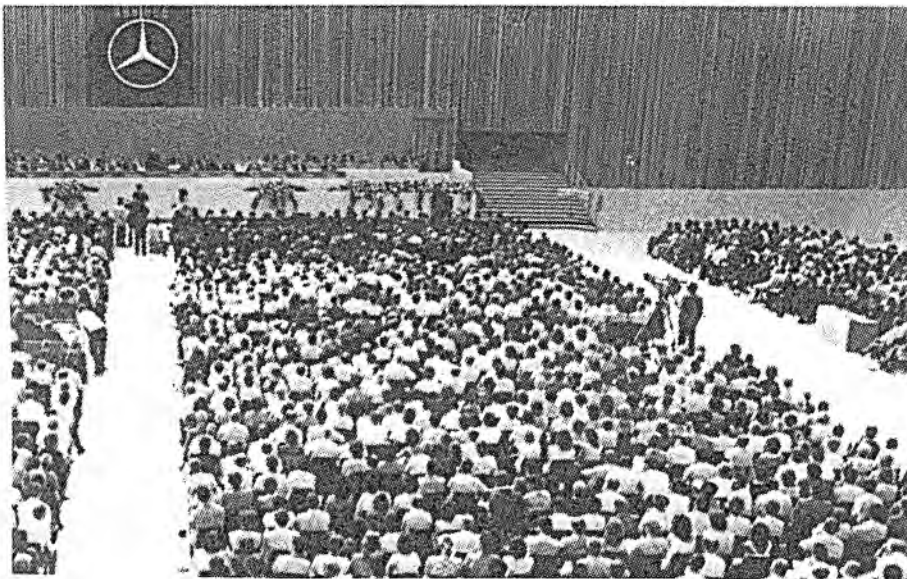
Der DGB läßt sich von dieser Fragestellung nicht irritieren und antwortet: „Diese Frage geht zum Teil an den tatsächlichen Realitäten vorbei. Das Gesundheitsniveau ist in erster Linie durch eine stupide Kostendämpfungspolitik und Privatisierung von Risiken sowie eine Vernachlässigung allgemein präventiver Aspekte gefährdet. Obwohl der EG-Vertrag die Gemeinschaft verpflichtet, die Verbesserung der Arbeitsumwelt zu fördern, um die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer zu schützen, wurden die Möglichkeiten bisher nicht ausgeschöpft. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer den wirtschaftlichen Harmonisierungsinteressen geopfert wird. Der DGB fordert, daß verbindliche und von den Arbeitnehmern einklagbare Schutzmaßstäbe formuliert und die Gewerkschaften bei der Festsetzung von technischen Normen mit Arbeitsschutzwirkung gleichberechtigt beteiligt werden.“

Insgesamt beruft sich der DGB auf Positionen der SPD. Besonders deutlich ist dies festzumachen an der folgenden Antwort. Frage: „In welchem Bereich ist Ihrer Meinung nach eine Harmonisierung erforderlich und wo genügt andererseits die gegenseitige Anerkennung nationaler Vorschriften verbunden mit der Festlegung europäischer Mindeststandards?“

„Der Bau eines sozialen Europas muß als dynamische Fortentwicklung verstanden werden. Die historisch gewachsenen Strukturen dürfen dabei nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Künftig geltende Sozialstandards dürfen beispielsweise nicht etwa auf einem arithmetischen Mittelmaß zwischen dem schwächsten und dem wohlhabendsten Mitgliedsstaat der EG ermittelt werden. Schnellstmöglich müssen EG-weite Schritte eingeleitet werden, die einheitliche und demokratische Grundrechte garantieren; wirksame und abgestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit garantieren; die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer sichern und auf EG-Ebene verbessern; die einer vollen Freizügigkeit der Arbeitnehmer noch im Wege stehenden Hindernisse (Anerkennung der Bildungsabschlüsse) beseitigt werden.“

Um ein weiteres Auseinanderdriften der nationalen Sicherungssysteme zu verhindern, ist darüber hinaus eine sozialpolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten dringend erforderlich. Über die Festlegung sozialer Eckpunkte könnte ein allmähliches Zusammenwachsen gefördert werden.“

Forderungen für garantierte Mindestlöhne oder die allgemeine Abschaffung von Akkord-, Schicht- und Nachtarbeit fehlen vollständig in den DGB-Antworten. — (mal)



Die westdeutschen Konzerne dominieren in vielen Branchen den europäischen Markt. Hohe Produktivität ist einer der Gründe.

schwachen Gewerkschaften zugute, in denen die gewerkschaftliche Kraft nicht zum Erreichen normaler gesellschaftlicher Standards alleine ausreicht.“

Der DGB fordert ausdrücklich, daß im Rahmen des EG-Binnenmarktes unabdingbar folgende Mindeststandards einzuhalten sind: „Mit dem Ausbau des Binnenmarktes werden unterschiedliche soziale Standards zweifellos an Bedeutung gewinnen. Aus diesem Grunde empfiehlt sich auch bezüglich der Lage und Verteilung der Arbeitszeit die Festlegung von Mindeststandards, die vor allem in folgende Richtung gehen sollten:

- Zulassung von Sonntagsarbeit nur aus technischen und sozialen Gründen;
- Verbot von Nachtarbeit für Frauen;
- maximale wöchentliche Arbeitszeit: 40 Stunden;
- maximale tägliche Arbeitszeit: 8 Stunden;
- zwei Ruhetage nach 5 Arbeitstagen.“

von Einzelgewerkschaften wie der ÖTV getroffen wurden, an: „Diese Frage läßt sich mit Hilfe der vorhergehenden Indikatoren nicht beantworten. So fehlt es z.B. an vergleichbaren ... Statistiken. Darüber hinaus müßten andere Faktoren ... berücksichtigt werden ... Grundsätzlich ist zu bemerken, daß Behinderten- und Pflegebedürftigenquoten nichts über den Gesundheitszustand aussagen. Dies könnte nur ein Qualitätsvergleich leisten, der angibt, wie z.B. die verbliebene Lebensqualität dieser Gruppen aussieht ... Angesichts der Versorgungsdefizite im Bereich der Pflege nimmt es nicht Wunder, wenn hinsichtlich der Sicherungsniveaus der Bundesrepublik ein deutliches Defizit im internationalen Vergleich bescheinigt wird ...“

Weiter bohrt die CDU/CSU-Fraktion: „Welche Bestandteile unseres Gesundheitswesens bedürfen Ihrer Meinung nach einer Korrektur, um nach Öffnung der Grenzen im Zuge des Binnenmarktes

Kündigungen von Faschisten bei Hapag-Lloyd aufgehoben

Hannover. Die ÖTV hatte in einem Flugblatt Umtriebe von Faschisten bei Hapag-Lloyd aufgedeckt, die bei Betriebsfeiern die Hakenkreuzfahne hißten und rassistische Hetze gegen Kollegen betrieben.

Während des Betriebsfestes, bei dem auch die Reichskriegsflagge und die Flagge des Kaiserreichs gehißt wurde, sahen Disziplinarvorgesetzte keinen Grund für „Maßnahmen zur Beendigung der Peinlichkeiten“. Daraufhin ging die ÖTV an die Öffentlichkeit.

Die Geschäftsleitung mußte daraus Konsequenzen ziehen. Zuerst sprach sie gegen die drei Beschuldigten sofortige Beurlaubungen aus, die in zwei Entlassungen und einer Abmahnung mündeten.

Kurz darauf mußte die ÖTV sich vor Gericht verpflichten, ihr Flugblatt nicht mehr zu verbreiten. Das Arbeitsgericht hob jetzt die Kündigungen auf mit der Begründung, „Sieg-Heil“-Rufe auf einer Betriebsfeier reichten nur für eine Abmahnung. Wer die Anschuldigungen weiter aufrechterhalte, mache sich der Verleumdung schuldig.

Für die Verfahrenskosten muß die ÖTV aufkommen. — (VF/anr, mal)

SPD-Antrag gegen Raumvergabe an rechtsradikale Parteien

Hannover. Im Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide stellte die SPD den Antrag, die Verwaltung aufzufordern, „im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten städtische Räume und Flächen nicht an rechtsradikale Parteien und Gruppierungen zu vermieten“.

In ihrer Beschlußvorlage verurteilt die SPD jegliche Diffamierung von sozialen Minderheiten, wobei sie Ausländer und „Aussiedler“ in einem Atemzug nennt. In scharfer Form wendet sich der Antrag gegen „Versuche des rechtsradikalen Lagers, die hohe Zahl von Arbeitslosen und die zu geringe Zahl geeigneter Wohnungen als Hetze zu mißbrauchen.“

Über den Antrag gab es heftige Auseinandersetzungen mit CDU/FDP. Die CDU lehnte den Antrag ab. Der Antrag habe mit lokalen Themen nichts zu tun.

Solange das Bundesverfassungsgericht kein förmliches Verbot ausspreche, gebe es für die Stadt keine rechtlichen Möglichkeiten einer Verweigerung. Die CDU legte einen Änderungsantrag vor, der betont, daß „eine einseitig nach rechts ausgerichtete Willensbildung die Tätigkeit aller radikalen Gruppen ungenügend würdigt“.

Bezirksbürgermeister Schütze (SPD) erinnerte daran, daß Demokratie stets die Aufgabe habe kämpferisch zu sein. Gegen das rechtsradikale Lager müsse eindeutig Position bezogen werden.

Der SPD-Antrag wurde mit elf Stimmen gegen die zehn Stimmen von CDU und FDP gebilligt. — (VF/anr, mal)



Die Rauswürfe zweier DKP-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst wurden in letzter Instanz von den Gerichten rückgängig gemacht. Die Oldenburger Oberstudienrätin I. Schachtschneider wurde aber zur Studienrätin zurückgestuft. Sie hatte für die DKP kandidiert. Über den Post-Fernmeldehandwerker V. Metzroth urteilte das Bundesarbeitsgericht: Sein Aktivsein für die DKP habe das Arbeitsverhältnis nicht konkret berührt. — (gba)

Fritz Storim in Isolationshaft

Hamburg. Schon das Urteil war ein Skandal: Dr. Fritz Storim wurde Anfang 1989 zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ verknackt. Sein „Verbrechen“ laut Urteil: Abdruck einer öffentlich gehaltenen Rede zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD. Jetzt ist er Isolationshaftbedingungen ausgesetzt, solchen also, von denen der Senat während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen noch behauptete, es gäbe sie in Hamburg nicht: Einzelzelle, Nachbarzellen nicht belegt, Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen, Einzelhofgang, keine Steckdose, Essensausgabe durch Sicherheitsbeamte, wochenlange Verweigerung eines dringenden Arztbesuches und an der Tür ein Schild „Quarantäne“, weil er eine Aids-Zwangsuntersuchung verweigerte. Der Senat möchte „Entscheidungen Hamburger Gerichte nicht kommentieren“. — (wal)

Keine Haftunterbrechung für Cristoph v. Hören

Bielefeld. Er hatte 1985 eine Veranstaltung zu den politischen Gefangenen organisiert. 1988 wurde er deshalb wegen „Werbens für eine terroristische Vereinigung“ zu eineinhalb Jahren verurteilt. In der Urteilsverkündung des OLG Düsseldorf hieß es: „Schließlich gebietet auch die Verteidigung der Rechtsordnung die Vollstreckung der Strafe.“ Seit März 1989 ist er im NRW-Gefängnis-krankenhaus in Fröndenberg. Dort wurde er an der Lunge operiert und es wurde eine unheilbare Krankheit, „Morbus Bechterew“, eine rheumatische Rückenfähmung, festgestellt. Trotzdem hat die

Oberstaatsanwaltschaft jetzt eine Haftunterbrechung abgelehnt. Nach Ansicht der Knastärzte sei er weiter haftfähig, wenn er eine größere Zelle hätte und krankengymnastische Fachbehandlung erhielte. Ein Arzt seiner Wahl wurde nicht hinzugezogen. — (stb)

Dieser Gifttransport war der Normalfall

Brunsbüttel. Die Havarie des Giftschiffes „Oostzee“ mit 4000 Fässern der Chemikalie Epichlorhydrin an Bord, dessen Bergung sich nun schon in die dritte Woche verschleppt, ist die zweite 1989 bekanntgewordene Beinahekatastrophe mit diesem Stoff: Im April war im Bahnhof Rotenburg (Wümme) ein Güterzug verunglückt. 1000 Anwohner mußten evakuiert werden. Neben der empörenden Hilflosigkeit der zuständigen Behörden, deren zynischer Umgang mit Gesundheit und Leben der Bevölkerung jedesmal einen Vorgeschmack auf den Augenblick gibt, wenn „wirklich“ mal was passiert — „Weder die Seebefugungsgenossenschaft noch irgend eine Behörde ist ihrer Aufsichtspflicht nachgekommen“, so Greenpeace —, wird bei solchen Unfällen klar, daß hier der völlig normale Alltag des Giftverkehrs stattgefunden hat. Wären die Fässer auf ihrer Fahrt von Rotterdam nach Leningrad nicht verrutscht, das Schiff „Oostzee“ wäre als normaler Stückgutfrachter durch den Nord-Ostsee-Kanal geschippert — ohne Deklaration der Ladung, ohne geringste Sicherheitsvorkehrungen. So gab es nicht einmal für die Besatzung eine einzige Gasmasken an Bord. Der Hersteller ist der Chemie-Konzern Dow Chemikal bei Stade, der hunderttausendtonnenweise das Epichlorhydrin produziert. Wen wundert's: Er lehnt jede Verantwortung ab. — (hel)

Polizei

Breite Auseinandersetzung um „Todesschuß“ auf 13jährigen

Essen. Am späten Nachmittag des 30.6. wurde in Essen der 13jährige türkische Schüler Kemal Cipioglu von der Polizei erschossen. Er ist das Opfer einer Verfolgungsjagd, bei der 50 Beamte eingesetzt wurden, darunter eine SEK-Einheit mit Scharfschützen. Ein Hubschrauber war beteiligt, die Polizei sperrte zeitweilig den Zugverkehr auf der Bundesbahnstrecke Essen-Duisburg. Als Kemal aufgespürt wurde, wurde er von zwei Polizisten mit fünf Kugeln durchsiebt.

In etwa hat sich folgendes abgespielt: Kemal unternahm am Nachmittag mit einem 16jährigen Freund eine Spritztour mit dem Mofa eines Nachbarn. Dabei stieß er mit einem BMW zusammen und beschädigte dessen Stoßstange. Da das Mofa nicht angemeldet war, nahm er Reißaus. Der Freund gab gegenüber der Polizei jedoch Name und Adresse von Kemal an. Obwohl die Polizei Kemal oder seine Familie also einfach hätte zu Hause aufsuchen können, leitete sie eine Fahndung ein. Beim Versuch einer Festnahme durch zwei Streifenpolizisten kam es aus ungeklärten Gründen zu einer Rangelei, bei der der 13jährige einem Beamten eine geladene und entscherte Pistole abnahm. Kemal schoß damit zweimal in die Gegend, danach rannte er weg. Die Polizei blies zum Großeinsatz.

Sicher ist, daß Polizeibeamte auf Kemal schon schossen, als er eine nahe Bundesbahnstrecke überquerte. Kemal schoß selbst einige Male zielloos, vermutlich in die Luft, und flüchtete schließlich in eine Kleingartenanlage, aus der er — wie die Polizei wußte — nicht entkommen konnte. Als er auf das Dach eines Gartenhauses kletterte, fielen die tödlichen Schüsse. Die Kugeln trafen Kemal seitlich oder von hinten, was nahelegt, daß er flüchten wollte. Er stürzte vom Dach und verblutete, ein Notarzt wurde erst nach längerer Zeit zu ihm gelassen.

Widersprüchliche Angaben gibt es nach wie vor zu verschiedenen Punkten. Der wichtigste: Nach Angaben der Polizei haben die beiden Beamten, die Kemal auf dem Dach erschossen, in Notwehr gehandelt, weil Kemal mit der Waffe auf sie gezielt habe. Dem stehen Aussagen gegenüber, nach denen Kemal auf dem Dach die Waffe gar nicht mehr bei sich hatte, zumindest aber nicht in der Hand. Durch Zeugen belegt ist, daß die Polizei keinen ernsthaften Versuch unternahm, mit dem Jungen zu reden.

Allein die unbestrittenen Tatsachen sollten reichen, den Polizeieinsatz zumindest in Frage zu stellen. Dennoch erklärte Staatsanwalt Dr. Schmalhausen drei Tage nach dem Vorfall in der Presse: „Obwohl auch für uns noch nicht al-

les klar ist, den Beamten kann man keinen Vorwurf machen, sie haben richtig gehandelt.“ Mit diesen Äußerungen hat Schmalhausen nicht nur dokumentiert, was von seinen Ermittlungen zu halten ist. Er hat auch allen, die das wollen, freie Bahn für wüste Rechtfertigungen der Polizeiaktion gegeben. Besonders die Vorsitzende der Jungen Union Essen und die stellvertretende Kreisvorsitzende der FDP haben vor „Kampagnen gegen die Polizei“ gewarnt.

Dabei ist die Polizeiaktion ein Ergebnis der Entfesselung des Polizeiapparates, wie sie von der Reaktion systematisch betrieben wird. „NRW braucht den Rettungsschuß“, erklärte CDU-Landesvorsitzender Blüm in einem Interview in der „Westdeutschen Allgemeinen“ am



Mehrere hundert Leute demonstrierten am 7.6., aufgerufen hatten u.a. ausländische Organisationen, der Ausländerbeirat, DKP, MLPD, die Grünen und das AWO-Jugendwerk.

26.8., kurz nach der Geiselnahme in Gladbeck, und trat für die Verschärfung der Polizeigesetze und einen „starken, wehrhaften Rechtsstaat“ ein. Solche Äußerungen zielen in Wirklichkeit auf die Beseitigung von Grundsätzen selbst bürgerlichen Rechts und dienen der Aufstachelung und Brutalisierung des Polizeiapparates, dem Rückendeckung versprochen wird, egal was passiert. Im übrigen liegt die Vermutung nahe, daß es bei der Einleitung der Polizeifahndung wegen einer Fahrerflucht eine Rolle gespielt hat, daß Kemal Ausländer war.

Daß der „Fall“ bisher nicht zu den Akten gelegt wurde, liegt allein daran, daß der Polizeieinsatz auf breite Kritik stieß. Ein von unterschiedlichen politi-

schen Kräften gebildetes Komitee hat zu einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung beigetragen und „unterstützte“ die Aufklärung, indem es selbst eine Reihe von Zeugenaussagen sammelte. Immerhin führte dies dazu, daß der stellv. Polizeipräsident im Kreispolizeibeamt mit dem Versuch scheiterte, eine Erklärung durchsetzen, in der der Polizei „nach derzeitigem Stand“ Absolution erteilt werden sollte.

Die Staatsanwaltschaft versucht zur Zeit den Eindruck zu erwecken, als ermittle sie gründlich. Vermutlich setzt sie auf Zeit. Schmalhausen hat bisher noch nicht einmal die an der Aktion beteiligten Polizisten vernommen, weder die, die geschossen haben, noch andere als Zeugen. Überhaupt kein Thema sind bisher anscheinend so wichtige Fragen wie die nach der Einsatzleitung der Polizei. Die Polizei blieb bisher bei der für einen solchen Großeinsatz unglaublichen Behauptung, es habe keine gegeben. Dennoch deckt die Leitung der Staatsanwaltschaft Schmalhausen und will ihm den Fall lassen.

Offensichtlich muß die Kritik verstärkt werden. Dazu kann eine Dokumentation beitragen, an der das Komitee zur Zeit arbeitet. Nötig ist aber auch eine gründlichere Diskussion der Ursachen solcher Einsätze. Dabei stößt man nicht nur auf die Frage der Bewaffnung der Polizei, sondern auch darauf, daß die Polizei heute einer kommunalen Kontrolle fast vollständig entzogene Landesbehörde ist. Für Mitte August plant das Komitee eine Veranstaltung, auf der auch solche Fragen angesprochen werden. — (wof)

Haushaltsentwurf 1990

Mogelpackung des Hamburger Senats

Hamburg. Mit viel Getöse versucht die SPD den von der SPD-FDP-Koalition jetzt ausgehandelten Haushaltsentwurf als eine Art „sozialpolitische Wende“ des Senats zu verkaufen: Ingo Kleist, Sprecher der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft, behauptete gar, der Senat lege „... mit seinen Beschlüssen zum Wohnungsbau und zum Sozialbereich ... ein konkretes Handlungskonzept zur Lösung der drängenden sozialen Probleme in Hamburg vor.“

Ein Wohnungsbauprogramm von 10000 Wohnungen bis 1991, davon 4400 öffentlich geförderte, soll her. Nach Schätzungen des GEWOS-Instituts sind derzeit in Hamburg 23000 Menschen ohne Wohnung, davon ca. 10000 Asylbewerber und Aussiedler. Diese werden sich freifinanzierte Neubauwohnungen sowieso nicht leisten können. Sozialwohnungen für 8,50 DM/qm auch kaum. Gefördert wird die Schaffung von Eigentum bei den Wohnungsunternehmen, weder dies noch das 500-Mio.-

DM-Instandsetzungsprogramm werden zur Senkung des Mietniveaus beitragen, dessen rapides Steigen die Hauptsache für die wachsende Wohnungsnot einkommensschwacher Schichten ist.

In der Jugendpolitik prahlt der Senat: „Es können 1000 neue Kindertagesplätze geschaffen werden. Drei Kindertagesheime werden neu gebaut: Klopstockstraße (Ottensen), Hallerstraße (Rotherbaum) und Behringstraße (Ottensen).“ (Bild, 21.7.). Zu den 1000 Plätzen: nicht die Stadt schafft sie, sondern der Senat hofft, daß private Träger sie schaffen, wenn er Zuschüsse zahlt. Bei den Neubauten wird verschwiegen, daß es sich bei den erstgenannten um Ersatzbauten handelt, die seit 1982 im Kindertagesstättenbedarfsplan stehen, während das dritte ein Erweiterungsbau für ein Heim ist, in dem die Eltern wegen der katastrophalen Zustände bereits Beitragsminderungen vorgenommen hatten.

Die Reihe der Beispiele ließe sich verlängern: Mit großem Gegacker werden in der Sozialpolitik faule Eier ausgebrütet, während die Wünsche der Kapitalisten weiter diskret erfüllt werden — über ein Drittel des Etats der Wirtschaftsbehörde geht direkt an sie. Wie bemerkte FDP-Fraktionsvorsitzender Wiegand zu den Verhandlungen im Senat? — „... es ging um erfolgversprechende Ausgangspositionen für die nächsten Wahlen.“ (Im Frühjahr 1991). Vor der Bürgerschaft sprach er von einem vernünftigen Kompromiß zwischen der notwendigen Haushaltskonsolidierung und der Erfüllung unabweisbarer staatlicher Aufgaben. — (ulj)

Wissenschaftsstadt Ulm Forschungskongreß des DGB

Ulm. Der DGB führte am 1. Juli in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung einen Forschungskongreß mit 350 Teilnehmern durch, mehrheitlich Ingenieure und Funktionäre aus den Einzelgewerkschaften. Der Kongreß fand in den Räumen der Universität Ulm statt, Teil der Ulmer Wissenschaftsstadt. Er stand unter dem Motto: „Wissenschaft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“. Nach dem Eröffnungsreferat wurden acht Arbeitsgruppen eingerichtet, mit folgender Themenstellung:

Kooperation Gewerkschaften/Hochschulen in der Region Ulm und Neu-Ulm. Hochschulen im Umbruch — Forschung und Wissenschaft für wen? Technikgestaltung und Technikfolgenabschätzung. Beschäftigungssicherung, alternative Produktion und Regionalentwicklung. Wie verändert „künstliche Intelligenz“ unsere Zukunft? Auswirkungen von Bio- und Gentechnologie auf die Arbeitswelt. Frauenförderung und Frauenforschung. Wissenschaftlich-techni-

sche Intelligenz und Gewerkschaften.

Der DGB wählte den Tagungsort, weil die Wissenschaftsstadt Beispiel für die die Gewerkschaften ausgrenzende Hochschul- und Forschungsplanung sei, die man ändern will. Entsprechend dem Arbeitskreis des DGB mit der IHK soll jetzt ein Arbeitskreis Uni und DGB gegründet werden, um die Vielzahl der bestehenden Bezüge zu institutionalisieren. Kritisiert wird vom DGB die einseitige Orientierung von Forschung an Wirtschaftsinteressen. Als Hauptredner traten der DGB-Landesvorsitzende Baden-Württemberg, Pommerenke, und Siegfried Bleicher von der IGM auf. In den Arbeitsgruppen waren Referenten aus den Gewerkschaften, den Universitäten, aber auch aus der Industrie (Daimler Forschungsabteilung) anwesend. Grundsätzlich äußerte sich der DGB nicht gegen die staatliche Förderung der Industrieforschung, er will nur eine bessere Verteilung und Mitbestimmung.

Im einzelnen will der DGB: Herstellung der Öffentlichkeit bei Entscheidung. Beteiligung öffentlicher Gruppen, Integration der Forschung in die Gesellschaft, paritätische Mitbestimmung. Demokratisierung der Wissenschaftsbereiche von innen. Forschungsziele sollen an dringenden politischen Fragen und der Umwelt ausgerichtet werden.

Die Positionen des DGB-Landesbezirks sind nur eine halbherzige Kritik der Zustände und verfolgen kaum eine Beschränkung der Industrieforschung mit öffentlichen Geldern. Positionen, die die Wissenschaftsstadt und Industrieforschung mit Landesgeldern ablehnen, sind im DGB in der Minderheit. Innerhalb der Gewerkschaftspresse spielen kritische Veröffentlichungen nur eine untergeordnete Rolle, kritische Stellungnahmen von Gewerkschaftern finden sich eher in der „Frankfurter Rundschau“. Eine Verstärkung der Kritik der staatlich geförderten Industrieforschung ist aber zwingend notwendig. Der DGB läßt sich mit seiner Kritik in Späths Forschungspolitik einbinden. — (frm)

KZ Moringen CDU hetzt gegen Lagergemeinschaft

Göttingen. Mitte Juli stellte die CDU im Stadtrat Moringen folgenden Antrag: „Der Rat möge beschließen, die in letzter Zeit aus dem neugegründeten Verein ‚Lagergemeinschaft und Gedenkstätteninitiative KZ-Moringen e.V.‘ gegen die Bevölkerung der Stadt Moringen öffentlich erhobenen Vorwürfe wegen der Nichtteilnahme an den Veranstaltungen des Vereins, wegen angeblich spürbarer Nachwehen des braunen Ungeistes in der Stadt ... werden vom Rat der Stadt als der gewählten Vertretung aller Bürger Moringens zurückgewiesen.“ Dieser

Antrag wurde in geheimer Abstimmung bei acht Ja-Stimmen gegen neun Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt. Von SPD/Grüne-Mehrheit wurde gegen CDU/FDP per Ratsbeschluß festgestellt, daß der Rat im Rahmen seiner Möglichkeiten die Aufklärungs- und Gedenkstättenarbeit unterstützt, und weiter: „Der Rat der Stadt Moringen hat kein Verständnis dafür, wenn mit den Haftgründen aus der NS-Zeit noch heute versucht wird, die betroffenen Personen zu diffamieren.“

Seit 1983 finden jährlich Treffen ehemaliger Häftlinge des KZ Moringen statt. Dieses Jahr kamen 35 ehemalige Häftlinge, die Veranstaltungen wurden von über 200 Teilnehmern besucht. Durch die Gründung eines Vereins soll den erhobenen Forderungen mehr Nachdruck verliehen werden: Einrichtung einer würdigen Gedenkstätte im ehemaligen KZ, Entschädigung für die Zeit im KZ und die geleistete Zwangsarbeit. Keine der Forderungen ist erfüllt, nicht einmal die Anerkennung als Häftlinge eines KZ ist unbestritten: von 1940 bis 1945 diente die Einrichtung als Jugend-KZ, im nationalsozialistischen Sprachgebrauch „polizeiliches Jugendschutzlager“, betrieben von der SS. Obwohl nach Bundesentschädigungsrecht seit 1970 als KZ anerkannt, macht sich die CDU zum Sprachrohr all der Kräfte, die eisern am „Jugendschutzlager“ festhalten und damit verbinden, es hätte sich um eine Erziehungsanstalt und bei den Häftlingen um „Kriminelle“ gehandelt.

Die niedersächsische Landesregierung unterstützt diese Umtriebe, indem sie in einem „Dokumentationsraum“ das Jugend-KZ als „Jugendschutzlager“ bezeichnet und z.T. beschönigende Nazi-Dokumente ohne Kommentierung aufhängt. Durch den Plan, allein Bergen-Belsen zur zentralen Gedenkstätte zu machen, soll Initiativen wie in Moringen die Arbeit erschwert werden. — (kek)



Die ehemalige Lagerkommandantur des KZ Moringen

Wohnungsbau in Westberlin

Verdichtung ist keine Lösung

Westberlin. „2 Zimmer Wohnung, 280,- DM, ca. 50 qm, Ofenheizung, Duschbad“, stand in der Zeitung. Samstag 14 Uhr Ortstermin. Vor dem Haus verdichtet sich nicht nur die Ahnung, daß man nicht einer von wenigen ist, die bestellt wurden, sondern auch zu der Menschenmasse gehört. Es naht eine gut gekleidete Person, die Maklerin. Routiniert wie eine Dompteuse schleust sie die Menge Fragebögen verteilend an Mülltonnen vorbei zur Wohnung. 1. Hinterhof, 2. Geschoß, Nordseite. Kein Sonnenstrahl wird je die Gelegenheit haben, direkt in die Räume zu fallen. 50 bis 100 Wohnungssuchende sind es fast immer. Die Wartezeit kann für das Ausfüllen der Fragebögen genutzt werden. Alles wird abgefragt. Ein regelmäßiges Einkommen ist wichtig, der Arbeitgeber muß angegeben werden. Die Wohnung wie üblich

diesem Bereich tätig sind, aus. Rund 100000 Arbeitslose und 130000 Sozialhilfeempfänger machen sehr deutlich, daß es nicht nur eine absolute, sondern auch eine relative Wohnungsnot gibt. Die in Containern und sogenannten Heimen für Asylbewerber und Aussiedler zusammengepferchten Menschen sind hier nicht mitgezählt.

Natürlich steigen die Mieten. Die Wohnungen in freifinanzierten Neubauten sind fast unerschwinglich. Im Rahmen des Überleitungsgesetzes zum auch in Westdeutschland gültigen Miethöhengesetz sind 5% Mieterhöhungen für Altbauten ohne Sozialbindung erlaubt. Ab 1990 dann 30% innerhalb von drei Jahren in den Grenzen der Vergleichsmiete. Der Mietenspiegel ist von den Haus- und Grundbesitzern in Frage gestellt und eine vorzeitige Anhebung der Vergleichs-

wicklung zu veranlassen. Geplante Abrisse von Häusern mit unhaltbaren baubygienischen Zuständen werden gestoppt und sollen flugs mit sehr hohem Einsatz von öffentlichen Mitteln bewohnbar gemacht werden.

Eine andere Truppe in der Senatsverwaltung spürt nach bebaubaren Grundstücken oder umzunutzenden Gebäuden. Parkplätze und Eisenbahnanlagen sollen be- oder überbaut werden. Jede Baulücke wird registriert und die Eigentümer zum Bauen ermuntert. Leerstehende Parkhäuser sollen zu Wohnungen und sozialen Infrastruktureinrichtungen umgebaut werden. Als Patentrezept, noch von der CDU-Regierung übernommen, wird offensichtlich der Aus- und Aufbau von Dachgeschossen gesehen. Ganze Siedlungen der fünfziger Jahre sollen um ein Geschoß erhöht werden. Dachgeschoßausbauten werden wieder mit öffentlichen Mitteln stärker gefördert. Die Baugenehmigungsbehörden haben Anweisung, beschleunigt zu bearbeiten, damit das ehrgeizige Ziel, 7000 Wohnungen in jedem Jahr der Legislaturperiode neu zu schaffen, auch erreicht wird. Vorerst soll in innerstädtischen Bereichen weiter verdichtet werden, dann aber auch in den Außenbereichen neues Bauland erschlossen werden. Die Folge wird eine noch stärkere Belastung der Infrastruktur (Kindergärten, Spielplätze, Parks, Straßen, Parkplätze) und die weitere Verringerung der wenigen Freiflächen in der Stadt sein. Der gleichzeitig betriebene ökologische Stadtumbau wird das nicht ausgleichen können. Stadtplaner weisen schon länger auf das enorme Mißverhältnis von bebauten zu nichtbebauten Flächen hin.

Dieses Mißverhältnis ist in Westberlin um so augenfälliger, da die Stadtgrenzen gleichzeitig Staatsgrenzen sind, und die Stadt aufgrund der Funktion als imperialistischer Stützpunkt mitten in der DDR relativ isoliert ist. In dieser Zweckbestimmung Westberlins finden sich auch viele Ursachen für die großen Probleme dieser Stadt. Sie hat die Aufgabe, als Aushängeschild der Überlegenheit des kapitalistischen Systems zu dienen, und wirkt damit auch als Anziehungspunkt für die Menschen, die man aus den Staaten des Warschauer Paktes abwerben konnte. Deshalb wird Westberlin auch als größte Industriestadt mit der daraus für die hier lebenden Menschen resultierenden Verschlechterung der Lebensbedingungen künstlich am Leben erhalten. Die Folgen tragen wie so oft nicht die, die diese Politik machen oder die, die kräftig davon profitieren, die leben meist in Westdeutschland. Nicht die kurzfristige Ausdehnung des Wohnungsbestandes kann das Wohnungsproblem auf Dauer lösen, sondern nur der Verzicht auf die Ambition, weiterhin so etwas wie die Reichshauptstadt zu sein, und die längerfristige Reduzierung der Einwohnerzahl dieser Stadt. — (jlw)



renovierungsbedürftig, mindestens 500,- DM Materialkosten, Maklergebühr ca. eine Monatsmiete, Mietsicherheit von drei Monatsmieten, also ca. 1600,- DM die man braucht, um überhaupt einziehen zu können. Aber damit hat man schon gerechnet. Womit man nicht rechnen kann, ist, daß man die Wohnung, die einem sowieso nicht gefällt, auch bekommt. Das oben geschilderte ist in Westberlin normal, wenn man nicht zu den Gutverdienenden gehört. Hausbesetzungen durch die, die eh keine Chance auf dem Wohnungsmarkt haben, wie junge Arbeitslose, sind nur die Spitze des Eisberges. Von 10000 Wohnungslosen gehen Initiativen, die in

miete eingeklagt.

Der Schwerpunkt der Bau- und Wohnungspolitik des SPD/AL-Senats wird zur Zeit auf die Schaffung neuen Wohnraums bzw. das Aufspüren etwaigen Leerstandes gelegt.

Eine Leerstandskommission durchforstet den Häuserbestand Westberlins nach unerlaubt leerstehenden Wohnungen und versucht „hängen gebliebene Projekte“, das sind Häuser, deren Eigentümer Förderungsmittel für die Modernisierung und Instandsetzung vom Senat bekommen haben, zum Weiterbau zu drängen oder Wohnungsbaugesellschaften, an denen der Senat beteiligt ist, zum Kauf oder zur Übernahme der Bauab-

Karlsruher Modell

Ganz schnelle Asylverfahren

Karlsruhe. Anfang Juni beschlossen die Länderinnenminister, das „Karlsruher Modell“ zur Beschleunigung der Asylverfahren zum 1.10.1989 bundesweit einzuführen. Durch die Zusammenlegung von Ausländerbehörde und Außenstelle des Zirndorfer Bundesamts für die Anerkennung von Flüchtlingen in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (Zast) in Karlsruhe wurden die Asylverfahren von zwölf bis 14 Monaten auf vier Wochen (ohne Gerichtsinstanzen) reduziert.

Die Beschleunigung ist Ergebnis einer weiteren Entrechtung der Flüchtlinge: Sie haben die entscheidenden Anhörungen bei der Ausländerpolizei und beim Bundesamt kurz nach ihrer Ankunft. So sind sie nicht einmal über den Gang des Asylverfahrens informiert, hatten in der Regel keinerlei Möglichkeit, sich durch einen Rechtsanwalt beraten zu lassen, und werden damit zum Objekt des Verfahrens degradiert. Die Zahl der „offensichtlich unbegründeten“ Anträge läßt sich so fast beliebig in die Höhe treiben. Die neu eingerichteten zentralen Abschiebestellen in Stuttgart und Karlsruhe (seit 1.7.) sollen für die schnelle und massenhafte Abschiebung sorgen. Um dieses Schnellverfahren sicherzustellen, sollen die Asylbewerber so untergebracht sein, daß sie jederzeit erreichbar sind — in Lagern.

Das Verfahren zielt darauf, die Flüchtlinge weiter abzusondern und zu isolieren, ihre Unterstützung durch Flüchtlingsinitiativen zu verunmöglichen und diese damit letztlich auszuschalten. Deshalb werden auch die kommunalen Ausländerbehörden entmachtet: Die zentralen Abschiebestellen sollen eingreifen, wenn die Ausländerbehörden nicht abschieben, obwohl es rechtlich möglich wäre. Abschiebungen durch Druck auf die Kommunen zu verhindern soll unmöglich sein. Am 2.6. wurden im Nachtragshaushalt des Bundes 221 neue Stellen bewilligt, damit weitere Außenstellen des Bundesamts wie in Karlsruhe eingerichtet werden können.

Während Zimmermanns Pläne einer Grundgesetzänderung breite Proteste ausgelöst hatten, haben sich zu Schäubles Plänen auch bisherige Kritiker der Asylpolitik wie Pro Asyl und Caritas positiv geäußert. Nach der Drohung mit der Grundgesetzänderung wird jetzt alles als Entspannung aufgenommen, was keine weiteren rechtlichen Einschränkungen bringt. Außerdem rächt sich die Beschränktheit der Kritik an der Verfahrensdauer: Viele Flüchtlinge gehen während der Verfahren kaputt, nicht einfach weil sie lang sind, sondern weil die Lebensbedingungen unerträglich sind. Statt dagegen zu kämpfen, wurde jahrelang



Geschmückter Eingang der Zast: Gegen Späths Asylpolitik! Keine Kürzung der Sozialhilfe! Keine Lager! Grenzen auf!

eine Verfahrensbeschleunigung gefordert. Bei einer Anerkennungsquote von 8,6% heißt dies für über 90% Abschiebung. Der Flüchtlingsrat Karlsruhe und der AK Asyl Baden-Württemberg haben in Stellungnahmen vor allem die Entrechtung der Flüchtlinge kritisiert. — (bab)

Antifaschismus

Gewerkschaften kritisieren REP-Ziele

München. Am 15./16.7.89 fand die Landesjugendkonferenz des DGB in Bayern statt und befasste sich auch mit dem Thema Neofaschismus und Republikaner. Wahrscheinlich angeregt durch die falsche Losung „Nazis raus“ und die Erfolge der Republikaner bei den Europawahlen hatten verschiedene DGB-Kreisvorstände Anträge vorgelegt, die einen sogenannten „Unvereinbarkeitsbeschuß“ zu den Republikanern verlangten. Als Begründung für einen solchen Beschluß wird immer wieder das Programm der Republikaner mit folgender Stelle zitiert: „Der moderne Staat ... soll ... geschaffen werden ... durch Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, welche in parteipolitischer Neutralität ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten beschränken und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils behandeln.“ Das sei gewerkschaftsfeindlich und eine Reglementierung und Fesselung der Gewerkschaften im Sinne der Deutschen Arbeitsfront, der gelben, faschistischen Gewerkschaft. Die jetzt in Gewerkschaftspublikationen begonnene antifa-

schistische Kritik an der Republikaner-Programmatik ermöglicht auch einen besseren Widerstand gegen die sozialdemokratischen Konzepte der Klassenzusammenarbeit. Der Zusammenhang zwischen faschistischer Politik und dem kapitalistischen Gesellschaftssystem ist leichter zu erörtern. Gewerkschaftliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind allerdings falsche Methoden. Bei einem Tarifkampf versucht die Geschäftsleitung Streikbrecher bei Unorganisierten und höheren Angestellten zu rekrutieren. Gewerkschaftlich organisierte Mitglieder der Republikaner könnten nicht so einfach auf die andere Seite der Streikfront überwechseln. Gegenüber christlich und in vielen gesellschaftlichen Fragen eher konservativ orientierten Gewerkschaftsmitgliedern muß auch die gewerkschaftliche Aktionseinheit hergestellt werden.

Mit sechs Gegenstimmen wurde ein Leitantrag angenommen, der auf einen generellen Unvereinbarkeitsbeschuß von Mitgliedern beim DGB und den Republikanern verzichtet. Ein Verbot stelle kein geeignetes Mittel in der Auseinandersetzung mit rechts dar, hieß es zur Begründung, sondern man müsse „rechtsextremen Bewußtseinsformen den Boden entziehen“.

Allerdings — so betonte Bayerns DGB-Vorsitzender Jakob Deffner — werde die Möglichkeit eines individuellen Ausschlusses wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten konsequenter angewandt werden. In Schweinfurt sei z.B. ein Funktionär aus der IG Bau Steine Erden ausgeschlossen worden, weil er sich gleichzeitig bei den Republikanern engagiert hatte.

Quellenhinweis: Süddt. Ztg. vom 17.7.1989; ÖTV-Konkret 3/89 — (dil)



Mieterinitiativen fordern:

Erhalt der Sozialwohnungen Mietpreis- und Belegungsbindung

Hamburg. Am 2. Juni 1989 haben Mieterinitiativen aus dem Bereich der Sozialwohnungen, die sich im Besitz der Hansestadt befinden, einen Dachverband gegründet, dem neben zahlreichen Initiativen aus den Stadtteilen auch verschiedene Mietervereine angehören. Die Gründung allein hatte die bürgerliche Presse bereits die Vorbereitung einer neuen Partei herbeizunkommen lassen. Davon ist aber nicht die Rede.

Ein Zusammenschluß der Mieter von Sozialwohnungen ist angesichts der vielfältigen Angriffe in diesem Bereich auch ausgesprochen dringlich. Im Frühjahr 1988 hatten sich die Hamburger Koalitionsparteien nach langem Tauziehen geeinigt, die 41 600 Wohnungen der Neuen Heimat Hamburg in zwei städtischen Wohnungsunternehmen zu übernehmen. Bereits darüber mußte man stolpern, denn schließlich verfügt Hamburg schon

wieder auf den von Anfang 1988 runtergefahren sein.

Dazu kommen die Schreckensmeldungen vom freien Wohnungsmarkt. Hamburg ist die dritteurste Stadt der BRD, der neue Mietenspiegel weist durchschnittliche Mietsteigerungen von 11% in drei Jahren aus, Spitzenwerte in einzelnen Beständen von bis zu 25%. In den bevorzugten Stadtteilen finden regelrechte Umwandlungskampagnen von Miet- in Eigentumswohnungen statt.

Bis 1990 wird der Bestand an mietpreisgebundenen Sozialwohnungen der Baujahre bis 1970 um die Hälfte, bis zum Jahr 2000 auf ganze 30 000 zusammengeschrunft sein. Die restlichen ca. 50 000 Sozialwohnungen, überwiegend in den Großraumsiedlungen, liegen bereits jetzt bei einer Kaltmiete von 8,20 DM pro qm und verteuern sich regelmäßig aufgrund von Subventionskürzun-

Wohnungsunternehmen und Genossenschaften verlangen ausgiebigste Selbstauskünfte. Nach einer Untersuchung des GEWOS-Instituts für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung waren in Hamburg im Frühjahr 23 000 Menschen ohne eigene Wohnung, davon ca. 10 000 Asylbewerber und Aussiedler. Sie wären obdachlos, würden sie nicht in Pensionen und Billighotels für teures Geld in den Bezirken untergebracht. Seit letzter Woche sind 13 Roma-Familien, die aus einer Bruchpension ausziehen mußten, in einer Turnhalle untergebracht. (s. Bild) Wohnungen gibt es für sie nicht. Mit Sicherheit verfolgt die Behörde damit auch eine rassistische Abschreckungspolitik — all diese Erscheinungen können aber auf dem Boden von völliger Unterversorgung so richtig gut gedeihen.

In der letzten Woche hat sich die SPD schließlich auf Druck der FDP zur Einführung einer Fehlbelegungsabgabe hergegeben. Völlig unklar sind dabei die erwarteten Mehreinnahmen. Während die FDP von bis zu 40 Mio DM ausgeht, rechnet die SDP mit zehn und die verschiedenen Mieterinitiativen mit kaum mehr als 3 Mio DM zusätzlich. Auf gar keinen Fall aber werden diese Einnahmen reichen, die zusätzlichen 500 Wohnungsneubauten, der die FDP angeblich im Tausch zugestimmt hat, zu finanzieren. Demagogisch zielt diese Maßnahme auf die sog. „besserverdienenden“ Mieter in Sozialwohnungen. Bislang ist nur ein Rechenbeispiel veröffentlicht: Bei 81 300 DM Bruttojahreseinkommen für einen Vier-Personen-Haushalt fängt jetzt der „Besserverdiener“ an. Haushalte, in denen dieses Einkommen durch einen „Verdiener“ erzielt wird und die noch in Sozialwohnungen leben, werden verschwindend wenig sein. Da ahnt man, wohin das drängen soll: Ein Drittel aller geplanten Wohnungsneubauten im öffentlich geförderten Wohnungsbau im nächsten Jahr sind Eigentumsmaßnahmen. Bei zwei Verdienern zielt die Fehlbelegungsabgabe ziemlich genau auf die durchschnittlich verdienenden Haushalte.

Im neugegründeten Dachverband Hamburger Mieterinitiativen arbeiten Initiativen aus neunzehn Wohnvierteln, außerdem „Mieter helfen Mietern“ und der „Mieterverein zu Hamburg“. Neugründungen von Mieterinitiativen in Wohnvierteln und eine Belebung bereits existierender Initiativen finden statt. Der



In Hamburg waren im Frühjahr 23 000 Menschen ohne Wohnung, davon ca. 10 000 Asylbewerber und Aussiedler. Sie wären obdachlos, würden sie nicht in Pensionen und Billighotels für teures Geld in den Bezirken untergebracht. Seit letzter Woche sind 13 Roma-Familien, die aus einer Bruchpension ausziehen mußten, sogar in einer Turnhalle untergebracht.

mit der SAGA über ein eigenes gemeinnütziges Wohnungsunternehmen mit eigener Wohnungsverwaltung etc. Die Bildung zweier weiterer Wohnungsunternehmen ermöglichte die Differenzierung des Bestandes und die Verkäufe. Ausdrückliche Vorgaben waren: der Verkauf von mindestens 8 000 dieser Wohnungen, Mieterhöhungen für bis zu 200 000 Wohnungen bis zum Baujahr 1969 durch nachträgliche Zinsanhebungen und insgesamt eine Forcierung von Verkäufen auch im Bereich der städtischen SAGA, denn die Koalitionsabsprache lautete eindeutig: Bis zur Wahl 1991 soll der öffentliche Wohnungsbestand trotz Übernahme der NH-Wohnungen

gen. Explosionsartige Mietpreisentwicklungen rechnet da ganz unverfroren selbst die Handelskammer vor. Zusammengefaßt stehen also die Mieter von Sozialwohnungen vor folgenden Schwierigkeiten: drohende Verkäufe in erheblichem Umfang, Mietsteigerungen wegen Wegfall der Gemeinnützigkeit und Auslaufen der Sozialbindung in immerhin knapp einem Drittel des gesamten Wohnungsbestandes in Hamburg in den nächsten fünf bis zehn Jahren.

Die Wohnungsversorgung für Leute mit wenig Geld ist katastrophal. Sie hat sich zusätzlich verschlechtert durch die Abschaffung der bezirklichen Wohnungsvermittlung. Selbst gemeinnützige

Dachverband hat bereits einige Veranstaltungen durchgeführt. Einzelne Mitglieder sind den Politikern und deren Wohnverhältnissen nachgestiegen, um Agitationsmaterial ganz persönlicher Art zu beschaffen.

Die Forderungen des Dachverbandes der Hamburger Mieterinitiativen sind u.a.: „Es sollen alle im Bestand der Hansestadt befindlichen Wohnungen in deren Besitz bleiben. Alle städtischen Wohnungen sollen mietpreis- und belegungsgebunden bleiben. Der Senat soll sich dafür einsetzen, daß die Gemeinnützigkeit nicht abgeschafft wird. Für alle Fälle fordern wir den Senat auf, eine Verordnung zu erlassen, die die Mietpreisanhebung bei den dann nicht mehr gemeinnützigen Wohnungen auf maximal 5% im Jahr begrenzt. Grundsätzlich keine „Luxusmodernisierungen, und wenn Modernisierungen, dann nur mit Zustimmung der Mieter. Sofortiges Erfüllen der Instandhaltungspflicht. Sozial-

wohnungen in ausreichendem Umfang.“ Zentrale Forderung aber ist die nach Erhaltung des jetzigen Bestandes an Sozialwohnungen der Stadt als kommunalen Besitz. Ein Zusammenschluß auf dieser Linie scheint die einzige Möglichkeit, eine drohende völlige Deregulierung des Wohnungsmarktes zu stoppen. Sie verlangt aber ganz erhebliche propagandistische Anstrengungen. Das drohende Verschwinden praktisch des gesamten Sozialwohnungsbestandes in den nächsten Jahren zwingt zu ganz grundsätzlichen Überlegungen, die Tatsache, daß mit staatlichen Mitteln finanzierte Wohnungen in die Hände von Spekulanten und des Versicherungskapitals kommen werden bzw. schon gekommen sind, stellt die ganze Finanzierungsweise des sozialen Wohnungsbaus natürlich infrage. Für viele ist es erstmal ganz ernüchternd, festzustellen: Es gibt keinen kommunalen Wohnungsbesitz.

Die Forderung nach Wohnungen in

kommunalem Besitz würde aktuell mindestens eine Bestandssicherung verlangen. Langfristig müßte ein Konzept her, das sich einmal rechnet und außerdem bestimmte Qualitätsstandards sichert und die Verwaltungsform klärt. Denn solche Forderungen sind sofort konfrontiert mit den „leeren Kassen“ und dem mittlerweile weit verbreiteten, berechtigten Mißtrauen der Mieter gegenüber unüberschaubaren, unkontrollierbaren großen Verwaltungsunternehmen wie der Neuen Heimat oder der SAGA in Hamburg. Die Vorstellungen der bürgerlichen Parteien jedenfalls gehen in eine andere Richtung: den Bestand an Sozialwohnungen so weit wie möglich runterfahren, in diesen Wohnungen die Ärmsten der Armen konzentrieren, die Rendite der Wohnungsgesellschaften mit Wohngeldzahlungen abfedern. Mehr nicht. Überlegungen über kommunalen Wohnungsbesitz wirken da zunächst völlig deplatziert. — (mek)

Handelskammer Hamburg zum Wohnungsmarkt

Im April hat die Handelskammer Hamburg in ihrem Zentralorgan, „Hamburger Wirtschaft“, ihre Positionen zum Wohnungsmarkt formuliert unter der unmißverständlichen Überschrift: „Staatliches Engagement begrenzen“. Zunächst werden die Interessenten vermeldet: Das Bauhauptgewerbe und Handwerk, die privaten Investoren und Kapitalanleger und die ganze Kapitalistenklasse, denn „im Rahmen der Wirtschaftsförderung, d.h. der Pflege des vorhandenen Unternehmensbestandes und der Akquisition neuer Betriebe, ist die Wohnraumsituation ein wichtiger Standortfaktor“. Für diese Interessen ist der Hamburger Wohnungsmarkt nach Ansicht der Handelskammer fast ausreichend gerüstet, hier sollte nur noch citynaher Wohnraum in größerem Umfang für Gutbetuchte zur Verfügung gestellt werden, die zunehmend vom Stadtrand wieder in die Innenstädte drängen und hohe Wohnqualität verlangen. Für diese Sorte Standortssicherung sollen in Hamburg die Menschen vom Hafenrand, aus Ottensen und aus dem Schanzenviertel den Platz räumen.

Unter der weiteren Überschrift: „Keine neue Wohnungsnot“ wird zunächst pauschal behauptet, daß die Wohnraumversorgung noch nie — qualitativ und auch quantitativ — so gut gewesen sei wie heute. Wohnungsnot ist

deshalb für die Handelskammer auch nur für Teilgruppen vorhanden, „kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Alte, Studenten, Aussiedler und Bezieher von niedriger Einkommen“. Diese „Mangel-lage“ ist „nicht über Nacht behebbar“, wird sich so schnell nicht ändern und soll es auch nicht. Vielmehr wird auf weitere drastische Mietsteigerungen spekuliert.

Für die Bauwirtschaft verlangt die Handelskammer ein Förderprogramm zur Sanierung, der Senat will 500 Mio. DM bewilligen. Das verspricht vor allem auch allen Anlegern fette Gewinne, da die zu sanierenden Wohnungen überwiegend in den Baualtersklassen liegen, die in den nächsten Jahren aus der Bindung fallen und dann in saniertem, renovierten Zustand erhebliche Mieterhöhungen möglich machen. Der Senat ist offensichtlich nicht bereit, hier irgendwelche Auflagen wie wenigstens eine Verlängerung der Sozialbindungsfrist bei staatlicher Bezuschussung zu machen.

Die Handelskammer spricht sich strikt gegen jede staatliche Einmischung auf dem Wohnungsmarkt bezüglich der Mieten und des Mietrechts aus. „Abzulehnen sind alle Vorstöße, die den privaten Investor und Kapitalanleger verunsichern und vom Wohnungsmarkt abhalten. Dazu gehören vor allem jede Spielart von Mietstopp, aber auch alle anderen Eingriffe in das Mietrecht, die die Bewegungsfreiheit der Investoren über

das bestehende Maß hinaus einengen.“ Dagegen rechnet die Handelskammer offen vor, daß es in den nächsten Jahren aufgrund des Auslaufens der Sozialbindung und der Abschaffung der Gemeinnützigkeit zu einem kräftigen Mietauftrieb kommen wird.

Weiterhin ist sie gegen jede Neuauf-lage des sozialen Wohnungsbaus, weil dadurch Steuergelder in Milliardenhöhe gebunden werden. Verlangt wird eine generelle Abkehr von der „Objektförderung“, d.h. den staatlichen Zuschüssen im Wohnungsbau und eine Hinwendung zur „Subjektförderung“, d.h. gezielterer Einsatz von Wohngeld, damit auch bei sinkendem Einkommen die Mieten weiter fließen. Möglich sind nach Auffassung der Handelskammer Wohngelderhöhungen bis zu 20% sowie u.U. noch kommunale Zuschläge und für Ballungsgebiete eine weitere Wohngeldstufe. Dafür soll die Stadt ein Belegungsrecht je nach Marktlage für einen entsprechenden Teil an Wohnungen erhalten. Das läuft darauf hinaus, daß — erheblich leichter als heute bereits über die Miethöhe — der Prozeß der Konzentration der armen Menschen in den schlechtesten Wohnlagen vorangetrieben werden kann.

Damit aber nicht genug, es werden Verbesserungen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten verlangt, die den Investoren Steuerersparnisse in Höhe von einer halben Milliarde DM jährlich (dem Bund entsprechende Mindereinnahmen) bringen.

Überstundenberg in Kinderklinik

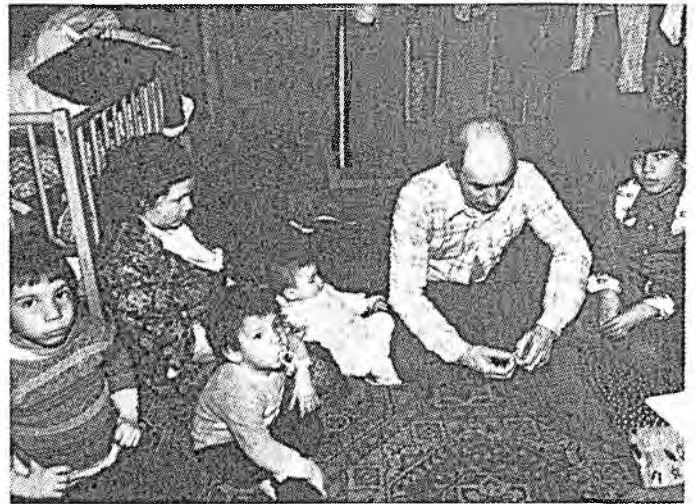
Hannover. Vor allem auf der Intensivstation der Kinderklinik in der Medizinischen Hochschule Hannover hat sich die Situation zugespitzt. Die 38 Pflegekräfte schieben mehr als 5000 Überstunden vor sich her. Für den nächsten Monat sind 330 Überstunden bereits fest eingeplant. Eine 60-Stunden-Woche ist heute die Regel. Die zwei in diesem Jahr neu geschaffenen Stellen bedeuteten nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein. Der Personalrat hat vorgerechnet, daß 12 neue Stellen auf der Intensivstation notwendig wären. — (AGG/mpu, mal)

Rotaprint wird liquidiert

Westberlin. Nachdem das Amtsgericht den Antrag auf Eröffnung eines Konkursverfahrens gegen die Rotaprint GmbH abgelehnt hat, wird die Firma liquidiert. Alle 420 Beschäftigte sind entlassen. Die IG Metall hatte ein Konzept für die Fortführung des Betriebes vorgelegt, das die Gründung einer Beschäftigungsgesellschaft vorsah. Die Banken lehnten ab. Hintergrund der Liquidierung ist die Politik des amerikanischen

Auf der Jahrestagung des „Berufsverbandes der Kinderärzte Deutschlands“ stellten die Ärzte fest, daß die Gesundheitsversorgung von Ausländerkindern vor allem in den Großstädten katastrophal ist. Bundesweit liegen die Quoten der Säuglingssterblichkeit und der Infektionskrankheiten sowie die Unfallrate über dem Durchschnitt. Die Mediziner sprachen sich für mehr medizinisches Personal in Großstadtbezirken mit hohem Ausländeranteil aus, um ausreichende Behandlungsstationen aufzubauen. — (mpu/AGG, anl)

Anteilseigners, der vor einigen Jahren Rotaprint aufkaufte und dann die Pleite organisierte, um einen Konkurrenten loszuwerden. Da die IG Metall nicht den Kampf der Belegschaft für ihre Interessen organisierte, sondern abgehoben mit dem Senat Gespräche über eine Beschäftigungsgesellschaft führte, konnte auch nicht der notwendige politische Druck entfaltet werden, um die Banken zu einer Änderung ihrer Haltung zu zwingen. Diese werden sich bei der Liquidierung schadlos halten, und die Beschäftigten haben im Juni gearbeitet, ohne Lohn zu erhalten. — (kla)



Gildemeister: „Pilotprojekt“

Hannover. Als „Pilotprojekt“ will die Unternehmensleitung von Gildemeister/Max-Müller den Vorschlag zur Neugestaltung der Entlohnung in zwei Produktionsbereichen verstanden wissen. Bisherige Entlohnungsform in den Zeitlohnbereichen: Grundlohn + 13% tarifliche Leistungszulage und eine außertarifliche Zulage auf Basis von 83-88 Akkordeinheiten/Std. + 50 Pf. Funktionszulage. Dies soll durch die „Möglichkeit ... differenzierter, individueller Verhaltens- und leistungsbezogener Zulagen“ ersetzt werden, die zwischen 4,50 und 7,40 DM schwanken. — (rog)

Öffnungszeiten auf die vorherigen erweitert werden. Fünfeinhalb Stellen sollen wider Erwarten nicht gestrichen, ab 1990 sollen zwei Halbtagsstellen neu vorgesehen werden. — (AGB/ibm, mal)

IG Metall beharrt auf Lohn„nachschlag“

Essen. „In den Betrieben gibt es große Unruhe. Wir fühlen uns verpflichtet, die Arbeitgeber auf einen möglichen Eklat hinzuweisen.“ Mit diesen Worten bekräftigten die IG Metall-Bezirksleitungen Dortmund und Wuppertal am 21.7. ihre Forderung nach einem „Nachschlag“ für die Anfang 1988 auf drei Jahre abgeschlossenen Lohntarife in der Stahlindustrie. Zwar hätten die meisten Betriebe inzwischen Sonderzahlungen geleistet. „Die Kollegen wissen aber sehr genau zu unterscheiden zwischen einmaligen Zahlungen und tarifvertraglich abgesicherten Löhnen“, so die IG Metall. — (wof)

Bessere Ausleihzeiten in Bibliotheken

Hannover. Die Öffnungszeiten der Universitätsbibliothek und der Landesbibliothek mit ihren Fachbereichsbibliotheken müssen erheblich verlängert werden.

Diese Forderung hatte der Senat der Universität auf seiner letzten Sitzung beschlossen. Dieser und die vorangegangenen massiven Proteste von Studenten, Gewerkschaftern und den Bibliotheksmitarbeitern haben Wissenschaftsminister Cassens wohl endlich zum Handeln veranlaßt: Er kündigte Maßnahmen zur Verbesserung der personellen Situation der Landesbibliothek und der ihr angeschlossenen Fachbereichsbibliotheken an.

Die Sofortausleihe soll wieder beschleunigt und die



Südafrika: Die beiden unabhängigen Gewerkschaftsdachverbände COSATU und NACTU haben eine gemeinsame Kampagne gegen die im September stattfindenden Wahlen zu den rassistischen Parlamentskammern unter dem Motto „Ein Mensch — eine Stimme“ angekündigt. Wahlberechtigt sind nur als Weiße, Farbige oder Inder eingestufte Einwohner. Die Gewerkschaften rufen zum Boykott der Wahlen auf und fordern insbesondere alle ihre wahlberechtigten Mitglieder auf, in ihren Gemeinschaften und lokalen Zusammenschlüssen dafür zu kämpfen, daß sich die Verfechter der Apartheid nicht unter einem Mantel der Scheindemokratie verstecken können. — (uid)

Reaktion auf das Altenpflegeheim-Urteil

Mannheim. Das Urteil des VGs Mannheim, das die Errichtung eines Altenpflegeheims im reinen Wohngebiet untersagt, veranlaßte Baden-Württemberg erneut eine Novellierung der Baunutzungsverordnung von 1962 im Bundesrat einzubringen. Moralische Empörung über das Gerichtsurteil soll wohl auch Nachbarschafts-Heimarbeitszentren in reinen Wohngebieten die gesetzliche Grundlage verschaffen. — (thh)

„Landesmuseum Schlesien“

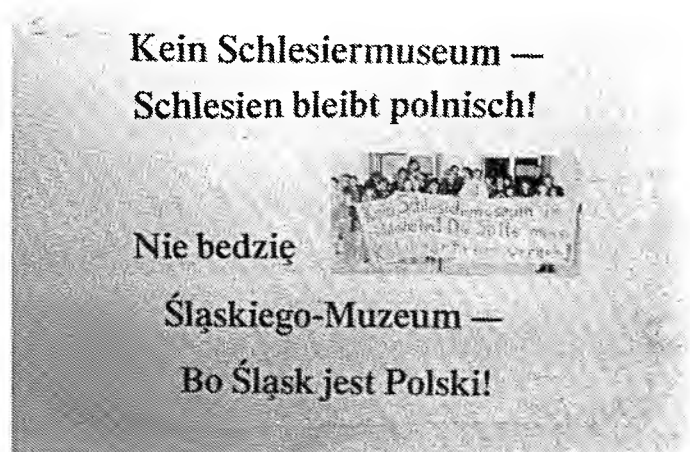
Rat stimmt für die Stationierung

Hildesheim. Am 17.7.1989 setzten die CDU und die BAH (Bürgeraktion Hildesheim) mit einer Stimme Mehrheit gegen FDP, FFL (Freie Fauenliste), Grüne und SPD die Bereitstellung von Teilen des Sültegebäudes zur Errichtung eines revanchistischen „Landesmuseums Schlesien“ im Stadtrat durch. Die CDU hatte noch in der Verwaltungsausschußsitzung des Stadtrats am 11.7.1989 die Beratung der Stationierung für September 1989 im Stadtrat beantragt. Laut „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“ (13.7.1989) ging einen Tag später, am 12.7.1989 ein vom 6.7.1989 datierter Brief des CDU-Ministerpräsidenten Albrecht per Telefax an den CDU-OB Klemke und CDU-Oberstadtdirektor Buerstedde, der, wörtlich, einen „verbindlichen Beschluß des Rates der Stadt Hildesheim“ „nunmehr herbeizuführen“ forderte. Darin sollten „diese Räume dem Land Niedersachsen für Zwecke eines Landesmuseums zur Verfügung gestellt werden“. Direkt forderte Albrecht Teile des Sültegebäudes. Die CDU peitschte den angeforderten Beschluß sofort, am 17.7.1989, durch. Eine der Gründe für die überfallartige Hast liegt in der Landeshaushaltsaufstellung. Ein Stadtratsbeschluß im September wäre, so erklärten Vertreter der Grünen, für das Haushaltsjahr 1990 ein zu später Termin für die Durchsetzung des aus Landesmitteln finanzierten Projekts gewesen. 1990 sind Landtagswahlen in Niedersachsen. Die SPD-Landtagsfraktion hatte sich mit einem Fernschreiben am 12.7.1989 an die HAZ-Redaktion gegen ein „Landesmuseum Schlesien“ in Trägerschaft der Landsmannschaft Schlesien ausgesprochen. Im 1988 gegründeten Museums-Trägerversand sind oberste Revanchisten versammelt, darunter als bekannteste Dr. Herbert Hupka und Walter Lellek, Wolfsburg.

Vor dem Ratssaal demonstrierten etwa 30 bis 40 Leute mit Plakaten und Transparenten gegen das Museum und für ein Kulturzentrum, und betonten: „Schlesien bleibt polnisch!“. Der Oberbürgermeister Klemke ließ mitgebrachte Plakate polizeilich aus dem Zuhörerraum des Ratssaales entfernen. Einen Zuhörer, der in einem Redebeitrag die Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Hartmut Möllring und CDU-Landtagskandidat als unwahr kritisierte, ließ OB Klemke unter Androhung körperlicher Gewalt aus dem Saal verweisen. Die SPD-MdL Lore Auerbach wandte sich für die SPD-Stadtratsfraktion gegen das „Landesmuseum Schlesien“, griff jedoch nicht das strategische Konzept der Revanchisten an. Die CDU schickte den MdL Anton Teyssen ans Pult, der SPD und Grünen vorwarf, sie seien reaktionär, da sie die Grenzen von 1945 in Europa festschreiben wollten, forderte Deutschland in den Grenzen von 1937, und bezeichnete die BRD als „Kleindeutschland“. Nach zunehmenden Protesten aus dem Publikum, entzog der OB Klemke Teyssen erst nach über 10 Minuten das Wort. Am Wochenende nach der Ratssitzung fand ein Kulturfestival auf der Sülte statt. Dabei zeigten sich die Schwierigkeiten im Vorgehen gegen den Stadtratsbeschluß. Zunächst war von VVN/BdA, Grünen, Volksfront und anderen vereinbart, Redebeiträge in den Umbaupausen der Musikgruppen zu halten. Für die SPD war deren Fraktionsvorsitzender Rössig zur letzten Vorbesprechung erschienen. Der hielt es nicht für angebracht, auf dem Festival des für ein Kulturzentrum eintretenden Sülte e.V. politische Reden zu halten! Diesem Klima ist es wohl zuzurechnen, daß zugesagte Reden zurückgezogen wurden. Die Volksfront machte dennoch einen Redebeitrag, was zwar nicht der Vielfältigkeit der für ein Kulturzentrum und gegen das Schlesienmuseum eintretenden Kräfte entsprechen konnte, aber dennoch mit Beifall begrüßt wurde. Daß viele Besucher des Kulturfestivals gegen den Revanchismus und für ein Kulturzentrum auch nach dem Stadtratsbeschluß etwas bewirken wollen, zeigte sich an zahlreichen Unterschriften, die vom

Sülte e.V. gesammelt wurden. Im folgenden Auszüge aus der Rede des MdL Anton Teyssen. — (mal, rab)

„... Ich halte es für eine gute Fügung, daß ich nach den scheinbar so sachlichen Darstellungen, an gewissen Details sich aufhängenden Darlegungen von Frau Auerbach (SPD-Bürgermeisterin und MdL, d. Red.) über die wahren Hintergründe der Haltung der SPD und der Grünen zum Schlesienmuseum hier ein paar Ausführungen machen darf ... Sind wir soweit, alles wie ein Gottesurteil hinzunehmen, was 1945 unter ganz bestimmten historischen Bedingungen sich vollzogen hat in Europa ... Zwei deutsche Parteien, die Grünen und die SPD, und, ich fürchte, auch Herr Genscher haben die deutschen Ostgebiete ... in den Grenzen von 1937 längst abgeschrieben ... auch die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland, mit der heutigen DDR, ist abgeschrieben und wird abgeschrieben ... Herr Trittin, Fraktionsvorsitzender der Grünen, hat vor wenigen Wochen in einem Ausschuß des niedersächsischen Landtags im Namen seiner Fraktion den schriftlichen Antrag gestellt, die Präambel und Teile des Grundgesetzes dahingehend zu ändern, daß das Wiedervereinigungsgebot aufgehoben wird ... Das Ausland kann sich nur über uns wundern und fragen, wie ist es mit der Glaubwürdigkeit der Deutschen denn eigentlich bestellt ... Europa ist von Westen und Osten her im Aufbruch ... Nur den Deutschen bleibt die Selbstbestimmung vorenthalten ... Ich frage mich, wo leben wir Deutschen eigentlich? ... Aber das verbleibende Kleindeutschland, das Millionen von Schlesiern aufgenommen hat, könnte um der Kultur- und Geschichtserinnerung auf 800 Jahre deutsche Geschichte in Schlesien ganz gefahrlos ein deutsches Schlesienmuseum gründen. Und dazu bedarf es nicht einmal polnischer Professoren ... Wir wollen ein völkisch und kulturell vielfältiges Europa ... So wie unsere Toten nur weiterleben, wenn sie in der Erinnerung unserer Liebe erhalten bleiben, so werden auch die deutschen Provinzen im Osten nur weiterleben, wenn wir uns ihrer erinnern ...“



Plakat und Aktionen gegen das „Schlesien-Museum“



In einem Land vor unserer Zeit

„Zeichentrickfilm von Don Bluth

Pünktlich zur Ferienzeit lief in den Kinos ein neuer Zeichentrickfilm des früheren Mitarbeiters der Walt Disney Studios Don Bluth an mit dem Titel „In einem Land vor unserer Zeit“. Er handelt von einem kleinen Saurier, der bei gewaltigen Erdverschiebungen seine Mutter verliert, der sich trotzdem aufmacht, das Große Grüne Tal des Friedens zu finden, von dem seine Mutter erzählt hat, um nicht zu verhungern und nicht seinen schlimmsten Feinden, den Scharfzahn-Sauriern, den „Fleischfressern“ in die Hände zu fallen. Er findet dabei vier Freunde, mit denen er zusammen loszieht und nach vielen spannenden Abenteuern und der Vernichtung von Scharfzahn schließlich glücklich im Land ihrer Träume ankommt, wo schon viele andere pflanzenfressende Saurier in Frieden grasen.

„Ich finde es nicht unterhaltsam, kleine Zeichentrickfiguren durch die Gegend laufen und stürzen zu lassen. Ich mag es lieber, unter einer unterhaltsamen Oberfläche eine Message einzubringen. Die Kinder werden sie nicht bemerken, viele Jahre lang nicht. Sie werden sich meine Filme ansehen und einige kleine Zeichentrickfiguren sehen. Das ist auch alles, was sie zur Zeit benötigen. Jahre später werden sie sich erinnern und sich sagen: ‚Moment mal! Das habe ich ja gar

nicht gesehen.‘ In diesem Sinn ist es ein Film für die ganze Familie, weil der Film mehrere Ebenen hat.“ So Don Bluth in einem Interview zu seinem Film.

Ich fragte die Kinder, mit denen ich den Film besuchte, nach ihrer Meinung. Gut, sagten sie, aber ein bißchen traurig. Daß die Mutter gestorben ist z.B. Am besten hatte ihnen Ducky, der kleine Breitmaulsaurier, gefallen, weil er so lustig ist und auch mutig. Er ist der kleinste von allen, aber spielt den Köder beim Kampf gegen Scharfzahn. Auch Pedri, den Flugsaurier, fanden sie total witzig. Er kann nämlich noch nicht fliegen, und hat furchtbare Angst davor, aber als es drauf ankommt, da hebt er plötzlich ab und „ist geflügt“. Zera mit den drei Hörnern, die ist furchtbar eingebildet, meinten sie. So ein Einzelgänger, aber das gibt's bei Menschen ja auch.

Als Erwachsener empfindet man stärker die Moral, die mit dem Film vermittelt werden soll. Es geht um die Suche nach Frieden, einem gesicherten Leben. Und es geht auch um Vorurteile, falsche Verhaltensweisen untereinander (Zera: „Ein Dreihorn spielt nicht mit einem Langhals“), um Umweltzerstörung, Emanzipation, Liebe, Tod und Trauer.

„Identifikation“, sagt Don Bluth. „Identifikation ist das

Zauberwort.“ Wenn man seinen Film sieht, weiß man, was er damit meint. Die Kinder lachen, weinen, bangen mit den kleinen Sauriern. Und die Erwachsenen denken, diese Typen, die gibt's ja wirklich, und schön wär's ja wirklich, wenn alle so zusammenhalten würden. So einen

Traum von einem friedlichem grünen Tal, den träumen doch viele. Hier wird gezeigt, man könnte es schaffen. Der Feind kann besiegt werden, wenn man gut zusammenhält.

Insgesamt sicher kein Film mit großem Tiefgang. Ein Sommervergnügen halt. — (u.b.)

Otto III

Heimat und Umwelt

Die Heimat ist in Gefahr. Die Heimatliebe wird verulkt. Durch Abenteuer mit tausend Gags wird die Heimat gerettet, so daß die Heimatliebe dann doch wieder genießbar wird. So ungefähr ist das Schema, das alle im Film dargestellten Tugenden verschönt. Otto will zwar das Stückchen ostfriesisches Land und den darauf stehenden Leuchtturm, in dem er haust und Souvenirs an asiatische Touristen verscherbelt, sofort verkaufen, als ein Konzern anrückt, der dort eine Schnellbahntrasse bauen will. Geht aber nicht, weil Land und Turm nicht Otto, sondern seinem Bruder in Amerika gehören. Otto schleicht sich in den Konzern ein und erlebt bei einer Modellvorführung, wie aus Ostfriesland verbrannte Erde gemacht wird. Das geht zu weit, und Otto geht seinen Bruder besorgen. Findet er diesen Benno nicht rechtzeitig, fällt das Land an den verkaufswilligen Nachbarn. In Amerika hat Otto Gelegenheit, etliche Stars aus Filmen und Fernsehserien zu

treffen und zu parodieren, als Detektiv seinen Bruder zu vertreten, den er natürlich auch spielt, fast umgebracht zu werden und sich durch Tricks nach Art von Walt Disney zu retten. Am Ende wird alles gut. Stellenweise ist der Film ganz lustig, stellenweise gar nicht. Er besteht zum größten Teil aus Einlagen und aus Witzen, die schon etwas älter sind. Die dadurch stark gedehnte Handlung läßt sich dennoch verfolgen, weil sie recht einfach ist. — (anl)



Otto auf dem Deich

Eine Geschichte über den Wind

Ein Film von Joris Ivens über China

„Ein Cineast, geboren Ende des neunzehnten Jahrhunderts in einem Land mit Himmel und Wasser, wo die Menschen immer davon geträumt haben, den Wind einzufangen, beschließt, nach China zu reisen, um dort den Wind zu suchen oder, noch besser,

ihn zu filmen. Vom ‚Wind der Geschichte‘ angetrieben, hat er seine Zeit, das zwanzigste Jahrhundert, durchlebt. Er hat alle Kriege, die er gefilmt hat, überlebt. Er hat gesehen, wie seine Freunde für ihre Ideen starben, wie die Völker sich erhoben und die

revolutionären Führer sich in Despoten verwandelten. Mehr als einmal hat der Wind ihn gegen die Wand gedrängt.“ So heißt es im Vorspann des Filmes, der eine Collage von Erinnerungen Ivens, von filmischen Zitate, von Mythen, Legenden und Metaphern ist. Durch Landschaftsbilder, die zuweilen an Werbefilme erinnern, Begegnungen mit Chinesen und immer wieder durch Aufnahmen seiner selbst in zum Teil surrealen Szenen versucht Ivens den ‚Wind‘ in

verschiedenen Bedeutungen zu umschreiben. Reichlich Interpretationsstoff für professionelle Filmkritiker und -historiker, für den Kinobesucher ohne Vorkenntnisse kaum zu entschlüsseln. Verglichen mit seinem 1971 bis 1975 entstandenen Zyklus „Wie Yü Gung Berge versetzt“, in dem er voller Sympathie das Leben des Volkes im kulturellen China zeigt, deuten einige Szenen dieses Filmes eine kritische Haltung gegenüber der Entwicklung der VR China der letzten Jahre an. — (ulj)

Powwow Highway

Heilige Berge und Schokolade

Erzählt wird die Story von Philbert und Buddy, zwei Cheyenne-Indianern, die auf ihrem Kriegspferd, einem uraltem verrostetem Buick, aus ihrem Reservat aufbrechen, um die Schwester von Buddy aus dem Gefängnis zu holen. Immerhin wird zumindest kurz die Lage im Reservat geschildert, wo die Bergbaugesellschaften versuchen, mit allen Mitteln an die Bodenschätze zu kommen und das Land „zu einer Kloake“ machen. Den Indianern wird Geld und Arbeit versprochen, aber Versprechungen wurden ihnen seit Hunderten von Jahren gemacht. Die beiden Hauptdarsteller sind völlig unterschiedliche Charaktere. Philbert braucht ständig Nachschub für seinen mächtigen Magen und ist politisch eher unbekümmert, während Buddy der wichtigste Aktivist des Stammes gegen den Ausverkauf und die Zerstörung des Reservats ist. Nicht ohne Zufall ist auch ausgerechnet die Schwester von Buddy im Gefängnis gelandet. Philbert hat noch ein gewisses Bewußtsein für die Geschichte und Tradition des Stammes, auch wenn er sich von Schokolade und Hamburgern ernährt. Buddy ist zwar weniger in der weißen Konsumwelt gefangen, hat aber für Philberts Suche nach der Identität nicht so viel übrig. Kritisiert werden muß, daß Spiritualität und Naturbe-

wußtsein der Indianer völlig vereinfacht und klischeehaft dargestellt werden, Philbert schleppt sich auf einen heiligen Berg, opfert eine Tafel Schokolade, danach klappt alles wie am Schnürchen: Geldtresore öffnen sich, die Schwester wird befreit, den Verfolgern wird entkommen, eine Romanze zwischen einer weißen Frau und Buddy deutet sich an. Ein typisches Happy End à la Hollywood. Das Anliegen der Indianer, ihr Recht auf einen eigenen Lebensraum, auf politische und kulturelle Unabhängigkeit, wird durch die Vermengung von Komödie und ernstem dokumentarähnlichen Film eher lächerlich und perspektivlos gemacht. — (chl)



Buddy unterwegs

Diskussion um Ganztagsschule

Keineswegs nach Schülerinteressen!

Vor eineinhalb Jahren brachte die damalige Familienministerin Süßmuth erstmals unter den Politikern der reaktionären Parteien den Plan ins Gespräch, mehr Ganztagsschulen einzurichten. Sie betonte, daß man „das Thema nicht ideologisch verhärten“ dürfe. Die bürgerliche Presse wußte dies bereits damals so aufzunehmen, wie es gemeint war: „Was früher als Ausgeburd des Sozialismus galt, könnte heute ein Ausweg für Mütter sein, die ihren Beruf trotz kleiner Kinder weiter ausüben wollen.“ Schützenhilfe erhielt Süßmuth damals vom Leiter des Deutschen Jugendinstituts, Prof. Bertram, der auf die Tatsache hinwies, daß bei 40 % Kindern mit erwerbstätigen Müttern kaum etwas anderes übrigbleibe. Vor etwa einem halben Jahr sprangen dann andere bürgerliche Politiker auf diesen Zug. Die FDP-Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen äußerte sich deutlich gegen die Einrichtung von *Ganztagsgesamt-schulen*, befürwortete aber eine *Ganztagsunterbringung an allen Schultypen*. Bildungsminister Möllemann bereicherte die neuen Pläne mit der Vorstellung, dann eventuell die Schulzeit an Gymnasien endlich von neun auf acht Jahre verkürzen zu können.

Tatsächlich war und ist ja eine ganztägige Unterrichtung der Kinder und Jugendlichen eine alte Forderung der Arbeiterbewegung und sehr gut geeignet, der klassenspezifischen familiären Sozialisation ein Stück Macht zu entreißen und stattdessen beiden Eltern Berufsausübung und den Kindern ein verstärktes kollektives Lernen und Leben zu ermöglichen. Diese Gefahr der Kollektivität ist es auch, die im März dieses Jahres einen Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ dazu veranlaßte, sich grundsätzlich gegen Ganztageseinrichtungen auszusprechen, nachdem tags zuvor in einem Artikel die Notwendigkeit solcher Maßnahmen aufgrund der hohen Frauenerwerbstätigkeit herausgestellt wurde. Eines jedenfalls läßt sich mit Bestimmtheit sagen: Die bürgerlichen Politiker, die das Thema nun in die Diskussion gebracht haben, geben damit keinen fortschrittlichen pädagogischen oder gesellschaftlichen Ideen nach. In pädagogischer Hinsicht wird dies deutlich an den Äußerungen z.B. von Frau Schmalz-Jacobsen, daß man sich bei solchen Schulen an den Vorbildern England und Frankreich zu orientieren habe. Gerade in diesen Ländern ist die reaktionäre erzieherische Ausrichtung der Ganztagsverwahrung offenkundig, die Schüler werden im wesentlichen einfach nur ganztätig staatlicher Autorität unterworfen, bis hin zur zum Teil in England stattfindenden Zwangseinkleidung in Uniformen. Von *Ganztagsunterricht* kann kaum gesprochen werden, kollektives politisches Bewußtsein unter der Jugend wird eher ausgemerzt als gefördert.

So kommt es eben auch bei der Ganztagsschule darauf an, *wie und was für eine* Ausbildung der Schüler vorgenommen wird. Die Verwirklichung der Ganztagsschule wird für sich genommen den Lerninteressen der Schüler nichts nützen, wenn in der öffentlichen Meinung, in der Folge in den Lehrplänen und im Schulsystem insgesamt weiter die Unterdrückung des Lernvermögens und die Indoktrination mit reaktionären Inhalten im Mittelpunkt stehen und der bestimmende Einfluß auf Art und Weise der Ausbildung nicht zum Beispiel von Gewerkschaften oder den Eltern und Schülern direkt ausgeübt wird. Solange aber die fortschrittliche Opposition an der Schule und in der Gesellschaft insgesamt relativ schwach ist, steht doch zu befürchten, daß hier ein Vorhaben der Anpassung der Bildungspolitik an die Arbeitsmarktverhältnisse gefaßt wird, dem eventuell noch viele Eltern etwas abgewinnen können.



da das Problem der Verwahrung der Kinder gelöst ist, die Schüler aber durchaus nicht, da sie nur noch länger der reaktionären Brähe und der staatlichen Aufsicht über ihre Freizeit unterworfen sind. Kämpfe um unabhängige Jugendzentren dürften erschwert werden, das Argument der Notwendigkeit eines gemeinsamen Raumes mit Gleichaltrigen wird ja untergraben, auch wenn man auf Ganztags Hauptschulen, -gymnasien usw. dann nur noch mit schultypmäßig seinesgleichen den Tag verbringen kann. So wird eine weitere vielfältige Spaltung die Folge sein: Entsprechend dem Nachfrageverhalten der Kapitalisten werden Eltern und ihre Kinder gegeneinander aufgewiegelt. Entsprechend der gängigen Klassenreproduktion in der Bildungspolitik werden Lebenslagen und Anspruchsverhalten von Schülern verschiedener Schularten noch weiter auseinandergerissen werden.

Diesen Vorhaben der Reaktion zu widerstehen ist möglich. Dazu bedarf es allerdings zunächst der Einsicht, daß eben nicht mit der Einrichtung von Ganztagschulen bereits viel gewonnen wäre. Daß es um Einheitsschulen geht, daß es um kollektives Lernen geht, das muß klar werden. Bei der SPD, die z.B. in Schleswig-Holstein nun auch plant, längerfristig sehr viele Schulen auf Ganztagsunterbringung umzustellen, wird dies jedenfalls nicht klar. Man sollte sie aber drängen, nach sozialen Interessen von Seiten der Lohnabhängigen sowie der Jugend und nicht einzig arbeitsmarktpolitisch von Seiten der Kapitalisten Stellung zu beziehen.

Wie weit sie davon entfernt ist, zeigt die Tatsache, wie wenig sie dem niedersächsischen (CDU-)Ganztagsbetreuungsmodell entgegensetzt, über das wir in den „Politischen Berichten“ Nr. 8/1989 berichteten. Hier wird deutlich, daß von der Reaktion eine Begriffsverwirrung betrieben wird, indem eine Ganztagsverwahrung zur Ganztagschule umgelogen wird. Die neue „Ganztagsoffensive“ in Niedersachsen richtet sich gegen die Interessen der am Bildungswesen direkt Beteiligten, der Kommunen und der Eltern. Es werden keine zusätzlichen Lehrerstellen geschaffen, die Kommunen haben Sozialpädagogen zu finanzieren, Mütter sollen „ehrenamtlich“ die Freizeitbetreuung der Schüler übernehmen, die Schüler lernen nicht das geringste mehr, haben keine freieren Freizeitgestaltungsoptionen, und die Eltern sollen dafür noch monatlich 90 bis 130 DM bezahlen. Erziehung und Bildung bleiben laut Kultusminister Horrmann im wesentlichen Sache der Familie, und über der Freizeitbetreuung der Schüler wird der dumpfe Weihrauch stärkeren kirchlichen Einflusses auf die Schüler liegen,

da die Betreuung ausdrücklich auch „freien Trägern“ überantwortet werden soll.

Wenn die oppositionellen Kräfte nicht schnell und umfassend Ansprüche an die Einrichtung von Ganztagschulen entwickeln, die zumindest teilweise eine direkte Mitbestimmung der am Bildungswesen Beteiligten beinhalten, wird die Reaktion mit ihrem Treiben nicht nur die von einer ganztägigen Staatsaufsicht Betroffenen unterdrücken, sondern auch zumindest gegenüber der Schülerschaft recht schnell die von ihrem Wesen im Zusammenhang mit einer durchsetzungsfähigen fortschrittlichen Bewegung her äußerst wichtige und positive Forderung nach Ganztagschulen diskreditieren können.

Quellenhinweis: „Schleswiger Nachrichten“ vom 3.2., 23.12. und 27.12.1988 sowie vom 9.5.1989; „Nachrichten, Analysen, Protokolle — aus Bildungs- und Forschungseinrichtungen“, Nr. 4/1989; Politische Berichte, Nr. 8/1989. — (uga)

„Neue Koedukationsdebatte“

Ein Eigentor des Feminismus!

Jahrzehntelang wurde der Standpunkt, Jungen und Mädchen bräuchten eine getrennte und jeweils auf das Geschlecht zugeschnittene Erziehung, nur belächelt. Das ist mittlerweile ganz anders. Das Lächeln ist in vielen Gesichtern gefroren, und banges Erwarten spiegelt sich wider. Wird doch schon auf höchster landespolitischer Ebene (z.B. in Schleswig-Holstein) darüber diskutiert, den Unterricht zumindest in einigen Fächern nach dem Geschlecht zu trennen. Diese Diskussion wird nicht etwa vom Arbeitskreis frauenfeindlicher Jungunternehmer in der CDU geführt, sondern von weiblichen Politikern, die sich am Feminismus orientieren. Diese Richtung hat schon vor einigen Jahren den neuen Feind Koedukation ausgemacht und setzt sich seither vehement für die „feministische Mädchenschule“ ein. Eine Wendung, die auf den ersten Blick nur schwer nachvollziehbar erscheint. Schließlich waren die bürgerliche und die sozialistische Frauenbewegung sich seit über hundert Jahren darin einig, die gemeinsame schulische Ausbildung von Jungen und Mädchen zu fordern. Sollte sich in die-

sen Zeiten des „großen Überdenkens“ die Ansicht wieder verbreiten, das „besondere weibliche Wesen“ müsse vielleicht doch in einer besonderen Ausbildung ganz besonders gefördert werden? Eine Frage, die man in Bezug auf die Urheberinnen der Idee der sog. „feministischen Mädchenschule“ — Marx sei Dank — nur „bejainen“ kann. Ihnen geht es nicht um den Erhalt und die Entwicklung der Weiblichkeit, sondern um die Verbesserung der Ausbildung für die Mädchen. Hier sehen sie sich in der Kontinuität der Frauenbewegung, die eben dieses Ziel im Kampf für die Koedukation verfolgt habe, von der man nun zu wissen meint, daß sie die Mädchen im Gegenteil benachteiligt.

Der in der koedukativen Ausbildung ausgemachte Problemkomplex ist das Aufeinanderprallen der unterschiedlichen Rollenverhalten von Jungen und Mädchen in der „pädagogischen Interaktion“ — dem Unterrichtsgeschehen. Direkt werden die Mädchen dadurch benachteiligt, daß ihnen seitens der Lehrkraft nur etwa halb soviel Zeit gewidmet wird wie den Jungen, die wesentlich häufiger von sich aus in das Unterrichtsgeschehen eingreifen und so die Aufmerksamkeit der Lehrkraft erzwingen. Indirekt dadurch, daß die Mädchen vor allem in der vorpubertären und pubertären Phase häufig von ihren männlichen Mitschülern diskriminiert werden. Bringen sie nämlich bessere Leistungen, versetzen sie die Jungen in die Notsituation, den Ansprüchen, die sie an sich gestellt sehen, nicht gerecht werden zu können. Die Knaben suchen dann den Ausweg häufig darin, die Ursache für ihre Niederlage in einer Bevorteilung der „niedlichen Mädchen“ durch die Lehrkraft zu suchen. Sie machen so zum einen den Mädchen ihren Erfolg madig und üben zusätzlich Druck auf die Lehrkraft aus, diese noch weniger als ohnehin zu berücksichtigen.

So betrachtet, scheint die Koedukation ein echter Hemmschuh für die freie Entwicklung weiblichen Lerninteresses zu sein. Der auf den ersten Blick so unverständliche Ruf nach der Mädchenschule nimmt Konturen an. Wenn man sich zu allem Übel noch überlegt, daß entsprechende Erwartungshaltungen natürlich auch das Verhalten der Lehrkräfte prägen, stellt sich die „feministische Mädchenschule“ als emanzipatorische Herausforderung dar.

Genau das ist sie aber ganz und gar nicht und wird, kann sie auch nicht sein. Zwar würden die Probleme, wie sie im Augenblick im Rahmen einer koedukativen Schule aus dem unterschiedlichen und in vielen Punkten widersprüchlichen Rollenverhalten von Jungen und Mädchen erwachsen, nicht auftreten. Aber in anderer und wahrscheinlich schlimmerer Weise würde das Problem in der Gesellschaft wieder auftauchen und auf die Schule zurückwirken. Der Bereich der Sozialisation bliebe ganz der Familie überlassen, in welcher die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau vermittelt der Identifikation der Tochter mit der Mutter und des Sohnes mit dem Vater über die Einschulung hinaus ganz ungehindert walten könnte. Den Interessen der Mädchen Rechnung tragen würde über kurz oder lang wieder Puddingkochen bedeuten. Ein Rückwurf weiblichen Daseins wäre die zwangsläufige Fol-

ge dieses bisher wohl größten Eigentors der fortschrittlichen Frauenbewegung dieses Landes.

Entscheidender Fehler in der Betrachtungsweise der Verfachterinnen der „feministischen Mädchenschule“ scheint die Tatsache zu sein, daß sie nicht die vielfältige Abhängigkeit des Bildungssystems von der Nachfrage der Kapitalisten sehen. Gerade Ingenieure u.ä. werden von den Kapitalisten so gewünscht, daß sie sich den ganzen Tag dem Betriebswohl widmen können, weil zuhause ihre Frauen die täglich anfallenden Hausarbeiten für sie besorgen. Insofern kommen unter gegebenen Bedingungen sehr oft nur Männer in Frage. Gerade aufgrund der Einsicht vieler Mädchen in diese Verhältnisse, nicht aufgrund mangelnden subjektiven Interesses, wählen sie oft z.B. in der gymnasialen Oberstufe nicht Mathematik oder Physik. Bei einer Umfrage in Hamburg gab die Mehrheit der befragten Mädchen an, diese Fächer nicht zu wählen, da sie ihnen im Leben nichts nützen würden. Ohne also Grundlegendes zu verändern, wird man im Bildungswesen nicht die Mädchen für solche Illusionen gewinnen, durch andere Fächerwahl oder weniger Männer um sich ein besseres Leben vor sich zu haben. So wurde bei der Umfrage denn auch die Einrichtung von „Mädchenschulen“ nur von 10% befürwortet.

Wie man bei allen auftretenden Problemen außer acht lassen kann, daß das gemeinsame Aufwachsen und Lernen von Jungen und Mädchen, jungen Männern und Frauen die Grundvoraussetzung und in dieser Gesellschaft auch die einzig bemerkenswerte Herausforderung eines solidarischen Miteinanders beider Geschlechter ist, bleibt bei aller Achtung vor dem wissenschaftlichen Eifer der Urheberinnen der „feministischen Mädchenschule“ schleierhaft. Wenn Schule überhaupt in Richtung Gleichstellung einen bemerkenswerten Schritt weiterhelfen kann, dann doch als Rahmen gemeinsamen Lebens und Lernens beider Geschlechter miteinander und füreinander. Wobei das Miteinander und Füreinander in einem Schulsystem, das sich am Leistungssystem orientiert, natürlich seine Grenzen da findet, wo die Konkurrenz — der Quell aller „männlich“ titulierten Eigenschaften — sie zieht. Die einzig wirkliche Alternative bleibt die sozialistische Einheitsschule, welche sich an den Bedürfnissen der Schüler orientiert und sie in solidarischem Miteinander zu einem kollektiven Lernziel führt, das alle gemeinsam erreichen müssen, wodurch die gegenseitige Hilfe aller — Jungen und Mädchen — zum Interesse jedes Einzelnen wird, der so erfährt, daß die Hilfe, die er anderen zukommen läßt, die Hilfe bedingt, die er selbst empfängt. Die Sozialisation — die Eingliederung des jungen Lebens in die Gesellschaft mit all ihren Regeln — wird so mit ihrer ganzen Kraft vom Problem zum Motor des Fortschritts, der keine Unterdrückung und keine Diskriminierung von Frauen mehr kennen wird.

Quellenhinweis: Hannelore Faulstich-Wieland (Hg.). Abschied von der Koedukation?, Frankfurt/Main, 1987; „Nachrichten. Analysen. Protokolle — aus Bildungs- und Forschungseinrichtungen“, Nr. 15/1989. — (dpe)



Handwritten signature and initials, possibly "OC" and "GF", with a large "X" mark below them.

Die Automobilindustrie expandiert

„Wann kommt die 7-Tage-Woche? Wir müssen die Maschinen ausbeuten“

Seit einigen Wochen wird in den Medien regelmäßig über Zukunftsvisionen und Strategien der westdeutschen Automobilkonzerne berichtet. In europäischen Dimensionen denken Führungskräfte laut über die Ausdehnung des Marktes nach — und machen vor keiner Grenze halt. Es ginge im wesentlichen um die Konsolidierung der Marktplätze, um eine intensivere und

effizientere Ausnutzung der Maschinen. Nur so könne man sich gegen die asiatischen Hersteller behaupten. In den Fachzeitschriften der Automobilbranchen erscheinen zu diesem Themenkomplex immer häufiger Interviews mit den Managern der KFZ-Konzerne, in denen die „Notwendigkeit“ z.B. der Sieben-Tage-Woche behauptet wird. — (gka, mal)

Bundeswirtschaftsminister Haussmann erklärte am 11. Juli anlässlich eines Besuchs bei der Toyota Deutschland GmbH, die Japaner sollten von ihrer einseitigen Europa-Strategie abgehen und die in der EG stationierten japanischen Fabriken verstärkt für den Export etwa nach Nordamerika nutzen. Der große Produktionsvorteil der Japaner sei ihre geringe Fertigungstiefe. Während bei Daimler Benz die Wertschöpfung noch 50 Prozent und bei Volkswagen rund 40 Prozent betrage, produzierten japanische Hersteller nur 20 Prozent eines Autos selbst, der Rest stamme von meist mittelständischen Zulieferern. Diese Zusammenarbeit großer Produzenten und kleiner oder mittlerer Zulieferer müsse nicht in einseitiger Abhängigkeit resultieren, vielmehr sei dies eine „Schicksalsgemeinschaft“, ein Begriff, der die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser „Qualitätspartnerschaft“ am besten verdeutliche. Die japanischen Exporterfolge basierten darauf, daß sie es besser verstünden, ihre Märkte in fremden Kulturkreisen zu pflegen.

Haussmann empfiehlt damit den westdeutschen Herstellern, die Eigenfertigung einzuschränken, mehr Zulieferbe-

triebe in ihre Abhängigkeit zu bringen, um so flexibler auf den Märkten der Welt operieren zu können.

In der Branchen-Zeitung „Automobil-Produktion“, Ausgabe April 1989, werden die Personalchefs verschiedener Automobil-Hersteller interviewt. Aus dem Artikel wird im folgenden länger zitiert, da in ihm verschiedene Überlegungen zur regelmäßigen Ausdehnung der Produktion auf den Samstag ersichtlich werden.

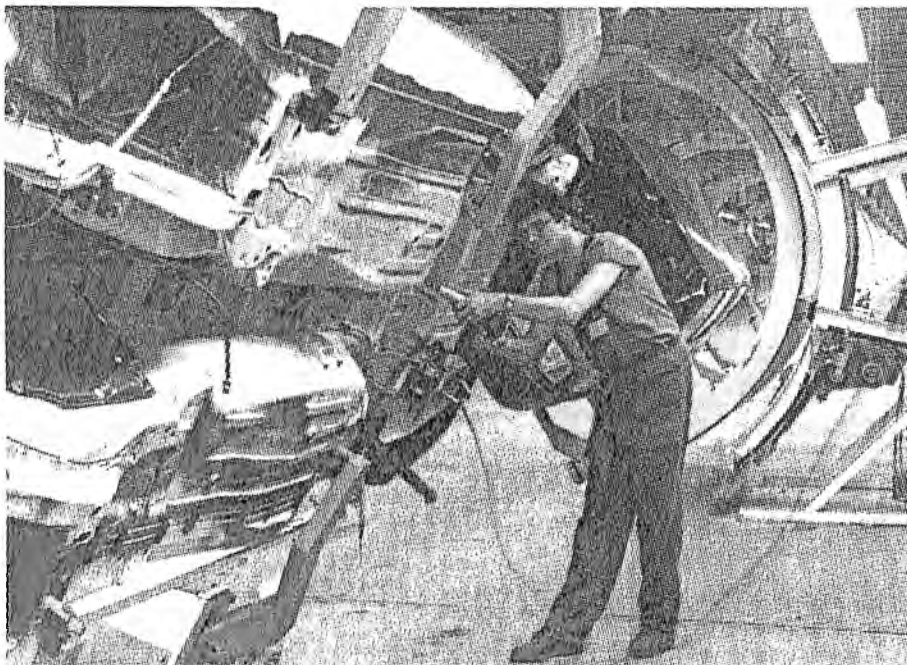
Im Vorwort heißt es: „Immer kürzere Arbeitszeiten und immer teurere Maschinenparks zwingen die Automobilindustrie zur Erhöhung der Maschinenlaufzeiten. Einige Hersteller operieren bereits mit 100 Wochenstunden und mehr. Voraussetzung sind flexible Arbeitszeitmodelle, wie sie schon zum Teil realisiert wurden. Der Samstag ist wieder Arbeitstag. Wie lange ist der arbeitsfreie Sonntag noch zu halten? Diese Frage beantworten die Personalvorstände der deutschen Automobilhersteller einstimmig. Das Ergebnis der Umfrage läßt sich auf einen kurzen Nenner bringen: Samstag ja, Sonntag nein. Die Begründungen sind zwar unterschiedlich formuliert, doch es ist eindeutig herauszule-

sen, daß kein Hersteller wagt, heute an dem Tabu für Sonntagsarbeit zu rütteln. Das hat nichts mit ‚übertriebener Frömmerei‘ zu tun, wie es Andreas Schleef, Personalvorstand bei Audi formuliert, sondern sei schon ‚aus kulturhistorischen Gründen‘, so der BMW-Personalvorstand Dipl.-Ing. Franz Köhne, unmöglich. Er ist wie Andreas Schleef überzeugt, daß bei aller Individualität und Freizeitorientiertheit der Bevölkerung der Orientierungs- und Kommunikationswert eines regelmäßigen freien Tages in der Woche nicht unterschätzt werden sollte.

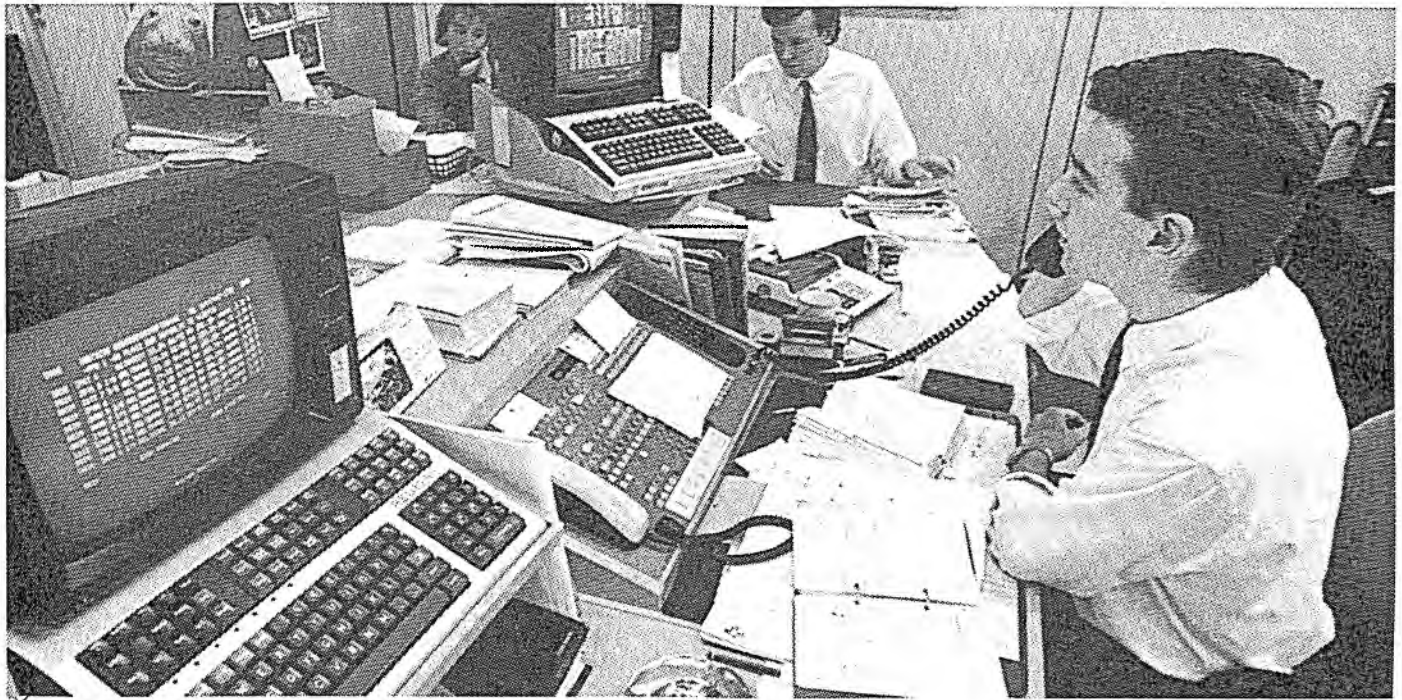
Aber es gibt auch technisch orientierte Argumente gegen die Sonntagsarbeit. Hans-Joachim Lehmann, Vorstand Personal- und Sozialwesen bei Ford, begründet sein ‚Nein‘ zur Sonntagsarbeit auch mit den notwendigen Instandhaltungsarbeiten. ‚Bei einer siebentägigen Produktionszeit müßte mit wöchentlich mehrstündigen Aufwand die Fertigung unterbrochen werden, um Anlagen und Maschinen zu pflegen und zu warten. Damit würde aber die gewonnene Kapazität wieder verloren gehen.‘ Die Rechnung ist einleuchtend, zumal auch Dipl.-Ing. Franz Köhne ergänzt: ‚Bei BMW gibt es keine technischen Abläufe, die aus Prozeß- oder Qualitätsgründen eine kontinuierliche Fertigung über sieben Tage in der Woche erfordern.‘

Das Fazit: Die Personalvorstände sprechen sich geschlossen gegen den Sonntag als Arbeitstag aus. Allerdings nur den Sonntag. ‚Wir fordern aber ohne Wenn und Aber den Samstag als Regelarbeitszeit‘, läßt Dipl.-Ing. Franz Köhne unmißverständlich wissen — und ist damit auf einer Wellenlänge mit seinen Kollegen bei den übrigen Herstellern. Bei Audi, so Andreas Schleef, habe es sich als sinnvoll erwiesen, den Samstag, der bislang noch nicht als Regelarbeitstag eingeführt ist, ebenso wie den Dreischichtbetrieb als temporären ‚Puffer‘ für etwaige Produktionsspitzen oder Kapazitätsengpässe reserviert zu halten.

Opel erwägt, den Samstag mit einem vierten Schichtteam in ein sogenanntes rollierendes Schichtsystem einzubeziehen. Für den Mitarbeiter bedeutet das, daß er im wechselnden Rhythmus einige Samstage im Monat arbeitet und dafür länger zusammenhängende Freizeit-



Kommentar im Handelsblatt zu den „angenehmen“ Montagearbeitsplätzen bei Opel: „Die Über-Kopf-Arbeit ist weitgehend entfallen.“



Die Organisation der Produktion, der Einkauf, Vertrieb und andere Bereiche der Automobilkonzerne werden zunehmend vernetzt. „Just in Time“ heißt die Devise. Die Materiallager befinden sich auf den Autobahnen — in den LKW's der Zulieferer-Speditionen.

perioden erhält.

Selbst Porsche, Deutschlands kleinster Serienhersteller, diskutiert bereits die Frage der flexiblen Arbeitszeit — aus handfesten Wettbewerbsgründen. Kurt Fempel, Vorstand Personalwesen bei Porsche: „Die Japaner und Südkoreaner entwickeln heute ein Fahrzeug in rund vier Jahren zur Serienreife. Die Deutschen benötigen dafür sieben Jahre — nicht weil die Asiaten rascher arbeiten können als wir, sondern weil sie in der Lage sind, ihre CAD-Computer rund um die Uhr mit Konstruktionsdaten zu füttern.“

Joachim Rauch, Leiter Zentrales Tarifwesen bei VW, bringt deren Überlegungen zur drastischen Flexibilisierung vor: „... Um langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und seiner Produkte, die Produktionsstandorte, die Arbeitsplätze und den sozialen Besitzstand sichern zu können, muß die Laufzeit der Betriebsmittel an sechs Tagen in der Woche ein Maximum erreichen. Entsprechende Schichtmodelle für eine sechstägige Betriebsmittellaufzeit sind denkbar mit einer persönlichen Sechs-Tage-Woche der Mitarbeiter, bei der beispielsweise an sechs Arbeitstagen sechs Stunden gearbeitet wird, oder mit einer Vier-Tage-Woche, bei der der Mitarbeiter an vier Arbeitstagen neun Stunden lang arbeitet. Auch andere Varianten sind vorstellbar, wobei eine Intensivierung von Teilzeitarbeit zur optimalen Betriebsmittelnutzung beitragen kann.“

Die Zeitschrift „Automobil-Produktion“ veröffentlichte in der September-Ausgabe 1988 unter der Überschrift „Optimierte Prozesse“ einen Artikel, der sich mit anderen Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität befaßt:

„Robotertechnik — Mit 100 neuen Robotern startet Ford die Produktion des Fiesta-Nachfolgers im Werk Köln-Niehl. 130 Millionen Mark investierte Ford allein in den Karosserie-Rohbau — mit dem Ziel, den Automatisierungsgrad von bisher 33,5 auf 80 Prozent hochzuschrauben ...“ Dazu der Leiter der Fabrikationstechnik bei Ford, Hans Sent: „Wir haben bei der gesamten Modernisierung neben der Automation, der Qualitätssteigerung und der Flexibilität gleichzeitig auch die Optimierung der Prozesse beabsichtigt.“

Die gleiche Ausgabe bringt unter dem Titel „Wir müssen die Maschinen ausbeuten“ einen Artikel, der die Flexibilisierung aus der Sicht der Automobil-Kapitalisten zynisch begründet: „Samstags gehört Vati mir — und in Kürze auch wieder Daimler, BMW und anderen. Unter dem Druck der Konkurrenz haben Gewerkschaften und Automobilbauer nur eine Chance: Wenn die Arbeitszeiten kürzer werden, müssen die Maschinen länger laufen. Die Arbeitszeit muß von der Betriebszeit entkoppelt werden. Dr. Walter Schlotfeldt, Personalvorstand bei Opel, aber auch IG-Metallchef Franz Steinkühler haben die Aufhebung des Tabus für Samstagsarbeit schon im Auge. BMW und General Motors Continental sind bereits einen Schritt weiter. Mit flexiblen Arbeitszeitmodellen haben sie die Maschinenlaufzeiten drastisch hochgeschraubt — in Saragossa wie in Kaiserslautern auf weit über 100 Stunden die Woche.“

In anschließenden Interviews äußert sich u.a. Dr. Werner Kalkert, Ford, zu den Perspektiven der zukünftigen Produkte und Produktionsweisen: „Zukünftige Autos müssen nicht nur technisch

ausgereift, sondern auch für den Käufer erschwinglich sein. Aus diesem Grunde arbeitet Ford schon seit Jahren daran, nicht nur Fertigungs- und Materialkosten zu senken, sondern auch seine Entwicklung effizienter zu gestalten ... Reduzierung von fixen Kosten durch Wegfall unnötiger administrativer Tätigkeiten ... Investitionen in modernste Prüfstände und Meßmethoden, um einen Teil aufwendiger Fahrzeugtests durch kürzere und aussagekräftigere Prüfstandardtests zu ersetzen ... Echtes Teamwork ist gefragt ...“

Dipl.-Ing. Lünzmann von VW in der Ausgabe April 1989: „... Mit einer Mechanisierung auf Roboterbasis wird dagegen eine Wiederverwendbarkeit der Anlagen von 70 Prozent angestrebt. Die Robotertechnik bietet damit den Einstieg in die Flexible Mechanisierung. Da die Bedeutung der Robotertechnik für die Automobilindustrie von VW schon sehr früh erkannt wurde, wurde 1973 mit der Entwicklung eigener Roboter bei VW begonnen. Bis heute sind rund 2000 Roboter im Einsatz. Im Jahr 1990 werden es voraussichtlich 3000 Einheiten sein ... Die dritte Voraussetzung für flexible Montagestrukturen ist die Standardisierung der Fabrikstrukturen ... In jedem Fall muß die gewählte Fertigungsform wirtschaftlich sein ... Eine der wichtigsten zukünftigen Personalaufgaben muß es sein, Mitarbeiter zielorientiert einzusetzen und sie durch Weiterbildungsmaßnahmen auf neue Aufgaben vorzubereiten. Flexible Anlagentechnik läßt sich nur mit einer hochqualifizierten Mannschaft betreiben, die sich als Team für die Anlage verantwortlich fühlt.“

Der folgende Artikel geht ausführlich auf die Absichten des VW-Konzerns ein.

Zum Beispiel VW-Konzern, Dr. Carl Hahn „Das Unternehmen als Gesamtheit“

„Volkswagen für den Kunden“ / „Volkswagen — ein Konzern im Aufbruch!“ Unter diesem Motto veranstaltete der VW-Konzern im Mai in Barcelona seine 6. Konzerntagung mit 228 „leitenden Führungskräften“ der VW AG, Audi AG, SEAT S.A. sowie aus weiteren 23 europäischen und überseeischen VW-Gesellschaften. Vorstandsvorsitzender Hahn rief diese Leute dazu auf, überall das „Ja, aber“ beiseite zu lassen und Hindernisse aus dem Weg zu räumen, um weiterzukommen. (Autogramm 6/89)

Nach dieser Mobilisierung der „Führungskräfte“ präsentiert Hahn in dem nachfolgend dokumentierten Artikel eine geschlossene Konzern- und damit gesellschaftliche Weltanschauung. Das Unternehmen als „lebendiger Organismus“ sei bestimmt, den Weltmarkt zu erobern. Alle Glieder dieses Organismus hätten sich in jeder Lebensäußerung diesem Ziel zu unterwerfen. Kritik am Zweck stört den Organismus. Arbeiteransprüche sind geradezu Gift für Weltmarkterfolg. Gewerkschaften, Mitbestimmung, Schutzgesetze für die Arbeitskraft müßten weg. Das internationale „vielgliedrige Produktionssystem“ ist höchst störanfällig. Akzeptanz wird nachgefragt, weltweit. Im Streik durchgesetzte Parteiansprüche schädigten die Gesellschaft als Ganzes. Berufung von jeweils zuständigen Polizei- und Militärapparaten wird spürbar. Die Lohnabhängigen reduziert Hahn auf Funktionen als Unternehmensorgan: flexibilisiert = Interessen nach sicherer Existenz und entfaltetem Leben dürfen keinen Rechtsanspruch finden, qualifiziert = als Instrument für jedes Arbeitssystem dienlich sein, dienstbereit = 24-Stunden-Tag bei 7-Tage-Woche. Der „gewinnabhängige Lohn“ befördert

schließlich die Konzernziele auf jeden Mittagstisch.

Die Nachrichtenlage belegt, daß Hahn und seinesgleichen bei der Durchsetzung ihrer Vorstellungen vorangehen. Die schrankenlose Verdinglichung jeder Sorte Lohnarbeit und die damit einhergehende Repression wird die Werk tätigen im antifaschistischen Widerstand gegen Konzerninteressen zusammenfinden lassen.

Dokumentiert: Dr. Carl H. Hahn VW-Vorstandsvorsitzender

Das Handelsblatt veröffentlichte am 4.7.89 einen „Exklusivbeitrag“ von Dr. Carl H. Hahn, Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG. Im folgenden eine ausschnittsweise Wiedergabe des Artikels:

„... Das Ausmaß der Veränderungen, denen sich die Wirtschaft heute zu stellen hat, läßt sich am Beispiel der Automobilmärkte gut darstellen. Vor noch nicht einmal 25 Jahren war die Automobil-Welt eine von europäischen Exporteuren beherrschte Szene, ein auf sich selbst konzentriertes Amerika und ein asiatisches Land mit gerade zwei Prozent Marktanteil, nämlich Japan. Heute haben sich die Handelsströme in Struktur und Stärke vor allem durch die enormen japanischen Automobilexporte grundlegend verändert. Die Ströme haben ihre Richtung geändert und an Masse zugenommen.“

Welche wirtschaftliche Dynamik sich im pazifischen Raum aufgebaut hat, zeigt die Veränderung der Handelsströme zwischen 1970 und 1987: 1970 waren der transatlantische und der transpazifische Handel mit 28 Mrd. bzw. 29 Mrd. US-\$ etwa identisch. Heute liegt der transatlantische Handel im Wert zwar bei rund 168 Mrd.\$, der transpazifische aber schon bei 412 Mrd. \$ — und ist damit 2,5 mal so groß ...

Auch die Struktur des weltweiten Wettbewerbs ändert sich aufgrund neuer strategischer Allianzen. Aber auch infolge einer Internationalisierung der Produktion. Automobile werden — auch VW praktiziert das seit langem — schon längst nicht mehr an einem einzigen nationalen Standort hergestellt, sondern komplett oder in Teilen dort, wo die Bedingungen günstig sind.

In Korea, dem kommenden nächsten Großexporteur Asiens und Paradiesland für strategische Allianzen, gibt es keinen Automobilhersteller ohne japanische und/oder US-Beteiligung. Es gibt aber keinen mit einer Verbindung zu einem europäischen Produzenten ...

Man mag darüber klagen oder nicht: Auf jeden Fall müssen sich die Deut-

schen und die anderen Europäer neuen außenwirtschaftlichen Daten stellen. Und sie sollten dies auf der Grundlage eines reibungslosen Konsensus aller gesellschaftlichen Gruppierungen tun. Andernfalls würden sie zurückfallen. Dann aber wären die Anpassungen an das Unvermeidliche mit hohen Kosten und das Wiederaufholen verlorenen Terrains — wenn das überhaupt gelingen kann — mit extrem hohen Preisen verbunden.

Angesichts dieser Situation, die auch andere große Industrien betrifft, wird es künftig — und bald — auf kooperative Beziehungen der Sozialpartner ankommen. Schließlich hat sich fast überall auf der Welt die Erkenntnis durchgesetzt, daß in diesen Beziehungen Konfrontations-Strategien keine Rolle mehr spielen dürfen. An die Stelle von Streik und Aussperrung zur Lösung von Streitigkeiten sollten grundsätzlich friedliche Regelungen durch Schlichtungsstellen treten. Neue Impulse durch neue Horizonte sind gefragt. Und notwendig, wenn die wachsenden Herausforderungen bewältigt werden sollen ...

Es sind schlicht die Notwendigkeiten, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Dauer zwangsläufig aufeinander zugehen lassen werden. Denn die geschilderten dramatischen — fast revolutionären — Marktveränderungen, die sich bisher nicht unbedingt zugunsten der Europäer entwickeln, lassen schon heute erkennen, daß alle Betroffenen in einem Boot sitzen. Niemand — Management und Arbeitnehmer, Sozialpartner und Staat — wird es sich auf Dauer leisten können, sich dieser Erkenntnis zu entziehen.

Zwei große Entwicklungen in der Weltwirtschaft sind es, die seit einigen Jahren zusammenlaufen und eine intelligente Neugestaltung des Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfordern: Geschwindigkeit und Art des technologischen Fortschritts einerseits und die bereits genannte Globalisierung der Märkte sowie die Internationalisierung der Produktion andererseits ...

Technisches Wissen ist heute zum großen Teil unternehmensspezifisch, und Unternehmens-Know-How ist mobiler denn je. Es kann ganz einfach in verschiedenen oder mehreren Ländern gleichzeitig genutzt werden und gewinnt dadurch strategische Bedeutung für die Wahl von Fertigungs-Standorten. Und das gilt keineswegs nur für die Endprodukte. Auch für Teilprozesse der Produktion sind unterschiedliche Standorte möglich. Dadurch wiederum kann eine Reihe länderspezifischer Vorteile — wie etwa niedrige Löhne, kooperative Gewerkschaften, eine geringe Regulierungsdichte oder auch Steuerbefreiungen — mit firmen-spezifischen Vorteilen verknüpft werden. Im Zuge des technischen Fortschritts sind Herstellungsprozesse für die meisten Güter immer zer-



Sie stören „Unternehmenskultur“.

legbarer geworden, was die weitgehende Internationalisierung erst ermöglichte. Erleichtert wird sie durch die Tatsache, daß die modernen Kommunikationstechniken den Informationsfluß innerhalb transnationaler Unternehmen erheblich verbilligt haben. Die Auslandsproduktion der größten Industrieunternehmen der Welt dürfte inzwischen ein Drittel des gesamten Welthandels ausmachen.

Je weiter sich die Betriebe zu hochkomplexen, vielgliedrigen Produktionssystemen entwickeln, umso stärker steigt auch der Bedarf an Planung, Steuerung und Koordination. Damit aber auch die Verletzbarkeit des Produktionsbetriebs durch Störungen jeder Art. Das bedeutet: Anpassungen an den technologischen Wandel sind ohne aktive Mitgestaltung durch die Belegschaft kaum noch zu verwirklichen, geschweige denn optimal zu nutzen. Umgekehrt aber sind auch die Mitarbeiter auf zügige technologische und organisatorische Änderungen durch das Management angewiesen. Andernfalls wäre der Bestand und damit auch die Arbeitsplätze gefährdet. Die technische Alterungsrate steigt nämlich ständig, während gleichzeitig die Preise des Produkts von gestern verfallen ...

Je mehr sich die Volkswirtschaften der Welt miteinander verflechten und der internationale Warenaustausch zunimmt, umso mehr zeigt sich eine Tendenz, die Löhne international anzugleichen. Besonders bei arbeitsintensiven und mit einfachen Technologien hergestellten Waren erzeugt Importkonkurrenz einen Druck auf die Preise, der häufig zu Lohnanpassungen zwingt, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben ...

Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind noch nie ein Nullsummen-Spiel in dem Sinne gewesen, daß die von der einen Seite errungenen Vorteile — volkswirtschaftlich betrachtet — die Nachteile der anderen ausgleichen. Das muß klar erkannt werden. Immer schon hat die Gesellschaft als Ganzes Sozialprodukteinbußen hinnehmen müssen. Zudem gereicht jede Konfrontation der Tarifparteien stets den ausländischen Wettbewerbern zum Vorteil. Das müssen nicht einmal nach außen hin sichtbare Arbeitskämpfe sein. Es reichen — ohne daß es zu Streiks oder Aussperrungen kommen muß — jene latenten Auseinandersetzungen im Hintergrund, die technische Neuerungen verhindern oder auch nur verlangsamen. Immer gehen Marktanteile verloren oder können neue Marktchancen nicht genutzt werden. Beides ist nachteilig für die Beschäftigung.

Untersuchungen haben gezeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland seit einigen Jahren im internationalen Innovationswettbewerb infolge dieser Tendenz sowohl bei Verfahrens- wie auch bei Produktinnovationen hinterherhinkt

Die Gewerkschaften Japans sind im Gegensatz zu denen anderer Länder nicht nach Berufen oder Industriezweigen organisiert, sondern nach Unternehmen. Mit der Folge, daß alle japanischen Gewerkschaften gut über die Situation ihres Unternehmens informiert sind und das auch bei Tarifverhandlungen berücksichtigen. Und sie unterstützen die Firmenleitungen bei technischen und organisatorischen Neuerungen. Noch dazu ist das Lohnsystem in Japan ausgesprochen flexibel: Ein großer Teil der Arbeitseinkommen wird als Überstundenvergütung oder als Bonus gezahlt.

... Angesichts dieser Situation wird es auch in der Bundesrepublik früher oder später zu prinzipiell kooperativem Handeln kommen, weil es dazu kommen muß. Vier Erfordernisse sollten dabei immer im Auge behalten werden:

Effizienz durch Flexibilität sollte die erste Faustregel lauten ... Flexibel zu agieren — das fordert alle: das Management, die Belegschaften und auch die Deregulierungsbereitschaft des Staates. Und Flexibilität setzt etwas voraus, das neuerdings „Unternehmenskultur“ genannt wird: Das Unternehmen als lebendiger Organismus und Innovator, die Gesamtheit der Denk-, Verhaltens- und Arbeitsweisen, die gemeinsamen Werte und Ziele, die Führung und Struktur. Ein Organismus, der Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt und sich den Herausforderungen der Märkte offensiv stellt. Mit dem eisernen Willen, zu gewinnen. Nichts anderes machen zum Beispiel die Japaner.

Diesem Anspruch werden Mitbestimmungsgesetze und branchenübergreifende Vereinbarungen der Tarifpartner weniger gerecht als Betriebsvereinbarungen auf der Grundlage eines intakten Vertrauensverhältnisses ...

Zweitens ist die Wirtschaft mehr denn je auf qualifizierte Mitarbeiter angewiesen. Denn eine volle Nutzung des technischen Fortschritts setzt eine fundierte Grundausbildung ebenso voraus wie eine ständige betriebliche Weiterbildung der Mitarbeiter ... Und Korea leistet sich sogar eine Regel, nach der in einigen Exportindustrien des Landes nur am Band arbeiten darf, wer ein Abitur hat. Für die Verwaltungslaufbahn und andere Bereiche wird ein Hochschulstudium verlangt.

Drittens wird kooperatives Handeln über kurz oder lang auch bei der Regelung der tariflichen Arbeitszeit als Reaktion auf die Verhältnisse in den Hauptwettbewerbsländern notwendig ...

Von der Arbeitszeit und — damit zusammenhängend — von der Ausnutzung der Produktionsanlagen sowie der Forschungs- und Entwicklungspotentiale her ist damit die Industrie der Bundesrepublik gegenüber den Hauptkonkurrenten behindert. Diese Nachteile lassen sich im Produktionsbereich zwar durch



Dr. Hahn, VW-Vorstandsvorsitzender

Entkoppelung von Arbeitszeiten teilweise ausgleichen. Doch erfordert das wiederum Arbeitszeitregelungen (Schichtbetrieb, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit), die ebenfalls nur dann zu verwirklichen sein dürften, wenn die neuen Realitäten des Welthandels voll zur Kenntnis genommen werden.

Der vierte Punkt schließlich heißt auf neudeutsch Lohnreagibilität. Auch die zuvor genannten notwendigen Maßnahmen zusammengenommen werden nicht immer ausreichen, um Nachteile in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen. Vor allem dann nicht, wenn größere Wechselkursverschiebungen die Position verschlechtern. Hier wird ein Tabu angesprochen, das ist klar. Aber wer in der Bundesrepublik darauf aufmerksam macht, daß aufgrund weltwirtschaftlicher Wandlungen Verhaltensänderungen notwendig sein könnten, hat es sowieso nicht leicht. Angesichts der geschilderten Weltlage scheint es zwingend geboten, in einer Sphäre konkurrenzbedingter Unsicherheit das latente Arbeitsplatzrisiko durch ein Einkommensrisiko zu ersetzen ... Danach wird in den Tarifverträgen nicht mehr der volle Lohn festgelegt, während ein — zunächst kleiner — Anteil des jährlichen Arbeitseinkommens an den Unternehmensgewinn gebunden wird. Dadurch würde automatisch das Interesse der Belegschaft erhöht werden, die Chancen des technischen Fortschritts voll zu nutzen ... Im Gegenzug sollte eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in einem Tarifvertrag vereinbart werden ...

Noch ist „Made in Germany“ weltweit gefragt, und dabei sollte es auch bleiben. Mehr Wettbewerb ist schließlich nur eine Bedrohung der Schwachen ... Der bevorstehende Binnenmarkt ist zum Beispiel auch ein neuer Quell neuer Gelegenheiten und neuer Chancen. Das politisch gesetzte Ziel der Realisierung dieses Marktes allein ist schon ein willkommener Beschleuniger der innovativen Prozesse.“

Verband der Automobilindustrie e.V. Jahresbericht „Auto 1987/88“

Im folgenden werden aus dem Bericht längere Passagen zitiert, um z.B. die Forderungen an Gesetzgeber und Gewerkschaften vorzustellen, und das strategische Konzept der westdeutschen Automobilkonzerne auszugsweise darzustellen.

„Die deutsche Automobilindustrie kann auf ein weiteres gutes Autojahr zurückschauen, und auch 1988 dürfte, insgesamt gesehen, mit einem zufriedenstellenden Produktions- und Absatzergebnis abschließen. Zur Selbstzufriedenheit besteht indessen kein Anlaß. Der Wettbewerb verschärft sich zusehens. Für die deutsche Automobilindustrie kommt es daher mehr denn je darauf an, ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern, um ihre Position am Weltmarkt zu festigen.

Ihre technische Spitzenstellung ist dank hoher Investitionen in Forschung und Entwicklung und der Kreativität der in ihren Konstruktionsbüros und in ihren Werken tätigen Menschen ungebrochen. Sorgen bereitet die Produktivität. Sie muß gesteigert werden, wenn der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland dauerhaft gesichert werden soll. Die bevorstehende Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes ist dabei eine zusätzliche Herausforderung. Sie kann gemeistert werden. Eine der Voraussetzungen hierfür ist ein neuer sozialer Konsens.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähig-

keit der deutschen Automobilindustrie ist zudem mehr Verständnis der Politik für die wirtschaftlichen Zusammenhänge notwendig. Gefragt sind nicht etwa Subventionen. Worauf es ankommt, sind zukunftsorientierte und verlässliche Vorgaben.“ Soweit Auszüge aus dem Vorwort des Berichts.

Zu einzelnen Themenkomplexen, die sich in der Hauptsache an den Gesetzgeber richten:

„Mehr und mehr wird deutlich, daß die deutsche Wirtschaftspolitik bei der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Ordnungsvorstellungen gegenüber den anderen Industrieländern in Rückstand geraten ist. Unternehmerische Spielräume werden durch eine Flut von Vorschriften eingeengt, das Steuersystem belastet die deutschen Unternehmen ungleich schwerer als ihre ausländischen Konkurrenten. Auch bei der einst vorbildlichen Infrastruktur machen sich Versäumnisse bemerkbar, zum Beispiel im Bereich Straße. Der nicht voll ausgelastete Produktionsfaktor Arbeit wird durch hohe Lohnsätze und Lohnnebenkosten sowie eine im internationalen Vergleich kurze Arbeitszeit um Beschäftigungschancen gebracht. Die deutsche Automobilindustrie hat im Vergleich zu den wichtigsten ausländischen Konkurrenten die höchsten Lohnkosten. So betragen in der deutschen Automobilindustrie 1987 die Lohnkosten pro Stunde 36,87 DM. In den USA und Schweden

lagen die Lohnkosten um sieben Prozent und in Japan um 21 Prozent niedriger als die deutschen. Zu den Konkurrenten der Europäischen Gemeinschaft ist der Abstand noch größer.

Zum hohen Lohnkostenniveau tragen erheblich die Lohnzusatzkosten bei. In der deutschen Automobilindustrie betrugen sie 1987 im Durchschnitt 15,57 DM pro Stunde, mehr als doppelt soviel wie in Japan oder Spanien und dreimal soviel wie in Großbritannien. Die Lohnzusatzkosten müssen eingedämmt werden. Eine weitere Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge wäre da ein Schritt in die falsche Richtung.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in der Bundesrepublik am unteren Ende der Skala liegt. So arbeitet ein japanischer Arbeitnehmer in der Automobilindustrie mit 2189 Jahresarbeitsstunden 41,9 Prozent und der amerikanische mit 1938 Jahresarbeitsstunden 25,6 Prozent länger als der deutsche Automobilarbeiter. Auch im europäischen Vergleich liegen die Arbeitsstunden in der deutschen Automobilindustrie am unteren Ende der Skala. Dies führt zu einer insgesamt schlechteren zeitlichen Auslastung der Produktionsanlagen und damit zu einem zusätzlichen Kostennachteil gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit kann deshalb nicht hingenommen werden.

Um das Handicap der kurzen Arbeitszeit auszugleichen, muß der Arbeitseinsatz flexibler gestaltet werden. Nur auf diesem Wege kann die notwendige Verlängerung der betrieblichen Laufzeiten des Anlagenbestandes erreicht werden. Gerade in einer im internationalen Wettbewerb stehenden Branche wie die Automobilindustrie ist eine intensive Nutzung des Anlagenbestandes von großer Bedeutung.

Ein weiteres Handicap ist die im internationalen Vergleich zu hohe Besteuerung der Unternehmen. Die Gewerbesteuer und die Doppelbelastung bei der Vermögenssteuer entziehen den Unternehmen Mittel, ob sie Erträge erzielen oder nicht. Diese Substanzsteuern wirken im Konjunkturabschwung prozyklisch, denn bei ausbleibenden Erträgen müssen sie aus dem Eigenkapital finanziert werden mit der Konsequenz, daß die Investitionsneigung zusätzlich gedämpft wird. Eine Reform der Unternehmensbesteuerung ist deshalb vorrangig.

Diese Forderungen werden nicht spezifisch vom Verband der Automobilindustrie erhoben, sondern sind allgemeine Marschrichtung der Kapitalisten-Dachverbände. In der Ausdehnung der Sams-



Armaturenblechfertigung bei BMW in Landslut. Der hohe manuelle Fertigungsanteil soll gesenkt werden.



In den Autolackierereien sind Arbeitszeiten und Maschinenlaufzeiten seit Jahrzehnten entkoppelt.

tags-Arbeit aber liegen die Automobilkonzerne in der BRD weit mit vorn. Die Forderungen nach flexiblerem Arbeitsrecht und anderen Gesetzesmaßnahmen zur Ausdehnung unsteter Arbeitsverhältnisse wird in dieser Deutlichkeit nicht von allen Kapitalisten-Verbänden erhoben.

Die IG Metall berichtet über den Boom der PKW-Konzerne

Im Gewerkschafter 5/89 beschäftigt sich ein Artikel mit der hervorragenden Situation der Automobil- und Zuliefererbetriebe. „Der Straßenfahrzeugbau verkaufte 1988 für 215 Milliarden Mark Autos und Komponenten, davon mehr als 100 Milliarden im Ausland (Importe lediglich 35 bis 40 Milliarden Mark) ... Sonderschichten in mehreren Unternehmen zeigen die bis zuletzt gute Auftragslage ... Die Planungen großer Hersteller (VW/Opel) deuten auf einen Beschäftigungsrückgang in der nächsten Zeit hin ... Ein Wachstum in der Produktion ergäbe sich allein aus einem höheren Arbeitsvolumen je Auto. In den letzten Jahren betrug dieser Wertzuwachs je Pkw 3,5 Prozent jährlich (preisbereinigt); ob sich diese hohe Wertsteigerung in den 90er Jahren fortsetzt, muß bezweifelt werden.

Auf der anderen Seite ist mit einem weiterhin hohen Rationalisierungstempo zu rechnen. In den 80er Jahren lag der durchschnittliche Produktivitätsanstieg bei jährlich drei Prozent. Daß der Rationalisierungstrend in Zukunft niedriger verläuft, ist nicht anzunehmen.

Der begrenzte Anstieg der Nachfrage und das fortgesetzte Rationalisierungstempo sprechen für einen Rückgang der Beschäftigungszahl um jährlich ein bis

zwei Prozent ... Verursachen neue Formen der Rationalisierung (Vernetzung der Fertigungsprozesse durch Computereinsatz, „just-in-time“-Zulieferung usw.) und die Verringerung der Fertigungstiefe nicht zusätzliche Beschäftigungsverluste? ... Kurz: Droht in den 90er Jahren statt einer bloßen Trendwende nicht eine massive Beschäftigungskrise in der Automobilindustrie?“

Dann macht sich der Autor nicht nur für die Interessen der Beschäftigten nach geregelten Arbeitszeiten, ausreichenden Löhnen usw. stark, sondern zeigt die hervorragende Konkurrenzsituation der westdeutschen Konzerne auf und schluß-

folgert, daß es ja dann doch nationale Interessen gäbe:

„Die Ausgangsbedingungen der Automobilindustrie sind gut. Das gilt beispielsweise für die starke Marktstellung in Europa ... die Leistungsfähigkeit der Zuliefererindustrie ... die Finanzkraft der Unternehmen, nicht zuletzt die Qualifikation der Arbeitnehmer.

Diese Ausgangsbedingungen müssen genutzt, die hierin liegenden Chancen dürfen nicht verspielt werden. Senkung der Personalkosten und immer mehr Auslagerung von Know-how und Fertigungstiefe sind auf jeden Fall ein Holzweg.“



Annähernd 2,5 Millionen PKW's exportieren die westdeutschen Automobil-Konzerne jährlich.

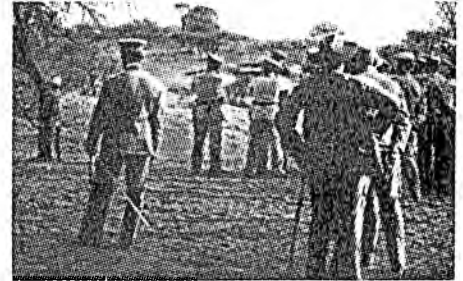


Hetze gegen Kurden nimmt zu

Sowohl Bundesinnenminister Schäuble wie auch Generalbundesanwalt Rebmann verschärfen in der Vorbereitung der Massenprozesse gegen revolutionäre Kurden die öffentliche Hetze. Schäuble erklärte bei Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sei mit sogenannten „Volksgerichten“ in der BRD tätig. Rebmann berichtete auf seiner Halbjahreskonferenz, insbesondere die PKK gefährde die innere Sicherheit der BRD. Die PKK hat mehrfach ausdrücklich erklärt, daß den Befreiungskampf in Kurdistan und keinesfalls in der BRD führt. Mit den Prozessen gegen die inhaftierten Kurden soll der kurdische Befreiungskampf getroffen werden.

Namibia: Reaktion der Befreiungskräfte auf BRD-Polizei

Alle Kräfte des Befreiungskampfes in Namibia haben sich von Anbeginn der Verhandlungen gegen die Beteiligung westdeutscher Kräfte an der Überwachung des Unabhängigkeitsprozesses in Namibia ausgesprochen. Wie reagieren sie auf die jetzigen Pläne der Bundesregierung? Die westdeutschen Imperialisten haben mehrfach auf ihre „besondere Verantwortung“ als ehemalige Kolonialmacht hingewiesen. Diesen Standpunkt hat der Befreiungskampf stets zurückgewiesen und festgehalten, daß westdeutsche Einmischung nur Stärkung der rassistischen Siedlerpositionen bedeuten könne. Allenfalls zur Entschädigung für die kolonialen Greuel sei die BRD verpflichtet.



Gutachten zur Obdachlosigkeit

Verlässliche Daten über die Problematik der Obdachlosigkeit gab es in Niedersachsen bisher nicht. Nun hat eine landesweite Untersuchung — im Auftrag des Sozialministeriums — detailliertes Material im Mai 1988 vorgelegt. Erst jetzt, im Juli 1989, veröffentlicht die Landesregierung diesen Bericht. Obdachlosigkeit ist u.a. auch durch fehlenden Wohnraum bedingt. Die Landesregierung hat das Wohnungsbauprogramm für 1990 zum August 1989 vorgezogen. Bezahlbaren Wohnraum für Einkommensschwache bringt es nicht. Die Grünen im Landtag fordern in einem Antrag, daß die Kommunen ein „Belegungsrecht für sogenannte Wohnungsnotstände“ erhalten. Die Belegrechte müßten außerdem ausreichend und dauerhaft sein.

Wie kam's zu den modernen Gefängnissen?

Mit dem Aufkommen der bürgerlichen Gesellschaft wurde die Körperstrafe nach und nach durch die Strafe des Einsperrens ersetzt. Bald entstand der Gedanke der Ökonomisierung des Strafsystems durch Erziehung: Der Kriminelle sollte durch Arbeit zum nützlichen Glied der Gesellschaft erzogen werden. Das Problem der Gefangengemeinschaft brachte die Einzelhaft hervor. Die Entwicklung des modernen Behandlungsvollzugs, inklusive Isolationshaft, war ohne die Mitwirkung der Wissenschaft nicht denkbar. — Wir drucken einen Vortrag ab, der an der Universität Freiburg bei einer Veranstaltung des Arbeitskreises „Wissenschaft und Isohaft“ gehalten wurde.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie
— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM
Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie — Nachrichten Chemische Industrie 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/211658. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage. Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken